

Die Politische Meinung



VOLKSPARTEIEN

—
Was sie erneuert

ZUM SCHWERPUNKT Peter Tauber, Warum sich Volksparteien verändern müssen;
Ursula Münch, Was Bürger von Parteien erwarten;

Udo Zolleis, Revival im 4.0; Mariano Rajoy, Von der Krise zur Post-Krise

KOMMENTIERT Ulf Poschardt, Wie „hip“ darf es sein?

SIEBZIG JAHRE BEFREIUNG VON AUSCHWITZ Ron Segal, In den Schuhen
des Großvaters

ATTENTATE IN PARIS Interview mit dem französischen Extremismus-
experten Jean-Yves Camus

”

Die Partei ist zu parteiisch für die gesamtgesellschaftlichen Transformationsaufgaben und braucht eine neue Beziehungsfähigkeit.

Stephan A. Jansen über „postautistische Volksparteien“

Die Parteiendemokratie ächzt unter ihren Herausforderungen und wird ihnen keineswegs gerecht. Aber selbst in ihren potenziellen Unzulänglichkeiten gibt sie ihre Prinzipien nicht preis und arbeitet auf ihre Verwirklichung hin. Noch.

Heinrich Oberreuter über Grenzen von Erneuerungen

Ein Großteil des Modernisierungsaufwands der traditionellen Parteien besteht in der Überwindung alter Weltanschauungsstrukturen.

Matthias Jung über die Schwierigkeiten von Reformprozessen

Die CDU braucht eine Evolution, keine Revolution. Aber diese Evolution muss tiefer gehen als ein paar oberflächliche Reparaturen.

Peter Tauber über die Reform seiner Volkspartei

Die Union steht bei vielen lebensweltlichen und kulturellen Baustellen am Anfang. Sie hat wenig zu verlieren.

Sie kann einfach loslegen und ein zentrales Zukunftsthema nicht länger der Linken überlassen.

Ulf Poschardt über Brückenschläge zwischen Internet, Hipster und Union

Indem die Parteien die Interessen und Belange der Nichtwähler in ihrer Programmatik und im politischen Prozess stärker berücksichtigen, zeigen sie nicht nur Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern verhindern gleichzeitig die Delegitimierung der Parteiendemokratie.

Ursula Münch über ein demokratiegefährdendes Vakuum

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

2015 begeht die Christlich Demokratische Union Deutschlands ihr 70. Gründungsjubiläum. Für die *Politische Meinung* ist das Anlass genug, um die erste Ausgabe dieses Jahres dem Thema „Volksparteien“ zu widmen. Schließlich bietet die Geschichte und Gegenwart dieser Partei einige Evidenz, um der altbekannten, aber fragwürdigen These vom Ende der Volksparteien zu begegnen. Noch bedeutsamer ist jedoch, dass 2015 neue Ansätze bei den Parteireformen erwarten lässt, mit denen insbesondere die CDU auf die Veränderungsprozesse in der Gesellschaft antworten will.

Eine Vielzahl „technischer“ Fragen steht auf der Reformagenda: Welche Strukturen passen zu den neuen Formen des gesellschaftlichen Engagements? Wie können die Parteien den deutlich artikulierten Partizipationswünschen der Mitglieder und Bürger gerecht werden? Welche neuen Formen der Ansprache und Kommunikation lassen sich verwenden? Wie können insbesondere junge Menschen stärker einbezogen werden?

Fraglos bietet der Werkzeugkasten für mehr Teilnahme und Teilhabe zahlreiche Möglichkeiten, die genutzt werden sollten. Doch muss jedem klar sein, dass die Volksparteien auch bei größter Experimentierfreude nicht zur „E-demokratischen“ Avantgarde aufschließen werden. So erstrebenswert ein deutlicher Zuwachs an Partizipation nicht zuletzt mittels digitaler Technik ist, ein Selbstzweck darf sie für die Volksparteien nicht sein. Ihnen muss es um die Stärkung des Volksparteigedankens gehen, der auf geregelten und gestuften Beteiligungsverfahren beruht und darauf zielt, die verschiedensten Ideen aus einer Vielfalt von Bevölkerungsgruppen aufzugreifen, zu diskutieren und im Kompromiss so aufzuarbeiten, dass sich gemeinsame Meinungen und vernünftige und annehmbare Lösungsvorschläge für politische Fragen herausbilden.

Die Notwendigkeit, sich gegenüber der Onlinepartizipation zu öffnen, drängt – den Anschluss an die „digitalen Lebenswelten“ dürfen die Volksparteien nicht verpassen. Und trotzdem liegt darin nur ein Mittel zum Zweck. Die Kunst wird sein, die Informationen, Kompetenzen und Ideen, die auf diesem Wege gewonnen werden, so einfließen zu lassen, dass sie Teil der Verfahren werden, die Kompromisse und Beschlüsse möglich machen. Erst recht in einer sich differenzierenden Gesellschaft kommt es darauf an, dass Politik gestaltbar bleibt. „Liquide“ Formen von Demokratie, die manche als Gegenpol zu scheinbar veralteten Verfahren begreifen, taugen solange, wie sie den Meinungsfluss unterstützen. In dem Augenblick aber, wo Meinungen in Entscheidungen übergehen, braucht es die Verfestigung. Es ist wie in der Chemie: Kompromisse kristallisieren aus einer Vielzahl von Komponenten zu „festen Lösungen“ (englisch: „solid solutions“).

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT **Volksparteien – was sie erneuert**

12 NOTWENDIGE MODERNISIERUNG

Matthias Jung

Warum Parteien sich damit so schwertun

17 MEHR ALS REPARATUREN

Peter Tauber

Warum sich die Volksparteien verändern
müssen, um erfolgreich zu bleiben

23 POSTAUTISTISCHE VOLKSPARTEIEN

Stephan A. Jansen

Eine Provokation zur neuen Beziehungs-
fähigkeit in intersektoralen
„Gesellschaftsspielen des Guten“

30 SEKUNDÄR, ABER UNERSETZBAR

Heinrich Oberreuter

Zum Verhältnis von Gesellschaft
und Parteien

35 INTERVIEW: EIN LOB DER LANGSAMKEIT

Der frühere Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse über die Ungeduld
der Bürger in unsicheren Zeiten

41 APO IM NETZ?

Hakan Tanriverdi

„Anonymous“ ist eine totale Absage
an die klassische Politik

54 ELEMENTE DES ERNEUERNS

Elmar Wiesendahl

Der Instrumentenkasten moderner
Partei-reformen

60 DIE ENTTÄUSCHTEN?

Ursula Münch

Was Bürger von Parteien erwarten

65 UNTEN ANGESETZT

Isabelle Borucki

Was Mitglieder von ihren Parteien
erwarten

72 REVIVAL IM 4.0

Udo Zolleis

Die digitale Revolution und die Zukunft
der Volksparteien

78 BACK TO THE ROOTS

Ann-Kristin Kölln

Wie sich verhindern lässt, dass die
Mitgliederparteien zu Wählervereinen
werden

92 VON DER KRISE ZUR POST-KRISE

Mariano Rajoy

Eine Roadmap für die Europäischen
Volksparteien

Kommentiert

69 ROT-ROT-GRÜN IN THÜRINGEN

Gerd Schuchardt

SPD auf dem Weg in die Bedeutungs-
losigkeit?

83 **WIE „HIP“ DARF ES SEIN?**

Ulf Poschardt

„Freiheitsernst“ verbindet Hipster und Union, die zuversichtlicher experimentieren könnte

Jubiläum

87 **AUS DER MITTE KOMMT DIE KRAFT**

Hans-Gert Pöttering

Siebzig Jahre Christlich Demokratische Union Deutschlands

Siebzig Jahre Befreiung von Auschwitz

99 **INTERVIEW: IN DEN SCHUHEN DES GROSSVATERS**

Der israelische Schriftsteller und Filmmacher Ron Segal über die Schwierigkeiten und Wunder der Dialogfähigkeit

103 **„ZWEITZEUGEN“ GESUCHT**

Sven Felix Kellerhoff

Die Erinnerung an Auschwitz wächst einer neuen Generation zu

108 **NICHT ALLEIN AUSCHWITZ**

Stephan J. Kramer

Das Konzentrationslager darf nicht zum isolierten Symbol für die Shoah werden

Attentate in Paris

113 **INTERVIEW: ÜBER ZIVILE UND RELIGIÖSE MORAL**

Der französische Extremismusexperte Jean-Yves Camus über das Attentat auf „Charlie Hebdo“, den islamistischen Terrorismus und die europäische Kultur

Gelesen

47 **BESSER REGIEREN?**

Petra Bahr

Auf dem Weg zu einer Ethik des Nudgings

119 **ZWISCHEN HOSIANNA UND „KREUZIGT IHN!“**

Hanns Jürgen Küsters

Über die politische Leidenschaft des Helmut Kohl

124 **LESERREAKTION**

Aus der Stiftung

126 **DAS JAHRESMOTIV 2015**

Frauke Gottwald

Der Grundton im vielfältigen Stiftungsgesamtheit

128 **FUNDSTÜCK**



Sprechende Bilder?

Die Konzeptkunst hat es vorgemacht: Aus Zeitungen oder Anzeigen werden die Texte entfernt; so gewinnt der leicht irritierte Betrachter eine neue Sicht auf altbekannte Dinge. Aus Anlass des diesjährigen Jubiläums der CDU vereint die Bildstrecke dieser Ausgabe Parteiplakate aus acht Jahrzehnten und zeigt sie – ohne Schrift – in einem anderen Licht.

Optisch beruhigt die Weglassung der Textbestandteile die Wirkung der Plakate, doch wird bewusst, dass etwas Entscheidendes fehlt. Eine Leere ist dort entstanden, wo vorher offensiv, sogar polemisch Stellung bezogen wurde.

Vielleicht wird so deutlich, dass es durchaus sein Gutes hat, dezidiert eine Meinung zu vertreten, eine Haltung einzunehmen, Partei zu ergreifen?

Die Auflösung des „Bilderrätsels“ befindet sich unter der Rubrik „Fundstück“ auf Seite 128. Dort sind die Plakate noch einmal in ihrem kompletten Zustand abgebildet.

Die Abbildungen stammen aus dem Plakatarchiv / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (Cover und Seite 6: 1946, Seite 7: 1952, Seite 8: 1961, Seite 9: 1976, Seite 10: 1983, Seite 11: 1994, Seite 52: 2004, Seite 53: 2013).

Volksparteien

—

Was sie erneuert













Notwendige Modernisierung

Warum Parteien sich damit so schwertun

MATTHIAS JUNG

Geboren 1956 in Speyer, seit 1991
Mitglied des Vorstands der Forschungs-
gruppe Wahlen e.V. und seit 1994
geschäftsführender Gesellschafter
der FGW Telefonfeld GmbH.

Ohne eine kontinuierliche Modernisierung kann keine Partei auf längere Sicht erfolgreich sein. Diese Notwendigkeit ergibt sich zwingend aus dem unaufhaltsamen gesellschaftlichen Wandel, der eine wesentliche Rahmenbedingung für das politische Agieren darstellt.

Die Geschichte des Parteiensystems lässt sich somit auch als Geschichte der Modernisierungsprozesse der Parteien darstellen, jedenfalls für die Parteien, die ihren Modernisierungsprozess erfolgreich geschafft haben.

Das bundesrepublikanische Parteiensystem ist auch heute noch wesentlich durch die ideologischen Grundkonflikte des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit seinen klaren gesellschaftlichen Konfliktlinien gekennzeichnet. Insofern besteht ein Großteil des Modernisierungsaufwands der traditionellen Parteien in der Überwindung dieser alten Weltanschauungsstrukturen. Hier sind vor allem die auf dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit beruhende klassenkämpferische Grundorientierung der Sozialdemokratie und die aus dem Kulturkampf resultierende konfessionelle Grundorientierung des Zentrums beziehungsweise der Christdemokraten zu nennen.

Einen ersten ganz entscheidenden Modernisierungsprozess hat die deutsche Sozialdemokratie mit der Verabschiedung des Godesberger Programms

1959 vollzogen, das die Grundlagen einer Versöhnung der Arbeiterbewegung mit einer moderierten Marktwirtschaft geschaffen hat. Dieser sehr erfolgreiche Prozess, der die notwendige Voraussetzung für den zehn Jahre später erfolgten Regierungswechsel war, weist fast paradigmatisch Muster eines Modernisierungsprozesses auf, wie er für linke Parteien typisch ist: Eine Kursänderung wird von der Spitze initiiert und in einem intensiven Programmdiskurs umgesetzt. An der Basis sorgt dann das verbindliche Parteiprogramm für die verhaltenswirksame Verankerung der beschlossenen Modernisierung.

PARTEIREFORM OHNE PARTEI

Der Regierungswechsel 1998 war im Gegensatz zu dem von 1969 nicht die Folge eines Modernisierungsprozesses der Sozialdemokratie, sondern die Folge einer Wechselstimmung nach sechzehn Jahren Helmut Kohl. Der nachgelagerte Modernisierungsversuch von Gerhard Schröder kann hingegen inzwischen als weitgehend gescheitert angesehen werden. Es war ein Versuch, die Sozialdemokratie endgültig mit der Marktwirtschaft unter den veränderten Rahmenbedingungen des globalen Wettbewerbs auszusöhnen. Dieser Versuch ist nicht deshalb gescheitert, weil Schröder einer in der Tradition verharrenden Partei zu viel zugemutet hat – das Godesberger Programm verlangte der SPD viel mehr ab –, sondern weil er zu wenig Rücksicht auf die SPD und ihre spezifischen Befindlichkeiten genommen hat. Schröder hat der SPD sein Konzept aus dem Kanzleramt heraus verordnet, ohne einen intensiven institutionalisierten Diskurs in der SPD zu organisieren. Diese Vorgehensweise musste in einer Partei, bei der ein Parteiprogramm eine zentrale Rolle spielt, zum Scheitern verurteilt sein. Dass er seine Partei auf seinem Weg nicht wirklich erreicht und mitgenommen hat, blieb so lange im Verborgenen, wie er als Kanzler erfolgreich war. Die innerparteiliche Abrechnung mit Schröder und seinem Programmdiktat erfolgte umgehend, nachdem er fortwährend Verluste bei Wahlen hatte hinnehmen müssen.

Bei der Union erfolgte die erste Modernisierung bereits mit ihrer Gründung: Durch die überkonfessionelle Konstituierung der Partei und die damit verbundene grundsätzliche Überwindung des katholisch-protestantischen Antagonismus wurde die Grundlage für die bis heute reichende strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union gelegt. Allerdings blieb auch bis heute eine Dominanz des Katholischen in der Union erhalten, die weniger durch eine Stärkung des Protestantischen zurückgedrängt wurde als durch eine Relativierung des Konfessionellen insgesamt.

Die wachsende Distanz zwischen der programmatischen Linie der Union und der gesellschaftlichen Entwicklung in der Post-Adenauer-Zeit ließ einen Machtverlust der Union unausweichlich werden, der auch ohne den konspirativen Koalitionswechsel der FDP über kurz oder lang stattgefunden

hätte. Die Aufgabe, wieder den Anschluss an die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik zu finden, hat Helmut Kohl in den 1970er-Jahren für sich entdeckt und die Union in eine im Kontext ihrer Tradition ungewöhnlich intensive Programmdiskussion gezwungen. Dieser Prozess legte ähnlich wie das Godesberger Programm bei der SPD die Grundlage für den Machtwechsel 1982, der nur vordergründig das Ergebnis des Koalitionswechsels der FDP gewesen ist. Erst mit einer weiteren zeitlichen Entfernung zur Regierungstätigkeit von Helmut Kohl und zum dort geprägten Bild des ewigen Kanzlers wird die wahre Bedeutung des programmatischen Innovators der Union so richtig erkennbar werden.

WÄHLER MITNEHMEN

Dass es Angela Merkel geschafft hat, Kanzlerin zu werden, basierte auf zwei entscheidenden Faktoren: der rechtzeitigen und nachhaltigen Lösung von Helmut Kohl nach der Spendenaffäre und dem Scheitern der Schröder'schen Agenda-Politik, die letztlich nicht durch die Wähler, sondern mangels breiter Unterstützung in der SPD unter die Räder gekommen ist. Der eigentliche programmatische Modernisierungsprozess der CDU steckte zum Zeitpunkt des extrem knappen Regierungswechsels noch in den Anfängen. Am weitesten war die Union bei den ökonomischen Herausforderungen des globalen Wettbewerbs vorangekommen, einem Gebiet, auf dem Schröder versucht hatte, strategisch wichtiges Terrain in der politischen Mitte zu gewinnen. Der eigentliche Modernisierungsprozess der Union war deshalb während der Zeit der Regierungsverantwortung nachzuholen. Ohne ihn wäre die Legitimation des Machtanspruchs der Union umgehend infrage gestellt worden. Entscheidend blieb bis zum heutigen Tag dabei der nachhaltige Erfolg in der Regierungstätigkeit, der der in breiten Bevölkerungsschichten hoch angesehenen Kanzlerin Merkel den Spielraum für ihren anfangs sehr umstrittenen Parteivorsitz verschaffte.

Merkel war im Gegensatz zu Schröder von Anfang an darum bemüht, die Partei bei ihrer Modernisierung – soweit es möglich war – mitzunehmen. Dabei war es lange nicht klar, ob der der CDU von oben verordnete Kurs Erfolg haben würde. Erleichtert wurde das Ganze durch die erfolgreiche, lang andauernde Regierungszeit von Merkel, die immer mehr aufzeigte, dass der von ihr betriebene Modernisierungsprozess letztlich notwendig für den Machterhalt der Union war. Von einer endgültigen Etablierung kann aber erst nach dem Wahlsieg von 2013 ausgegangen werden, bei dem Merkel den Nachweis erbrachte, dass mit ihrer Linie sehr wohl wieder Wahlergebnisse im Bereich 40 + x Prozent erreicht werden konnten, was davor das letzte verbliebene Argument der Modernisierungsgegner zum Beispiel im Berliner Kreis gewesen war.

Was macht es eigentlich so schwer, eine Partei programmatisch zu modernisieren? Dem politisch interessierten Durchschnittswähler erscheint

dabei ja zumeist das Ergebnis eines erfolgreichen Modernisierungsprozesses eher trivial, während es für eine Partei selbst oft einen gravierenden Einschnitt darstellt. Dieser Sachverhalt wird nachvollziehbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass ein Modernisierungsprozess dann notwendig wird, wenn sich eine Partei nachhaltig vom kontinuierlichen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess entkoppelt hat. Dabei ist es für eine große Volkspartei gar nicht notwendig, dass sie an der Spitze des gesellschaftlichen Fortschritts steht. Wenn sie aber den Anschluss an den gesellschaftlichen Mainstream verloren hat, ist ihr Abstieg vorgezeichnet.

TROTZ UND SELBSTÜBERSCHÄTZUNG

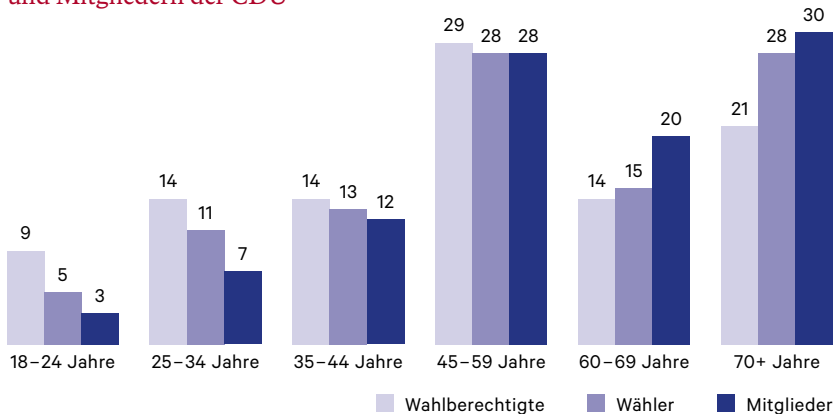
Parteien neigen dabei generell dazu, sehr traditionell ausgerichtet zu sein, weil den Mitgliedern die zum Zeitpunkt ihres Eintritts entscheidenden programmatischen Positionen persönlich überdurchschnittlich wichtig waren – sonst hätten sie sich dafür nicht besonders engagiert. Diese Präferenzen behalten sie in der Regel lange bei. Insofern stellen Parteien zu jedem Zeitpunkt eine Ansammlung von Menschen dar, die länger zurückliegenden programmatischen Positionen besonders verbunden sind. Dazu kommt eine Art Trotzreaktion, wenn die Mitglieder erkennen, dass ihre programmatischen Positionen vom Zeitgeist überrollt werden. Regelmäßig wird dabei auch die eigene Kraft überschätzt, sich solchen Einstellungsveränderungen in der Gesellschaft erfolgreich entgegenstellen zu können.

Die Wählerschaft als Ganzes hingegen repräsentiert den verhaltensrelevant gewordenen Mainstream des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses; die einer Partei nahestehenden Wähler wiederum nehmen eine Mittelposition zwischen der Wählerschaft insgesamt und der Mitgliederschaft ein. Aufgrund dieser Ausgangslage besteht die Aufgabe der Führungselite einer Partei vor allem darin, der Wählerschaft zu verdeutlichen, dass man mit den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels mithalten kann (sprich „modern“ ist); dabei gilt es, die Partei auf diesem Weg so weit mitzunehmen, dass von ihr zumindest kein störendes Sperrfeuer ausgeht. Nachhaltige Dissonanzen in dieser Hinsicht wirken sich vor allem im bürgerlichen Wählerlager verheerend aus, während das linke politische Lager programmatischen Auseinandersetzungen aufgrund eines anderen Verständnisses von Streitkultur aufgeschlossener gegenübersteht.

Besonders hoch ist der Druck zur programmatischen Modernisierung für alle Parteien mit dem Ende des Ost-West-Konflikts geworden. Dieser Wegfall hat zu einer generellen Entideologisierung im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich geführt. Eine in zwei Lager gegliederte politische Landschaft veränderte sich langsam, aber sicher hin zu einem Mitte-zentrierten Parteiensystem. Wenn eine Partei eine strategische Mehrheitsfähigkeit

behalten oder erreichen will, dann muss sie vor allem in dieser politischen Mitte, in der sich gut zwei Drittel der Wahlberechtigten befinden, dominierend erfolgreich sein.

Altersverteilung von Wahlberechtigten sowie Wählern und Mitgliedern der CDU



Quelle: Wahlberechtigte Deutschland gesamt und CDU-Wähler: Repräsentative Wahlstatistik (BTW) 2013; Mitglieder: CDU-Bund September 2014; eigene Umrechnung; alle Angaben in Prozent (gerundet)

Für die Union ist es dabei besonders schwierig, den notwendigen gesellschaftlichen Modernisierungsprozess voranzubringen. Wie alle Parteien muss sie ihre fundamentalistischen Hemmnisse überwinden und ist gleichzeitig viel abhängiger von einem kontinuierlichen Modernisierungsprozess, da ihre Wählerschaft aufgrund des überdurchschnittlichen Lebensalters schneller „wegstirbt“ (circa eine Million Wähler pro Legislaturperiode) als die der anderen Parteien. Deshalb muss die Union zu jedem Zeitpunkt viel mehr Wähler in mittleren Altersgruppen dazugewinnen, die naturgemäß stärker durch modernere Orientierungen beeinflusst sind, wenn sie ihren Status quo an der Wählerfront erhalten will. Oft wird dabei ein solcher Modernisierungsprozess in den Parteien als ein Aufgeben des essenziellen Wertesystems einer Partei diskreditiert. Dabei wird häufig ignoriert, dass der gesellschaftliche Veränderungsprozess keineswegs automatisch die Inhalte der Modernisierung vorgibt. Es müssen vielmehr spezifische Antworten gefunden werden, die mit den Wertordnungen einer Partei vereinbar sind und den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht werden. So müssen zum Beispiel unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Lösungen gefunden werden, wie der Wert „Äußere Sicherheit“ bewahrt werden kann. Die Abkehr von einer dafür nicht mehr geeigneten allgemeinen Wehrpflicht stellt dabei sicher keinen Wertverlust da. Und veränderte Organisationsformen der Kinderbetreuung etwa müssen nicht automatisch zu einer Beeinträchtigung des Wertes „Familie“ führen.

Mehr als Reparaturen

Warum sich die Volksparteien verändern müssen,
um erfolgreich zu bleiben

PETER TAUBER

Geboren 1974 in Frankfurt am Main,
Mitglied der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion, Generalsekretär der
Christlich Demokratischen Union
Deutschlands.

Einer der Lieblingssätze von Volker Kauder geht ausgerechnet auf den Sozialdemokraten Kurt Schumacher zurück: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“ Die Wirklichkeit betrachten, genau das ist zu tun, wenn wir über die Zukunft der Volksparteien, insbe-

sondere der CDU, sprechen. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Über den Status quo der Parteien gibt es grundverschiedene Ansichten. Auf der einen Seite stehen die Schwarzseher, vor allem im politischen Feuilleton, die angesichts nicht zu leugnender Probleme ein Ende der Volksparteien längst für ausgemacht halten. Auf der anderen Seite gibt es Leute, die die unbestreitbare Leistung der Volksparteien in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik regelrecht verklären und einen Niedergang dieser Institution für

ausgeschlossen halten. Und dann gibt es da noch diejenigen, die meinen, mit dem Drehen an ein paar Stellschrauben könne man die Zukunftsfähigkeit der Volksparteien sichern.

Alle drei Ansichten treffen meines Erachtens nicht zu. Für mich ist klar: *Erstens* können Volksparteien wie die CDU eine Zukunft haben. *Zweitens*: Wenn wir eine Zukunft haben wollen, müssen wir uns verändern. *Drittens*: Die CDU braucht eine Evolution, keine Revolution. Aber diese Evolution muss tiefer gehen als ein paar oberflächliche Reparaturen.

2003 hatte die CDU mit ihrem Beschluss zur Bürgerpartei zuletzt eine große Parteireform angepackt. Seitdem hat sich viel verändert.

MITGLIEDERSCHAFT UND DIE GESELLSCHAFTLICHEN REALITÄTEN

2003 hatten wir noch fast 590.000 Mitglieder, heute sind es rund 460.000 Mitglieder. 1.000 Menschen treten durchschnittlich jeden Monat in die CDU ein, und trotzdem verlieren wir im Saldo Mitglieder. Weniger Mitglieder bedeuten weniger Verankerung vor Ort, weniger kreative Ideen, weniger Einnahmen, weniger Spenden. Ein besonderes Problem ist die Überalterung. Ein Drittel unserer Mitgliederverluste resultiert aus Sterbefällen. Noch Anfang der 1990er-Jahre waren über sechzig Prozent unserer Mitglieder zwischen dreißig und sechzig Jahre alt; nur ein Drittel war über sechzig. Heute ist die Mehrheit älter als sechzig, das Durchschnittsalter liegt bei 59 Jahren.

Veränderungen gibt es auch in unserer Wählerschaft. Wir haben zwar immer noch den stärksten Rückhalt bei den Über-60-Jährigen. Aber seit 1990 ist in jeder Legislaturperiode rund eine Million unserer Wähler verstorben. Ein Problem, das in dieser Schärfe keine andere Partei hat und das uns vor die Daueraufgabe stellt, diese Lücke mit neuen Wählern auszugleichen. Eine weitere wichtige Verschiebung betrifft das Verhältnis von Männern und Frauen unter den CDU-Wählern. Noch bis 2005 wählten mehr Männer als Frauen die CDU. 2013 lag der Frauenanteil unter den CDU-Wählern bei 55,7 Prozent – eine Entwicklung, die unzweifelhaft auch mit der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel zu tun hat. Leider hat sich diese Entwicklung nicht auf den Frauenanteil unter den CDU-Mitgliedern übertragen. Seit Jahrzehnten liegt dieser bei rund 25 Prozent. Das bedeutet, unsere Mitgliedschaft bildet in diesem Punkt die Realitäten weder in unserer Wählerschaft noch in unserer Gesellschaft ausreichend ab.

Hinzu kommt: Über fünfzehn Millionen Menschen in Deutschland haben eine Zuwanderungsgeschichte. In der Union spiegelt sich dies nur unzureichend wider. Oft sind sie noch die Exoten in den Kreisverbänden. Ich will, dass die Mitgliedschaft von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die Regel und nicht die Ausnahme ist. Diejenigen, denen es nicht egal ist,

wie Deutschland morgen aussieht, sind herzlich willkommen, in der CDU mitzumachen.

NEUE CHANCEN FÜR DIE PARTEIEN

Die Veränderungen gehen aber tiefer. Die Digitalisierung hat die Kommunikation zwischen Parteien und Mitgliedern und zwischen Parteien und Bürgern grundlegend verändert. Der Informationsvorsprung, den früher eine Parteimitgliedschaft mit sich brachte, ist heute durch Internet und soziale Medien passé. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung aber auch Chancen für die Parteien: Wir hatten noch nie so viele, so einfache Möglichkeiten, Bürger und Mitglieder multimedial zu informieren oder mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Und mit diesen Möglichkeiten wächst auch der Anspruch unserer Mitglieder, vor allem der Neumitglieder, mitzureden und mitzubestimmen.

Darüber hinaus sehen wir gerade bei jungen Leuten zwei wichtige Entwicklungen: Da ist zum einen die Bereitschaft und die Anforderung zur Mobilität, gerade in der Ausbildung. Für die Parteien heißt das in der Konsequenz: Wie gehen wir mit dem Grundsatz um, dass man nur dort politisch aktiv sein kann, wo man seinen Wohnsitz hat?

Das ist aber auch die zunehmende Bereitschaft der sogenannten Generation Y, also der nach 1980 Geborenen, zugunsten der eigenen Familie auf Karriere zu verzichten – im Beruf genauso wie in der Politik. Das bedeutet übrigens ganz praktisch, dass wir nicht nur bei jungen Müttern auf familienfreundliche Parteiveranstaltungen setzen müssen, sondern auch bei jungen Vätern.

Keine neue, aber immer noch eine schwierige Entwicklung sind die abnehmende Bereitschaft zu langfristigem Engagement und die steigende Bereitschaft, bei einer auftretenden Unzufriedenheit auch jahrzehntelange Engagements kurzfristig zu beenden. Ein Problem, vor dem Gewerkschaften, Kirchen und Vereine ebenso stehen. Positiv ist hingegen die Tatsache, dass diejenigen, die in diese Institutionen eintreten, stärker bereit sind, sich aktiv einzubringen und Ämter und Mandate zu übernehmen. Das haben eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung unter CDU-Mitgliedern wie auch eine Studie der Politikwissenschaftler Markus Klein und Timm Spier unter den Mitgliedern der im Bundestag vertretenen Parteien gezeigt.

WIDER DIE PARTEIENVERDROSSENHEIT

Es gibt aber auch eine negative Tendenz, und das ist die Entwicklung, die mit dem Begriff der Parteiverdrossenheit nur oberflächlich umschrieben ist. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass die den Parteien insgesamt zugrunde

liegende Idee allgemein in den vergangenen Jahren offenbar an Strahlkraft verloren hat. Für mich persönlich bleibt es faszinierend, dass sich überall auf der Welt immer wieder Menschen in einer Partei zusammenschließen, um für Interessen zu kämpfen – und dabei eben ganz häufig das Wohl aller Bürger im Blick haben. Insbesondere auch die Interessen derjenigen, die nicht über die Mittel und die Fähigkeiten verfügen, für ihre Interessen zu kämpfen. Es bleibt eine faszinierende Fähigkeit von Parteien, dass sie in der Lage sind, verschiedene Ansichten und Interessen „unter einen Hut“ zu bekommen. Kurt Biedenkopf hat dazu mit Blick auf die Volksparteien treffend gesagt: „Eine Volkspartei repräsentiert nicht nur die Bürger, sie repräsentiert nicht nur deren Interessen, sondern sie repräsentiert vor allem auch deren Widersprüche mit dem Ziel, diese Widersprüche aufzulösen und damit zu politischen Entscheidungen zu kommen.“ Zu dieser Leistung als „Transmissionsriemen“ sind weder andere gesellschaftliche Institutionen noch die direkte Demokratie in der Lage. Gerade in der globalisierten, unübersichtlichen Welt ist diese Fähigkeit von unschätzbarem Wert. Umso bitterer ist es, dass ausgerechnet in dem Moment, in dem Parteien so dringend gebraucht werden, das Vertrauen der Bürger in sie auf den Tiefpunkt gesunken ist.

Befeuert wird dieser Vertrauensverlust durch eine mediale Öffentlichkeit, die Parteien überkritisch gegenübersteht. Wenn ein ARD-Moderator jahrelang mit dem Satz „Wenn Politik auf Wirklichkeit trifft“ für seine Sendung wirbt, wenn das „Partei ergreifen“ für Greenpeace als gut, das „Partei ergreifen“ für die CDU aber als schlecht, wenn jede größere Parteispende als anrüchig betrachtet wird, dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn sich tatsächlich immer weniger Leute in Parteien engagieren. Dabei wird seitens der Medien angekreidet, dass der übergroße Teil der 460.000 CDU-Mitglieder ehrenamtlich politisch arbeitet. Das ist in anderen Parteien genauso. Und ohne diese politisch engagierten Bürgerinnen und Bürger würde unsere Demokratie schlichtweg nicht funktionieren. Keine Frage: Zu der Entwicklung eines negativen Images von Parteien haben auch die Parteien selbst und ihre Politiker beigetragen. Deshalb muss klar sein: Die Zukunft der Parteien liegt nicht allein in den Händen der Parteien. Aber sie liegt natürlich vor allem dort.

„MEINE CDU 2017“

Wir als CDU haben uns deshalb vor dem Hintergrund der skizzierten Herausforderungen nach der erfolgreichen Bundestagswahl 2013 entschlossen, uns Zeit für uns selbst nehmen. Darum haben wir eine Kommission unter dem Titel „Meine CDU 2017“ ins Leben gerufen, die unter meiner Leitung im Sommer vergangenen Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat. Wir haben uns dabei drei zentrale Ziele vorgenommen: Gemeinsam mit unseren Mitgliedern

wollen wir das inhaltliche Profil der CDU schärfen sowie unsere Organisationskraft und unsere Kampagnenfähigkeit stärken.

Die Arbeit am inhaltlichen Profil betrifft zum einen unsere Programmatik. Deshalb haben wir drei Themen-Kommissionen gegründet, mit denen wir die Tagesordnung der Zukunft schreiben wollen. Die Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ beschäftigt sich mit der Digitalisierung der Wirtschaft und der Arbeitswelt. In der Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität sichern“ geht es um zukunftsfähige Konzepte für fairen Konsum und nachhaltiges Wirtschaften. Die Kommission „Zusammenhalt stärken – lebendige Bürgergesellschaft“ widmet sich einer wichtigen Wertefrage: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Die Frage des inhaltlichen Profils der CDU geht aber über die thematische Arbeit hinaus. Es geht auch um die Fragen: Was macht uns aus? Was ist die Erzählung der CDU? Und wie transportieren wir diese Erzählung?

Die CDU steht für mich nach wie vor für drei Grundüberzeugungen, die sich ungeachtet aller tagesaktuellen Anpassungen nicht ändern werden. Das christliche Menschenbild wird auch künftig handlungsleitend sein, und zwar über Konfessionsgrenzen hinweg. Wir haben im Oktober vergangenen Jahres eine spannende Veranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus mit CDU-Mitgliedern und -Anhängern mit Zuwanderungsgeschichte gemacht. Und gerade die Muslime darunter haben uns gesagt: Das „C“ ist keine Abgrenzung, sondern eine Einladung. Denn auch viele Muslime teilen die Werte, die sich aus dem christlichen Menschenbild ergeben: Barmherzigkeit, Nächstenliebe, die Wertschätzung von Ehe und Familie. So bekommt das „C“ neben der Bindung und beiden christlichen Konfessionen und seiner Werteorientierung eine dritte neue Bedeutung: Es ist eine Brücke und eine Einladung auch für Menschen eines anderen religiösen Bekenntnisses. Die zweite Säule ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie enthält die Botschaft, dass jeder, der sich anstrengt, es zu etwas bringen kann, und dass die, die hinfallen, jemanden finden, der ihnen beim Aufstehen hilft. Die dritte Säule unserer Erzählung ist die Liebe zum Vaterland. Für uns sind Schwarz-Rot-Gold keine beliebigen Farben. Diese drei Grundpfeiler sind für uns identitätsstiftend. Es war und ist die Stärke der CDU, es immer wieder geschafft zu haben, neue Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu geben, ohne dabei diesen ureigenen Markenkern aufzugeben. Darauf sollten wir stolz sein, und diesen Stolz sollten wir auch nach außen zeigen.

Wir Konservativen neigen öfter dazu, etwas zu vorsichtig und zurückhaltend aufzutreten. Dazu haben wir keinen Grund: Wir stellen ganz oft fest, dass wir als CDU auch in Milieus und sozialen Gruppen Anklang finden, in denen wir es selbst nicht für möglich gehalten haben. Aber dafür müssen wir auch dorthin gehen. Es ist richtig, sich im Kreisvorstand regelmäßig mit der örtlichen IHK zu unterhalten. Aber genauso sollten wir gute Kontakte zum Netzwerk der Tagesmütter oder der örtlichen Künstlergruppe pflegen.

OFFENER, JÜNGER, WEIBLICHER, VIELFÄLTIGER

Insgesamt müssen wir als CDU offener, jünger, weiblicher und vielfältiger werden. Dafür müssen wir uns auch mit klassischen Organisations-, Struktur- und Satzungsfragen beschäftigen. Im Mittelpunkt steht dabei die stärkere Wertschätzung der Mitglieder. Da geht es um den Wunsch nach mehr Dialog und mehr Beteiligung. Auch deshalb beteiligen wir unsere Mitglieder auf allen Ebenen und in jeder Phase der Kommissionsarbeit. Da geht es aber auch um den Mehrwert der CDU-Mitgliedschaft insgesamt. Vor allem im Umgang mit neuen Mitgliedern und im Aufbau von künftigen Amts-, Mandats- und Funktionsträgern können wir noch besser werden – etwa durch Patenschafts- oder Mentorenprogramme. Zudem wollen wir das Wissen und die Interessen der Mitglieder noch stärker nutzen und vernetzen.

Für mich ist klar: Nur wenn wir uns ehrlich bewusst machen, welche Stärken und welche Schwächen wir haben, können wir uns zum Besseren verändern. Und nur, wenn wir auf dieser Grundlage unsere Partei verändern, haben wir als Volkspartei eine Zukunft und können erfolgreich bleiben. Dafür müssen wir das bewahren, was uns stark macht, und das verbessern, was schlecht läuft. Wir müssen unseren langjährigen Mitgliedern ebenso eine Heimat bieten wie allen neuen Mitgliedern. Vor allem aber müssen wir offen, selbstbewusst und neugierig sein. So, wie es die CDU immer war.

Postautistische Volksparteien

—

Eine Provokation zur neuen Beziehungsfähigkeit in intersektoralen
„Gesellschaftsspielen des Guten“

STEPHAN A. JANSEN

Geboren 1971 in Papenburg,
Leiter des „Civil Society Center |
CiSoC“ an der Zeppelin Universität
in Friedrichshafen, dort bis 2014
Gründungspräsident. Aktuell ist
er Visiting Scholar an der Stanford
University (Kalifornien) und
wissenschaftlicher Berater der
Karl Schlecht Stiftung.

Die Idee der „Partei“ ist bekanntlich noch nicht zu alt – so sehr wir uns an sie und die Kritik an den Parteien auch schon gewöhnt zu haben scheinen. Die Idee der „Volkspartei“ ist eine noch jüngere und noch hoffnungsfrohere. Die Diagnose der Politikverdrossenheit und der wohl zunehmenden Parteienverdrossenheit hingegen ist nicht nur eine der Statistik, sondern eine der Statik. Dies gilt in einer hochdynamischen Phase der gesamtgesellschaftlichen

Herausforderungen – und damit in einer Situation, die „Parteinahmen“ erfordert – für die anstehenden Transformationsaufgaben im Kontext der Komplexität, Globalität, Digitalität der Gesellschaft: von der Klima-/Energiepolitik über die Mobilitäts-/Verkehrs- und Demografie-/Gesundheitspolitik bis hin zur Kultur-/Bildungs-/Wissenschaftspolitik.

Die Kern-Thesen dieses kleinen Essays lauten: Die Partei ist zu parteiisch für die gesamtgesellschaftlichen Transformationsaufgaben und braucht eine neue Beziehungsfähigkeit. Kollektiv verbindliche Entscheidungen – als originäre Funktion der Politik in Gesellschaft – brauchen mehr kollektive Wirkung und kollektivierende Kraft und Kreativität quer zu den Sektoren Staat, Markt und Zivilgesellschaft – jenseits der Partei. Wir haben mit dem 21. Jahrhundert einmal mehr eine neue Partie in dem von mir so bezeichneten „Gesellschaftsspiel des Guten“¹ eröffnet. Ein neues Spiel, das die Parteien herausfordert, die Bürger nicht weiter unterfordert, die Wohlfahrtsstaatlichkeit nicht weiter überfordert und die unternehmerische Verantwortung und private Vermögenskultur konsequent einfordert.

EINE SEHR KNAPPE IDEENGESCHICHTE DER PARTEI

Die Idee der Partei begann in Deutschland erst Anfang des 19. Jahrhunderts. Abgeordnete in Parlamenten schlossen sich zu Gruppen zusammen – zunächst die regierungsnahen Konservativen einerseits und die oppositionellen Liberalen andererseits. Nach und nach gewannen sie organisationalen Charakter. Die Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 war in der Folge Ausgangspunkt für viele Parteigründungen. 1871 wurde die Mitbestimmung der Gesetzgebung durch den Reichstag über Parteien möglich. In der Weimarer Republik konnten die Parteien hingegen nur selten konstruktive parlamentarische Mehrheiten bilden. Die größeren Parteien aus dem Kaiserreich blieben bestehen und benannten sich allenfalls um. Minderheitenparteien verschwanden, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) entstanden. 1933 übernahm bekanntlich Letztere die Macht und verbot alle übrigen Parteien beziehungsweise zwang sie zur Selbstauflösung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus den Siegermächten die Vierparteien-Landschaft konstituiert.

EINE AUSGESPROCHEN KNAPPE IDEENGESCHICHTE DER VOLKSPARTEI

Die Idee der Volkspartei ist ernst zu nehmen als deutsche Nachkriegsidee, in deren Folge 1960 die Unionsparteien und die SPD übrig blieben, die jeweils mit der FDP koalierten. Die selbstzuschreibende Idee der Weltoffenheit, also der Schichten und Weltanschauungen verbindenden Volkspartei mit breiter Wählerschaft, kann wohl auch als Hoffnungsbegriff gerade in der sich abzeichnenden ausdifferenzierenden Spezialinteressengesellschaft verstanden werden. So auch die Parteigründungen seit den 1980er-Jahren: 1980 Die Grünen, 1990 die Partei des Demokratischen Sozialismus respektive WASG und Die Linke.

Die Piratenpartei und die Alternative für Deutschland sind jüngere Beispiele für jene die Gesellschaft sehr partiell abbildenden Parteigründungen. Die Mitgliedschaft des Volks beider Volksparteien betrug Anfang 2014 nicht einmal eine Million Mitglieder, also circa 1,2 Prozent des Volkes. Die „Große Koalition“ wird zur eigentlichen, die Differenzen verwischenden Volkspartei.

KURZE GESCHICHTEN DER KRITIK AN DEN PARTEIEN

Die der deutschen Gesellschaft zugeschriebene Politikverdrossenheit ist wohl nicht selten vor allem auch eine Verdrossenheit gegenüber der Parteienpolitik – mit einer veränderten Ausdrucksform des Politischen im Volk. Wenn man sich die kontinuierlich sinkenden Mitgliederzahlen oder die geringen Bewerberzahlen für Bürgermeisterpositionen vergegenwärtigt, dann scheinen sich die Kritiken an den Parteien in den letzten 25 Jahre kaum verändert zu haben (zum Beispiel Weizsäcker 1992): (1) Parteienfinanzierung, die Weizsäcker damals dank direkter und indirekter Zuschüsse als „Schlaraffenland“ bezeichnete. (2) Illegitime Einflussnahme zum Beispiel bei Richterstellen, Universitätsleitungen, im Sport oder im öffentlichen Dienst allgemein. (3) Geringer Anteil von Parteimitgliedern an den Wählerschaften, die Mitglieder selbst wiederum nur wenig aktiv und an konkreten Entscheidungen kaum beteiligt. (4) Die Entscheidung über Kandidatenaufstellungen wird meist nur von Parteifunktionären getroffen.

Darüber hinaus gelten viele Parteien als überaltert. Die traditionellen Allensbacher Umfragen zum Anteil derjenigen Menschen, die von *allen* Parteien enttäuscht seien, steigen von dreißig Prozent in den 1980er-Jahren auf bis zu 65 Prozent in den vergangenen Jahren – bei sinkenden Wahlbeteiligungen.

EINE NOCH KNAPPERE GESCHICHTE DES STAATES

Will man die arbeitsteiligen Gesellschaftsspiele verstehen, muss man – neben der irgendwie immer klaren Geschichte des Marktes – vor allem die nie so ganz klare Geschichte des Staates erzählen. Sie ist eine Geschichte der „Öffentlichen Güter“ als Reaktion auf „Öffentliche Schlechts“.²

Der prämoderne Staat war insbesondere von den Bemühungen um die Finanzierung seiner Kriege geprägt. Öffentliche Güter waren eher Formen der territorialen Sicherung. Vom 13. bis zum 17. Jahrhundert wurden vor allem im Gesundheitsbereich Entwicklungen erkennbar, die Charakteristika von Öffentlichen Gütern aufwiesen – beginnend mit der Schwarzen Pest in Europa im Jahr 1348 auf städtischer Ebene.³ Die Armenversorgung – insbesondere im Hinblick auf Hygiene, Quarantäne und Ähnlichem – war im Interesse der

Reichen. Sie konnten das infektiös Schlechte nicht – wie bisher – selbst regeln, sodass der Sozialstaat erstmals relevant wurde. Im späten 18. Jahrhundert änderte sich durch die industriellen und die politischen Revolutionen – Letztere vor allem in Frankreich und Nordamerika – die Natur des Staates. Die Legitimationserfordernisse wie auch das Politische der Bürgerschaft entstanden.

Im 19. Jahrhundert verdreifachte sich die europäische Bevölkerung. Die negativen Externalitäten dieses Wachstums, die „*public bads*“, können nicht mehr länger von Kirchen, karitativen Einrichtungen und reichen Bevölkerungsgruppen getragen werden. Bildung und Infrastruktur – vor allem Straßen, Wasser, Verkehr et cetera – standen nun oben auf der gesellschaftlichen Bedarfsliste. Damit sind zur Beseitigung der „*public bads*“ zahlreiche „*public goods*“ entstanden, die vor allem städtischen Bürgern und der Arbeiterklasse zugute kamen. Der Durchbruch des Sozialstaates erfolgte erst im 20. Jahrhundert – die Staatsquoten stiegen von rund zehn Prozent 1870 auf die heutigen dreißig Prozent in den USA beziehungsweise bis über fünfzig Prozent in Skandinavien. Das stärkste Wachstum lag vor allem im goldenen und nahezu inflationsfreien Zeitalter des Keynesianismus von 1945 bis 1975. Durch die zunehmende Inflation und vor allem durch die steigenden Ölpreise im Jahr 1973 begann die erste kritische Diskussion über Transferzahlungen und Öffentliche Güter.

In deren Folge setzte das Auslagern und Privatisieren ein, auch weil Qualität und Quantität der Öffentlichen Güter in vielen Staaten spürbar abnahmen. Die Privatisierung in Deutschland wurde in dem bislang stärksten Umfang unter der rot-grünen Regierung angetrieben. Nun setzt die Re-verstaatlichungsstrategie wieder ein.⁴

DAS RINGEN DARUM, WAS EIN ÖFFENTLICHES GUT SEIN SOLLTE

Der Polit-Ökonom und damit auch folgend der Politpraktiker glaubten selbstbewusst zu wissen, was ein öffentliches Gut genau ist: Es geht ihnen dabei um Nicht-Rivalität und Nicht-Exklusivität im Konsum – Güter, von denen niemand ausgeschlossen werden darf und deren Konsum nicht zulasten des Konsums anderer geht. Die Legitimität der staatlichen Verantwortung entsteht genau aus der Vermutung, Unterstellung oder Regulierung, dass kein anderer Spieler diese Güter bereitstellen könnte, kurz: aus Marktversagen. Genau hier liegt die heute hart umstrittene Gegenthese, dass es eben eine politische und regulatorische Entscheidung sei, ob ein Gut öffentlich ist und ob Märkte funktionieren, wie Jesse Malkin und Aaron Wildavsky aus Berkeley gut begründen. In diese politische Entscheidung darüber, was politisch gewollt ein öffentliches Gut sein sollte, kommt also Bewegung – neue Spieler, neue Spielzüge und auch neue Spielregeln.

In dieses Spiel der Oszillation von Privatisierung und Ver(wohlfahrts)staatlichung kommt der Bedarf an Alternativen jenseits der Rituale. Und dies könnte in einer intersektoralen Beziehungsfähigkeit zwischen Staat, Markt und der sich ausdifferenzierenden Zivilgesellschaft liegen, in der Arbeitsteilung dazwischen.

DAS SELBSTGESPRÄCH DER GESELLSCHAFT: NEUE ARBEITSTEILUNGEN DES GUTEN

Nun kommen wir aus der Geübtheit der Arbeitsteilung einer Gesellschaft mit sektoralen Verantwortlichkeiten in eine Phase der Überdehnung der Anspruchshaltung an einzelne Spieler. Ein schuldengebremst überdehnter Sozialstaat, ein ungebremst moralisierender Markt und ein ungebremst wachsender Wohlfahrtssektor mit einer in Deutschland noch unterdefinierten Zivilgesellschaftlichkeit zeigen die Transition in das neue Gesellschaftsspiel des Guten auf: neue Akteure, Allianzen, Agenden und Arenen beziehungsweise Agoren, in denen darüber gesprochen wird. Die sektoralen Perspektiven – Staat, Markt, Zivilgesellschaft – scheinen an die Grenzen zu kommen. Das Selbstgespräch – noch unklar moderiert und konstituiert – unserer Gesellschaft mit sich läuft. Und das ist eine gute Nachricht, denn dies hat weniger mit ideologischen, sozialromantischen Debatten der Vergangenheit und mehr mit ideenreichen, sozialinnovatorischen Debatten über die Zukunft zu tun. Und diese Debatte sollte zumindest politisch moderiert erfolgen.

NEUE BEZIEHUNGSFÄHIGKEIT DER POLITIK ZWISCHEN WETTBEWERB UND KOOPERATION

Der Soziologe Niklas Luhmann hat uns alles gesagt zu der Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die Erosion selbst der Primus-inter-pares-Position einer Politik. Beziehungsfähigkeit wird für den moderierenden Gewährleistungsstaat zur entscheidenden Kompetenz. Interministerielle Kooperationen zeigen schon in der sektoralen Binnendifferenzierung, wie schwer das sein mag. Aber die Politikverdrossenheit ist in Wahrheit eine Ermüdung der politisch interessierten Bürger und Jungwähler angesichts der fehlenden Kooperationsfähigkeit der Parteien mit den Nichtregierungsorganisationen, Think-Tanks, der Wissenschaft, den Stiftungen und sonstigen unordentlichen Angeboten der Ordnungsbildung einer globalen Gesellschaft. Auch in der Aufgabenerledigung sehen wir uns zunehmend Public-private-Partnerships gegenüber, so kompliziert und ungewohnt im Umgang sie auch sein mögen. Und es wird immer stärker zu Kooperationen der Verwaltung mit der Zivilgesellschaft

kommen – entweder parteipolitisch unterstützt oder erzwungen durch die erstarkende deutsche Zivilgesellschaft.

Die nicht-staatlichen Spiele, die sich den Regeln der klassischen politischen Parteilinie entziehen, sind dabei seit Jahrzehnten durchaus eindrucksvoll: ob die „Neuen sozialen Bewegungen“ der 1970er-Jahre und ihre heutige Revitalisierung, die sozialmedialen oder straßenkämpferischen Protestbewegungen, die Erstarkung der Nichtregierungsorganisationen, die den totalitären beziehungsweise Wohlfahrtsstaat korrigierende Anwaltschaft beziehungsweise Verdienstleistung der Kirchen, die Bürgerbeteiligungen in Infrastruktur- oder Stadtentwicklungsprojekten, das Ehrenamt oder das Wohlfahrtsorganisatorische, das Sozialunternehmerische, das Sozialverantwortliche der Unternehmen, das Philanthropisch-Mäzenatische oder die neuen Formen der kommunalen beziehungsweise urbanen kollaborativen Selbstversorgungsgemeinschaften beziehungsweise die „Commoning-Initiativen“, also kollaborative Produktion und Konsumtion von Gemeingütern.

Und nicht zu vergessen: das Privatvermögen. Es wird in einigen Ländern weltweit bereits zur fünften Gewalt der Gesellschaft, und das werden wir in Deutschland kriegs- und inflationsbedingt erst jetzt richtig lernen – und das nicht in erster Linie durch Parteispenden. Die fast 20.500 rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts geben nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen 2014 grob geschätzt rund siebzehn Milliarden Euro zur Verwirklichung ihrer Stiftungszwecke aus – bei stark variierender Ausgabenhöhe also jährlich 800.000 Euro pro Stiftung. Vermögenssteuer ist das eine, das politische Vermögen, mit Privatvermögen Entwicklungen zu steuern, das andere.

DIE NÄCHSTEN GESCHICHTEN DES NÄCHSTEN GESELLSCHAFTSSPIELS DES GUTEN

Wir können aus der vergleichenden zivilgesellschaftlichen Forschung zumindest vier Trends beschreiben, die die Politik und mit ihr die Parteien beeinflussen können:

- (1) *Neue Sozialstaatlichkeit* durch Selbstentlastung: In zunehmend mehr Ländern werden staatliche Sozial-Investitionsfonds eingerichtet, die durch Finanzierung Sozialer Innovationen und Sozialunternehmen eine Selbstentlastung des Staates ermöglichen sollen. Hierzu zählen auch sogenannte „*Matching-Fund-Programme*“, die eine gemeinschaftliche Finanzierung von Zivilgesellschaft und Staat vorsehen.
- (2) *Neue Intersektoralität*: Große Transformationsprojekte gehen nur noch zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft. Die Energie- und die Demografiewende werden zu Vorboten für dieses gemeinsame Spiel. Die Mobilitäts- und die Gesundheitswende werden schnell folgen. Parteien – dazu

nationale – werden dies kaum zu leisten vermögen. Dies erfordert Mehrsprachigkeit der Akteure für die Sprachspiele und Spielzüge der jeweils anderen und vielleicht auch der Politik und der Parteien in einer neuen überparteilichen Moderationsrolle. Beispiele zu sogenannten „Open innovation-Initiativen“ in Skandinavien, England oder den USA setzen auf regierungsseitiges Innovationsmanagement durch das Management der Innovationen anderer. Alle Hoffnungen der digitalen „Open government-Bewegung“ sind ebenfalls hier zu verorten.

- (3) *Neue Hybridisierung*: Wir können überraschende Kooperationen und Gemeinschaftsprojekte beobachten – ob Wohlfahrtsorganisationen mit Nicht-regierungsorganisationen und Konzernen, Privat-Stiftungen mit dem Staat oder Entwicklungsorganisationen mit Konsumgüter-Herstellern. Dabei geht es diesen Initiativen um „collective impact“, also die Wirksamkeitssteigerung des Handelns durch Kooperation. Dabei stehen auch die Parteien im Fokus, die bisher kaum als beziehungsfähig aufgefallen sind.
- (4) *Neue Spieler*: Neben den von uns analysierten Sozialunternehmen sind in Deutschland – ob als Stiftungen oder Fonds – erstmals in der jüngeren Geschichte mehrgenerationelle Vermögensakkumulationen möglich – ohne Kriege und Inflationen. Dadurch entsteht eine neue und unbekannte Dominanz von Unternehmer- und Mäzenatentum in dem Gesellschaftsspiel des Guten, in der Vermögen ungeahnte Veränderungen auszulösen vermag. Es bedarf eines politischen Vermögens, mit diesem Vermögen anderer kooperativ umzugehen.

Die Zukunft der Volkspartei wird also eine mehrsprachig-moderierende und intersektoral kooperative sein müssen, am besten mit dem Volk. Die Zivilgesellschaft wird daran erinnern, dass die Demokratie eine Tochter des Wissens ist – eine des Volkswissens.

¹ Jansen, Stephan A.: „Wer macht was? Gesellschaftsspiele des Guten. Vermessungsversuche der Spiele und Spieler einer Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts“, in: Jansen, Stephan A. / Schröter, Eckhard / Stehr, Nico (Hrsg.): Bürger. Macht. Staat? Neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe, Teilnahme und Arbeitsteilung, Verlag Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 15–35.

² Vgl. für die folgende Ausführungen ebd.

³ Desai, Meghnad: „Public Goods: A Historical Perspective“, in: Kaul, Inge / Conceição, Pedro / Le Goulven, Katell / Mendoza, Ronald U. (Hrsg.): Providing Global Public Goods – Managing Globalization, Oxford University Press, Oxford 2003, S. 63–77.

⁴ Jansen, Stephan A. / Priddat, Birger P.: „Theorien der Öffentlichen Güter: Rekonstruktionen sozialer Konstruktionen – Politik- und wirtschaftswissenschaftliche Korrekturvorschläge“, in: Jansen, Stephan A. / Priddat, Birger P. / Stehr, Nico (Hrsg.): Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche, VS-Verlag, Wiesbaden 2007, S. 11–48.

Sekundär, aber unersetzbar

—

Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien

HEINRICH OBERREUTER

Geboren 1942 in Breslau (heute Polen), von 1993 bis 2011 Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

„Die Partei‘ ist heute die bestgehasste Erscheinung unseres politischen Lebens. Durch nichts wird dieser Satz schlagender bewiesen als durch die Tatsache, dass es sogar Parteien gibt, die den Kampf gegen das Parteiwesen auf ihre

Fahne geschrieben haben.“ So schrieb Hans Liermann in der Untergangsphase der Weimarer Republik. Dem Hass auf streitoffene Pluralität folgte die „Harmonie“ einer totalitären Einheitspartei auf dem Fuße. Damit sind die elementaren Alternativen klar.

Gleichwohl gehören Parteiverdrossenheit und Parteienkritik zu den Dauerthemen der realen, medialen und digitalen Stammtische der Nation. „Antiparteienparteien“, „Freie“, „Alternativen“ und „Protest“ verdanken ihnen Aufstieg und Etablierung. Wie diese Erscheinungen, soweit sie nicht verflühen, sich letztlich doch als geradezu gewöhnliche Parteien institutionalisieren, ruft Erstaunen hervor: learning by doing. Zeitkritischen Analytikern,

fern der Praxiserfahrung, fällt Realitätsverweigerung offenbar leichter. Als zum Beispiel nach 1968 Mitglieder- und Wählerzahlen boomten, boomte zugleich die Beschwörung der „Legitimationskrise“ des Parteiensystems. Dieses wird natürlich durch solch eklatante Irrungen nicht kritikfrei gestellt – und wie seine Kritiker dürfen sich auch seine Akteure und Verfechter nicht über die Realitäten erheben, die sich seit Längerem wandeln – nicht zugunsten der traditionellen Organisationsform Partei.

Das Wirken der Parteien und die Verwirklichung der Demokratie hängen von zwei sich stützenden Voraussetzungen ab: vom Prinzip legitimer gesellschaftlicher Vielfalt und von der Chance, sie zum Ausdruck zu bringen, sowie von der Gewährleistung gesellschaftlicher Legitimation und Kodezision staatlicher Entscheidungen. Im demokratischen Verfassungsstaat der Neuzeit lässt sich das „Allgemeine“ nicht mehr a priori über das „Besondere“ stellen und die Obrigkeit nicht mehr gegen die Gesellschaft. Wie dieser Staats-typ ohne artikulations- und vermittlungsfähige Institutionen verwirklicht werden könnte, ist eine Frage, auf die sich fundamental gebende, aber keineswegs fundamental denkende Grundsatzkritik keine Antwort weiß.

Das bedeutet keinen Freibrief für parteiliche Gemeinwohlvergessenheit einerseits und für quasi obrigkeitliche Mehrheitsmacht andererseits. Die rechtlichen und legitimatorischen Schranken sind bekannt, auch wenn gelegentlich an sie zu erinnern bleibt. Gerade für Parteien ist Herrschaft ein anvertrautes, gemeinwohlorientiertes, rechtlichen Bindungen und Kontrollen unterliegendes Amt. Nur auf dieser Basis lässt sich eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Leistungen und Funktionsweisen führen. Wenn nicht vom Wählervolk legitimierte Parteien die politische Macht ausüben sollen, wer dann? Und wie dann?

Die Geschichte hat gelehrt, wohin es führt, sie als „dem Staatsorganismus fremde soziale Körper“ (Heinrich Triepel 1927) zu definieren. Im Parlamentarischen Rat hieß es dann bei der Schöpfung des Grundgesetzes: „Die Form, in der die (das öffentliche Leben dynamisch bewegenden) Kräfte sich organisieren, also politisch und geschichtlich zur Wirksamkeit kommen, sind nun einmal, ob es einem gefällt oder nicht, die politischen Parteien“ (Carlo Schmid). Parteiendemokratie – ob es gefällt oder nicht. Karlsruhe jedenfalls hat an ihr ebenso einhegendes wie funktionales Gefallen gefunden, indem es politische Kommunikation, Partizipation, Rekrutierung von Führungspersonal und maßgebliche Einwirkung auf Parlament und Regierung mit ihr verband. Jedenfalls wurzeln die Parteien in der Gesellschaft und greifen nicht zuletzt deswegen nach der Regierung; zu hoffen wäre: kompetent und effizient. Erst hier lassen sich kritische Fragen stellen, funktional motiviert.

Ein Überblick über die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass die Parteiendemokratie ihrer vermeintlichen Krise nicht erlegen ist. Hat sie sich nicht sogar zumindest im Grundsatz bei der Gestaltung der wesentlichen Politikfelder vom Wiederaufbau nach 1945/49 bis zur Wiedervereinigung bewährt?

Und geht sie, grosso modo, gegenwärtig mit historisch ungewohnten Herausforderungen nicht zumindest verantwortungsvoll um? Und ist nicht sogar dynamische Mobilität ins Parteiensystem eingedrungen? Dabei hat der Wandel auch die Parteien selbst erfasst. Sogar die in Deutschland geradezu prototypisch herausgeprägte Volkspartei ist ihm unterworfen, auch wenn ihn selbst die Akteure im Parteien- und Mediensystem keineswegs generell zutreffend interpretieren und das Gewohnte, weil es einfacher ist, lieber bewahren möchten.

DIFFERENZIERUNG DER INTERESSEN, DESINTERESSE AM POLITISCHEN

Da die Parteien in der Gesellschaft wurzeln, müsste offen nach grundsätzlichen Veränderungen des Verhältnisses von Politik und eben dieser Gesellschaft gefragt werden. Beide scheinen sich in den jüngeren Modernisierungsprozessen entkoppelt zu haben. Strukturelle Entwicklungen haben dazu geführt, keineswegs primär Parteiversagen oder Parteienwandel, der aber durchaus in gesellschaftlich induzierten Anpassungsprozessen einen Partei-entyp hervorbringt, der sich immer weniger auf Identifikation durch Milieu, Programm und Partizipationsmechanismen stützt, sondern auf Kommunikationsmanagement und vielfältige kurzfristige Interessenbefriedigung. Diese Veränderung vollziehen Parteien nicht autonom. Sie folgen gesellschaftlichen Ursachen. Nicht nur, dass sich die überkommenen sozialmoralischen Milieus, welche die beiden großen Volksparteien getragen haben, durch Säkularisierung einerseits und Schwinden des sekundären Sektors in der Ökonomie andererseits in Auflösung befinden. Individualisierungsschübe, Wertewandel, Pluralisierung der Lebensstile und Organisationskepsis stehen parteilichen Bindungen entgegen. Zunehmend verlieren die nahestehenden gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen an Bedeutung oder entschwinden sogar. Es zerrinnen nicht nur Zielgruppen. Angesichts der wachsenden Attraktivität des Mottos „Unterm Strich zähl ich“ verpuffen parteipolitische Aggregationsbemühungen. In einer Gesellschaft sich reduzierender Bindebereitschaft muss sich notgedrungen auch die Bindekraft von Parteien reduzieren – mit Rückwirkungen auf diese selbst und auf das volatile Wahlverhalten der Bürger.

Nichts spricht für eine Wiederkehr der früheren Verhältnisse. Die Entwicklung ist zudem typisch für die modernen Gesellschaften Europas. Deren Individualisierung und Pluralisierung geht der Desintegration der Parteiensysteme voraus. Die Gesellschaft nimmt sich die Freiheit, sich zu wandeln, ohne auf die Parteien, ihre Organisation und ihr Selbstverständnis Rücksicht zu nehmen. Diese sind, was sie stets waren: ein Sekundärphänomen. Sie drücken die Gesellschaft aus, aber sie schaffen sie nicht.

Die Gesellschaft ist in Bewegung – mit Konsequenzen für Einstellungen und Verhalten gegenüber der Politik, vor allem wachsender Flexibilität

und Volatilität. Es entstehen neue Gruppierungen von „Gleichgesinnten“, die mit den alten sozialmoralischen Milieus alles andere als identisch sind. Sinus unterscheidet zum Beispiel zehn solcher Segmente von Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise ähneln – zum Beispiel prekäres, hedonistisches, traditionelles oder auch leistungsorientiertes „Milieu“. Diese Unterscheidungen finden seit Jahrzehnten auf dem kommerziellen Werbungs- und Medienmarkt höhere Resonanz als bei politischen Strategen. Allerdings lässt sich der Unterschied zwischen zielgruppengenaue, hoch individualisierten Werbebotschaften und notwendigerweise stärker aggregierten Politikangeboten nicht nivellieren. Gleichwohl sind auch politische Botschaften dazu verdammt, die konkreten Lebenswelten der Gegenwart zu erreichen, die eben immer weniger von Schicht- und Religionszugehörigkeit oder dem Stadt-Land-Gegensatz bestimmt werden und in ihren Unterschiedlichkeiten zu einem geradezu existenziellen Problem für eine profilierte Formulierung politischer Angebote geworden sind: Parteien, die wie die klassischen Volksparteien höhere Wahlergebnisse anstreben, scheinen zunehmend gezwungen zu sein, „für jeden etwas“, jedenfalls aber ziemlich vieles anzubieten, was jenseits ihres vorgeblichen „Markenkerns“ liegt. Unterstützt aber derartige Angebotsdifferenzierung ihre Mobilisierungsfähigkeit? Das Gegenmodell wäre, sich auf einem Differenzierungen hinter sich lassenden Mainstream nach oben tragen zu lassen, vorausgesetzt, ein solcher würde sich im Vorfeld von Wahlen entfalten (oder entfalten lassen). Was aber bedeutet das für Prinzipientreue, Kontinuität und Kompetenz? Grundsätzlich sind Großparteien mit dem Problem konfrontiert, unterschiedliche Lebenswelten ansprechen zu müssen. Kleinere scheinen eher die Chance auf spezifische Korrespondenz mit dem einen oder anderen der je aktuellen „Milieus“ zu haben, woraus ihnen begrenzte Wettbewerbsvorteile zufallen. Ein Rückfall in enge Interessen- oder Weltanschauungsparteien ergibt sich daraus nicht. Wohl aber eine Tendenz zur Desintegration des Parteiensystems, in welches seit Mitte der 1990er-Jahre so viel Bewegung eingezogen ist wie seit Langem nicht mehr. In der Resonanz der Parteien drückt sich beides aus: die Differenzierung der Interessen und das gewachsene Desinteresse am Politischen.

KOMMUNIZIEREN UND LEGITIMITÄT STIFTEN

Die Folgen sind bekannt. Gewinne und – vor allem – Verluste im zweistelligen Prozentbereich von einer Wahl zur anderen, atemberaubende Einbrüche in den Mitgliederzahlen seit zwei Jahrzehnten, dramatischer Abstieg des Anteils der Volksparteien bei den Wählern von 91,2 Prozent 1976 auf 56,8 Prozent 2009 und – begünstigt fast ausschließlich durch die Zuwanderung enttäuschter FDP-Sympathisanten – 2013 wieder 67,2 Prozent; noch immer eine gewaltige Distanz zur Hochzeit. Und aus dem Nichts droht eine weitere „Alternative“.

Zugleich: Favorisierung anderer, spontaner, kurzweiligerer und individueller Nutzenmaximierung geneigterer Partizipationsformen. Das heißt, die Parteien verlieren an sozialer Verankerung. Die Parteiendemokratie aber behält ihre Funktionen und ihre Bedeutung: ein Widerspruch mit einem Krisenpotenzial, das es zu jenen Zeiten nicht gab, als man es beschwor. Denn nicht allein Problembewältigung, sondern zugleich Kommunikation mit den Bürgern und Legitimitätsstiftung, daran sei erinnert, begründen die Funktion der Parteien im demokratischen Verfassungsstaat, die im Kern unersetzbar erscheint, die aber von ihnen selbst in ihrer Einbettung in den sozialen Wandel nicht allein gewährleistet werden kann. Hierin liegen die Grenzen der allermeisten Reformbemühungen, mit denen im Übrigen seit Jahrzehnten relativ erfolglos experimentiert wird. Am meisten könnte noch die konkrete Steigerung der Mitgliederbeteiligung an Inhalts- und Personalfragen bewirken, soweit Aktivierungswille besteht und seine Einbeziehung von den Führungen ernst gemeint ist.

Radikale Alternativen zur Parteiendemokratie verschärfen moderne Leistungs- und Legitimationsprobleme eher, als dass sie Abhilfe schaffen. Vorstellungen von einer „parteilosen“, computergestützten Versammlungsdemokratie, einer plebiszitär geprägten permanent aktivierbaren Chance zur Selbstbestimmung, einer Konzentration des Entscheidungsdiskurses auf deliberativ begabte Eliten – sie alle demontieren nicht nur politische Institutionen und das Prinzip repräsentativer Demokratie. Beide bedürfen der Abstützung durch Parteien oder ihnen ziemlich ähnliche Organisationsformen. Die Protagonisten dieser Vorstellungen vermögen nicht den Nachweis zu führen (und streben ihn partiell auch nicht an), wie ihre Ideen die generelle politische Öffentlichkeit (statt idyllisch-konsensueller Arenen) politische Kontinuität, rationale Problemlösungen in Prozessen wachsender Komplexität und Globalisierung sowie zurechenbare Verantwortlichkeit gewährleisten können. Auch die Rekrutierung kompetenten Führungspersonals bleibt eine offene Frage.

Zugegeben: Die Parteiendemokratie ächzt ihrerseits unter diesen Herausforderungen und wird ihnen keineswegs stets gerecht. Aber selbst in ihren potenziellen Unzulänglichkeiten gibt sie diese Prinzipien nicht preis und arbeitet auf ihre Verwirklichung hin. Noch. Dies übrigens gänzlich unabhängig vom Differenzierungs- und Integrationsgrad des Parteiensystems, solange wenigstens dessen Akteure sich im Kern der demokratische Legitimität stiftenden Prinzipien bewusst sind. Kritik und Distanz der Unkundigen bleiben hinzunehmen. Sie sind unausrottbar. Soviel elitäres Bewusstsein mag erlaubt sein, zumal die Parteien in der Gesellschaft wirken, aber nicht in ihr aufgehen – und diese nicht in ihnen.

Ein Lob der Langsamkeit

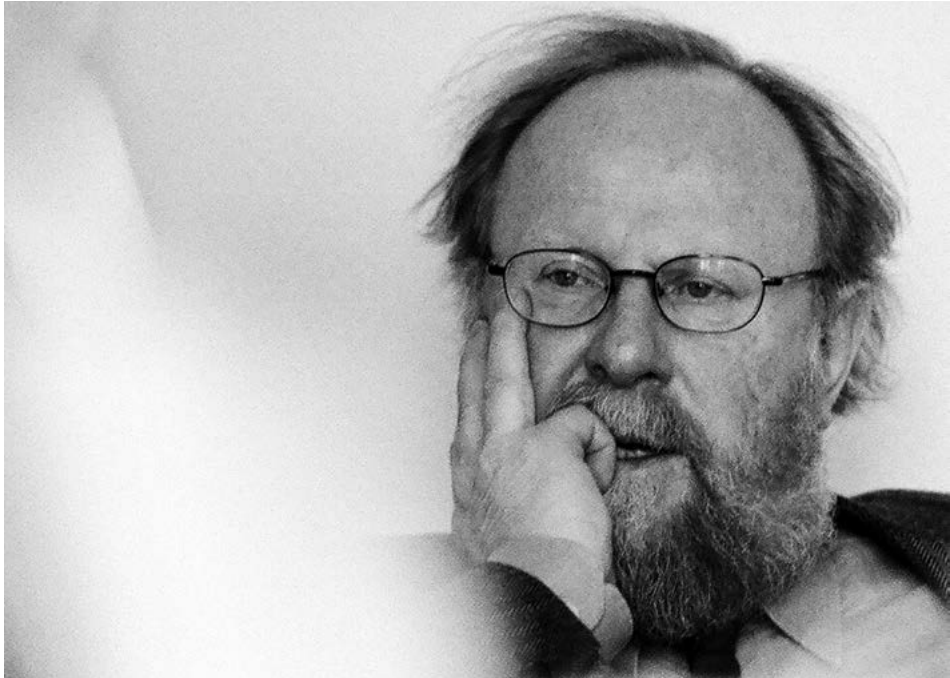
Der frühere Bundestagspräsident über
die Ungeduld der Bürger in unsicheren Zeiten

WOLFGANG THIERSE

Geboren 1943 in Breslau, Anfang Oktober 1989 Unterschrift beim Neuen Forum, Anfang Januar 1990 Eintritt in die in der DDR neu gegründete SPD, deren Vorsitzender von Juni bis September 1990. Mitglied der Volkskammer von März bis Oktober 1990, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, zuletzt Fraktionsvorsitzender der SPD in der DDR, von 1990 bis 2005 stellvertretender Vorsitzender der SPD, Mitglied im Bundesvorstand der SPD bis 2009, Mitglied des Bundestages von Oktober 1990 bis Oktober 2013, von 1990 bis 1998 stell-

vertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, von Oktober 2005 bis Oktober 2013 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Herr Thierse, Sie gehörten der Bürgerrechtsbewegung in der DDR an, wurden vor einem Vierteljahrhundert in die erste und frei gewählte Volkskammer gewählt und waren danach 23 Jahre Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Einem Menschen mit diesem Erfahrungshintergrund darf man die Frage



© studio kohlmeier, Berlin

zumuten, was uns der Parlamentarismus heute wert sein muss?

Wolfgang Thierse: Positiv beschrieben, ist es die Chance für jeden Bürger, sich an der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten zu beteiligen. Dabei passiert Parlamentarismus längst nicht allein im Bundestag, sondern er findet in jedem Dorf, in jeder Stadt, in jedem Kreis statt. Sich einzubringen – als Wähler oder als einer, der sich wählen lässt und damit Politik mitgestaltet, das ist die große Chance.

In meiner kleinen Abschiedsrede vor dem Bundestag habe ich an meinen Vater erinnert, der sich in seinem ganzen Leben nicht an einer freien Wahl beteiligen konnte. Er wurde am 31. Januar 1933 – einen Tag, nachdem Hitler Reichskanzler

geworden war – volljährig und ist Anfang März 1990 – also vor der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR – gestorben. Wenn ich an ihn denke, könnte ich auf wütende Weise traurig werden, wenn ich sehe, wie viele Menschen dieses wichtige Recht missachten, geradezu verachten.

Die Vorzüge des Parlamentarismus scheinen zunehmend aus dem Bewusstsein zu geraten, das Geschehen im Bundestag wird immer weniger beachtet. Sehen Sie eine wachsende Kluft zwischen Bürgern und ihren demokratischen Institutionen – insbesondere zu den Parteien?

Wolfgang Thierse: Das ist ja unübersehbar. Alle Meinungsumfragen der letzten

Jahrzehnte weisen aus, dass es eine zunehmende Anzahl von Bürgern gibt, die einen gewissen Verdruss gegenüber den Parteien und der Demokratie haben. Leider gibt es dafür nicht nur eine Ursache, wobei es schön wäre, wenn die Antwort heißen könnte: Es sind die Fehler und Missgriffe der Politiker, ihre kleineren oder größeren Skandale. Darauf könnte man reagieren und sagen: „Guckt hin! Dadurch, dass einer gewählt wird, wird er nicht zum Heiligen, sondern bleibt ein fehlerhafter Mensch mit Irrtümern und Gefährdungen, die in der Politik öffentlicher, deswegen aber auch schmerzlicher und erregender sind.“ Doch das ist es bei Weitem nicht allein.

Weil Sie in Ihrer Frage auf eine aktuelle Untersuchung anspielen, erlaube ich mir zunächst anzumerken: Die nachlassende öffentliche Beachtung des Parlamentsgeschehens ist auch darauf zurückzuführen, dass das weiterhin noch wichtigste Medium Fernsehen – außerhalb des Spartenkanals Phoenix – immer weniger über das Parlament berichtet. Vor allem erwecken die abendlichen Fernsehnachrichten keineswegs den Eindruck, dass das Parlament der wichtigste politische Ort unserer Demokratie ist. Im Vordergrund steht das Regierungshandeln. Und im Vergleich mit den Katastrophen und Konflikten in der Welt sind hiesige Parlamentsdebatten tatsächlich wenig spektakulär. Wir prügeln uns nicht, es fließt kein Blut und es gibt auch keine Toten. Selbst Beleidigungen sind im Bundestag selten. Wenn das Fernsehen mehr und mehr zum Unterhaltungsmedium wird, kann der Bundestag aber deshalb nicht zu einer anderen, unterhaltenderen Institution werden. Auf gelegentlich langwierige Debatten zum Zweck der Entscheidungs-

findung und Begründung wird er nicht verzichten können.

Die zweite Antwort ist eine etwas tiefergehende. Sie liegt in der Wahrnehmung vieler Menschen, dass das Parlament und überhaupt demokratische Politik nicht wirklich etwas zu entscheiden hätten. Sie glauben beispielsweise nicht mehr an den Primat demokratischer Politik gegenüber den ökonomischen, zumal finanzökonomischen Prozessen und Entscheidungen. Dieser Eindruck ist ja nicht gänzlich falsch und wird beispielsweise durch die Finanzkrisen bestätigt. Es ist die große Herausforderung der Gegenwart, den Primat demokratischer Politik wieder zurückzugewinnen.

Manchen scheinen Empörung und Protest der beste Weg der Einmischung. Warum wird die Chance zum Mitmachen in der Demokratie, von der Sie eingangs sprachen, so gering geschätzt? Haben Sie dafür eine Erklärung?

Wolfgang Thierse: Ja, eine sehr einfache. Demokratie verlangt Geduld, und zwar sehr viel Geduld, denn sie ist ihrem inneren Wesen nach langsam. Ich lobe die Langsamkeit der Demokratie, weil sie die Voraussetzung dafür ist, dass sich an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen möglichst viele Bürger beteiligen können, wenn sie es denn wollen. Aber genau diese Langsamkeit verlangt Geduld. Menschen, die unsicher sind, die Ängste haben, denen der Problembereich überwältigend erscheint, werden erst recht ungeduldig und richten ihre Ungeduld gegen „die“ Politik, gegen „die“ Demokratie, auch gegen „die“ Medien. Sie sind dann voller Misstrauen und

übersehen vollkommen, dass sie durch Einmischung in den Alltag der Demokratie etwas bewegen könnten. Dabei sollten sie wissen, dass es eher die Ausnahme ist, mit Protesten substantielle gesellschaftliche Änderungen herbeizuführen. Das geschieht eigentlich nur in revolutionären Umbruchsituationen.

Aktuell rätselt die gesamte Republik darüber, was es mit dem Protest von Pegida hauptsächlich in Dresden auf sich hat. Da geht es um diffuse Ängste – Asyl, Flüchtlinge, Islamismus –, doch verbirgt sich dahinter nicht auch das von Ihnen beschriebene allgemeine Unwohlsein mit Parteien und Staat, mit „denen da oben“, von denen man sich nicht mehr angesprochen fühlt?

Wolfgang Thierse: Es ist es richtig, dass wir als Politiker Ängste ernst nehmen müssen. Man überwindet sie nicht dadurch, dass man sie verschweigt oder beschimpft. Aber wir müssen genau hingucken. Da ist der Teil der Protestierenden, bei denen wir Politiker und Demokraten immer wieder Gesprächsangebote machen müssen. Doch habe ich im Moment nicht den Eindruck, dass viele Pegida-Demonstranten ihrerseits gesprächsbereit sind. Denn diese Ängste – und das ist das Beunruhigende – sind umgeschlagen in teilweise aggressive Ressentiments. Da wird man sagen müssen: „Liebe Bürger, ihr seid verantwortlich dafür, wer eure Ängste instrumentalisiert und missbraucht. Schaut hin, in welche Gesellschaft ihr euch begeben!“

Zum einen muss man also allem Extremismus und aller Ausländerfeindlichkeit widersprechen und zum anderen die wahrscheinlich sagenhaft schwierige Ein-

ladung zum Gespräch über die Ängste aufrechterhalten. Das ist aber nicht nur Sache des Staates. Da sind auch die Parteien, die Gewerkschaften, die politischen Stiftungen, die Medien gefragt. Was wir brauchen, ist ein sehr ernsthaftes und breites Gespräch darüber, was es bedeutet, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist und bleiben wird, welche Regeln wir für die Zuwanderung brauchen, die natürlich nicht nur deutsche, sondern europäische sein müssen. Wir müssen darüber reden, wie sich dieses Land durch Einwanderung verändert, welche Gemeinsamkeiten wir brauchen, damit Verschiedenheit ohne Angst gelebt werden kann.

Diese Debatte hat in den letzten Jahren begonnen, aber sie hat noch nicht genügend stattgefunden. Mein Eindruck ist, wir erleben auch die Nachwirkungen einer jahrzehntelangen Lebenslüge der alten Bundesrepublik, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist.

Könnte es nicht sein, dass die Unterstützung, die Pegida erfährt, auch ein Reflex auf eine andere Lebenslüge ist – nämlich die von der „multikulturellen Gesellschaft“? Hat Pegida nicht deshalb in Ostdeutschland mehr Widerhall, weil man keine Parallelgesellschaften will, wie man sie im Westen hat entstehen lassen?

Wolfgang Thierse: Wir müssen über die Vorzüge und über die Probleme einer Einwanderungsgesellschaft reden. Mein Losungswort lautet: Pluralismus ist keine Idylle, sondern ist eine überaus anstrengende Sache. Und sie ist erst recht anstrengend für Menschen im Osten Deutschlands, die – eingesperrt, wie wir

DDR-Bürger waren – den Umgang mit Fremden und Fremdem weniger lernen konnten. Trotzdem füge ich sofort hinzu: Pegida ist nicht allein ein ostdeutsches Phänomen, selbst wenn es dort sichtbarer zutage tritt. Mich als ostdeutschen Politiker ärgert und schmerzt besonders, wenn Pegida-Leute rufen: „Wir sind das Volk.“ Denn der Ruf von 1989 richtete sich gegen ein diktatorisches Herrschaftssystem, also gegen eine demokratisch unkontrollierte, nicht abwählbare Macht. Und jetzt instrumentalisiert man ihn gegen eine Demokratie, deren Regierung kontrollierbar und abwählbar ist und die auch in erheblichem Ausmaß transparent funktioniert.

Wie tief reichen im heute nicht mehr so sehr deutsch-deutschen Deutschland die Risse im demokratischen Fundament?

Wolfgang Thierse: Richtig ist, dass die ostdeutschen Deutschen durch die Dramatik der Veränderungen und die teils zu großen Erwartungen „enttäuschbarer“ sind, was sich beispielsweise am Wahlverhalten zeigt, das weit weniger festgelegt ist. Aber für alle Deutschen trifft nach soziologischen Studien zu, dass zehn bis zwanzig Prozent der Bürger in der einen oder anderen Weise minderheitenfeindliche Einstellungen haben. Sie sind durch eine Art von autoritärem Politikverständnis geprägt und erwarten von der Politik die schnelle und entschiedene Lösung der Probleme. Je größer die Probleme sind, desto heftiger bringen sie eine fast religiöse Erwartungshaltung hervor, die ein demokratisches System nicht befriedigen kann. Die Enttäuschung führt zu Ressentiments gegen „die“ Politik – und das ist das gefährliche Moment.

Wir wissen vom Ende der Weimarer Republik, dass es bedrohlich wird, wenn der Miss- und Unmut von vielen „da unten“ mit einer gewissen Demokratieverachtung der Eliten, insbesondere der wirtschaftlichen Eliten, zusammenkommt. Dieses Menetekel sollte man ernst nehmen, denn es gibt nicht nur „unten“ eine Unzufriedenheit mit der Demokratie und ihrer Langsamkeit. Machen wir uns nichts vor, die gibt es auch in den wirtschaftlichen Eliten.

Sie haben von „Entheimungsängsten“ als Gründe für den Protest gesprochen. Das klingt fast konservativ. Können Sie uns erklären, was Sie damit meinten?

Wolfgang Thierse: Als „Entheimungsängste“ habe ich die Sorge bezeichnet, angesichts von Globalisierung, also von Entgrenzung, Internationalisierung und Zuwanderung, vertraute Geborgenheiten und traditionsbestimmte Sicherheiten infrage gestellt zu erleben. Wenn sich alles radikal wandelt, reagieren Menschen mit Angst vor Fremdem und vor Veränderungen. Auf diese Sorge kann Politik zwar nur zum Teil antworten, aber sie kann zu erklären versuchen: „Was wir jetzt unternehmen, geschieht auch, damit ihr eure Identität nicht verliert.“ Das ist mir schon wichtig, dass das gemacht wird. Das ist kein konservativer Gedanke. Man muss den Menschen die Chance geben, auch in den Anfechtungen von Veränderungsprozessen zu ihrer Identität stehen zu können. Aber wir wissen auch, dass, je schwächer eine Identität ausgebildet ist, sie umso aggressiver verteidigt wird. Identität durch pure Abgrenzung ist immer eine schwache Identität. Identität durch starke Überzeugungen, durch Vertrautheit in sozialen

Beziehungen, das ist eine starke und offene Identität, die auch die Infragestellung des Eigenen erträgt und gesellschaftliche Anpassungsprozesse an veränderte Gegebenheiten ermöglicht.

Können die Volksparteien in Zeiten wachsender Heimatlosigkeit zumindest eine politische Heimat bieten?

Wolfgang Thierse: Volksparteien sind dann Volksparteien, wenn sie ihre fundamentale demokratische Aufgabe erfüllen, nämlich in ihren eigenen Reihen unterschiedliche soziale und kulturelle Milieus, unterschiedliche Interessen und Meinungen bündeln – also gewissermaßen Kompromisse und Konsense Vorbilden, von denen die demokratische Gesellschaft insgesamt lebt. Deswegen gehört eine prinzipielle Offenheit für Neues, ein einladender Charakter zu ihrem Wesen. Sie müssen auch denjenigen Menschen Raum bieten,

ihre Interessen zu artikulieren, für die die Politik bisher kein Ort war. Daran müssen die Volksparteien hart arbeiten, denn von ihnen geht natürlich zuweilen ein Geruch des Veralteten aus – zumal wenn man an eine ganz normale Parteiversammlung am Abend eines Wochentages denkt. Ich mache mir nichts vor, die Erneuerung hat Grenzen. Jüngere Leute sind weniger bereit, sich dauerhaft und verbindlich zu engagieren. Sie gewähren ihr Engagement temporär, projektbezogen. Wenn die Bereitschaft zu einem dauerhafteren Engagement offensichtlich abgenommen hat, liegt das einerseits an der wachsenden Individualisierung, andererseits aber an den Veränderungen im Wirtschaftsleben, die immer mehr Disponibilität und Flexibilität von den Menschen verlangen.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 18. Dezember 2014.

APO im Netz?

—

„Anonymous“ ist eine totale Absage an die klassische Politik

HAKAN TANRIVERDI

Geboren 1984 in München, freier Journalist unter anderem für das Digital-Ressort von Sueddeutsche.de, twittert unter [@hakantee](https://twitter.com/hakantee). Sein Schwerpunkt sind Netz- und Technologie-Themen.

Sie standen am Swimmingpool; ein loser Haufen von Menschen, die einander fremd waren und schon bald die Schlagzeilen weltweit dominieren würden. Und noch bevor sie ahnen konnten, dass aus ihnen ein „Kollektiv“ werden würde, noch bevor sie sich auf den

Namen Anonymous geeinigt hatten, hatten sie bereits ihre Form des Protests gefunden: Es war eine Blockade.

Anonymous, das sind jene Aktivisten, die über Jahre hinweg die internationale Politik mitgestalten wollten – und in ihrer Hochphase gleichzeitig das FBI und den amerikanischen Geheimdienst NSA aufschreckten. Während die NSA vor Cyber-Attacks durch Mitglieder von Anonymous warnte, engagierte das FBI einen Spitzel, um die Gruppe auszuheben. In der Zwischenzeit

legten sich Anonymous-Mitglieder mit der Sekte Scientology, dem Bezahl-dienst PayPal, dem Online-Laden Amazon und der amerikanischen Tea-Party-Bewegung an – um nur einige der Gegner zu nennen. Und die Art, wie sie ihren Protest und ihre Aktionen geplant haben, dürfte ohne Vorbild sein. Angefangen hat es an einem Swimmingpool.

„Habbo Hotel“ ist eine Online-Community. Die Spieler können dort künstliche Avatare erstellen, also Figuren bauen und entscheiden, welche Haut- und Haarfarbe, Frisur und Kleidung diese haben sollen. Anschließend checken die Spieler in das virtuelle Hotel ein und verbringen hier ihre Zeit. Das Zielpublikum dieses Spiels sind Teenager, die zwischen zwölf und acht-zehn Jahre alt sind.

Am 12. Juli 2006 stürmen Tausende Spielfiguren das Hotel. Sie sehen alle gleich aus: schwarze Hautfarbe, Anzug, Afrohaare. Warum das so ist, ist bis heute unklar. Sicher sagen kann man nur, woher diese Spieler kommen und worauf sie es abgesehen haben. Sie blockieren den Pool, sodass keiner der regulären Spieler baden gehen kann. Warum, ist unklar. „For the lulz“, sagen Anonymous-Mitglieder heute: Damit sie lachen können. Es gibt keinen rationa-len Grund. Das Online-Spiel muss mehrfach abgebrochen werden, weil die Moderatoren die Lage nicht in den Griff kriegen.

MOBILISIERUNG KRITISCHER MASSEN

Diese Blockade ist eine erste Erkenntnis. Das, was sich hier gezeigt hat, ist die Mobilisierung einer kritischen Masse, die dazu in der Lage ist, beliebige Struk-turen lahmzulegen. Sie muss sich nur organisieren. Im Fall von Anonymous passierte das über eine Seite im Internet, die für Unbeteiligte sämtliche Kli-schees des anonymen Mobs bestätigt. Sie heißt 4chan – die Seite besteht aus vielen Bildern und kurzen Texten. Auf 4chan gibt es mehrere Unterforen – das berühmteste davon heißt /b/; die Einträge verschwinden nach fünfzehn Minuten. Die Bilder hier verstoßen gegen jeden guten Geschmack. Rassismus, Frauenfeindlichkeit, obszöne Sprüche, Bilder aus Pornos, Beschimpfungen: Außenstehende halten es hier nicht besonders lange aus.

Die Beiträge werden standardmäßig unter dem Namen „Anonymous“ erstellt. Der spätere Name des Kollektivs ist also eine Referenz auf ihren Ur-sprungsort. Zu einer Zeit, in der sich das Internet immer mehr dahin ent-wickelt, dass Menschen sich mit ihrem echten Namen auf Webseiten anmel-den müssen, soll dieses Hochhalten von Anonymität einen Grundgedanken des Internets verdeutlichen: Es sei möglich, sich im virtuellen Raum von gesellschaftlichen Konventionen loszusagen.

Gleichzeitig ist 4chan die Brutstätte von vielen Formen der Internet-Kultur. Die Art, wie heute im Internet Witze gemacht werden – und die zahl-reiche Seitenbetreiber reich gemacht hat –, sie wurde auf 4chan etabliert.



Mitglieder der Anonymous-Bewegung mit Guy-Fawkes-Masken auf der Demonstration „Million Mask March“, Portland, Oregon, im November 2014.
© ullsteinbild – Reuters / STEVE DIPAOLA

Ein Beispiel dafür wären sogenannte Meme. Das Wort selbst geht zurück auf den Biologen Richard Dawkins, und das Konzept besagt, dass Ideen ähnlich wie egoistische Gene funktionieren und sich fortpflanzen wollen. Um ein Beispiel zu nennen: Es hat sich eine Form des Geschichtenerzählens entwickelt, die anhand von schlecht gezeichneten Comics funktioniert. In sechs Bildern wird erzählt, wie eine nicht näher benannte Person scheitert, egal, was sie macht. Die anonymen Nutzer posten dieses Comic hunderttausendfach, jedes Mal ist es eine Abwandlung der Geschichte. Die Figur bekommt einen Namen – „Epic Fail Guy“, übersetzt etwa: der Typ, der grandios scheitert. Die Community schreibt diese Geschichte, und in einem dieser Comics findet „Epic Fail Guy“ eine Maske – warum ausgerechnet diese Maske fortan in allen weiteren Bildern benutzt wird, ist unklar. Es ist aber jene Maske, die die Mitglieder verwenden werden, wenn sie später ihre Bekennervideos drehen oder sich zu Demonstrationen im analogen Raum verabreden.

UNTER DER MASKE VON GUY FAWKES

Die Maske zeigt Guy Fawkes, einen katholischen Offizier, der am 13. April 1570 in York geboren wurde und mit sechzehn Jahren zum Katholizismus konvertierte. 1605 versuchte er in Reaktion auf die Verfolgung von Katholiken,

das Parlament in England mit einem Sprengstoff-Attentat in die Luft zu jagen. Die Geschichte wurde 2006 in einem Kinofilm aufgegriffen. In „V wie Vendetta“ versucht eine Einzelperson, sich gegen ein dystopisches System, einen autoritären Staat zu wehren. In einer finalen Szene kommt es zu einem Aufstand der Bevölkerung: Die Menschen tragen allesamt die Guy-Fawkes-Maske. Dass Anonymous sich also für Guy Fawkes entschieden hat, ist als bewusste politische Entscheidung zu werten. Die Mitglieder von Anonymous und 4chan sind generell der Auffassung, dass das Internet durch staatliche Regulierung zum dystopischen Raum wird, in dem Großkonzerne und Staaten ihre Politik oktroyieren können. Was nicht passt, wird gelöscht – von Musikvideos bis hin zu unvoreilhafter Kritik. Anonymous setzt sich für unbedingte Informationsfreiheit ein.

Doch zu Beginn verstand sich Anonymous nicht als politisches Kollektiv. Die Gruppe wollte ihre schiere Masse nur dazu einsetzen, hin und wieder ein paar Systeme lahmzulegen und ihre Macht, zu stören, demonstrieren. Doch 2008 tauchte ein zehnminütiges Video im Netz auf: Darauf war Filmstar und Scientology-Mitglied Tom Cruise zu sehen. In einer skurrilen Rede, die offensichtlich nur für die interne Kommunikation gedacht war, begründete Cruise, warum die Anhänger der Sekte effektiv die besseren Menschen seien. Scientology selbst war es peinlich, dass dieses Video in die Öffentlichkeit gelangte, und forderte alle Seiten auf, das Video zu löschen. Für Anonymous war das ein willkommener Anlass, zu demonstrieren, was es bedeutet, wenn etwas ins Internet gelangt. Sie luden das Video erst herunter und dann auf anderen Seiten erneut hoch. Durch diese Streuung verhinderten sie, dass die Botschaft von Scientology gelöscht werden konnte.

MASSENHAFT PIZZA FÜR SCIENTOLOGY

Gleichzeitig starteten die Mitglieder diverse Aktionen: Sie bestellten massenhaft Pizzen im Namen von Scientology und verschickten schwarze Faxe, die die Tinte des Faxgeräts in kürzester Zeit verbrauchten. Und sie veröffentlichten weitere Videos – diese Videos werden mittlerweile bei jeder Aktion hochgeladen. Im Fall von Scientology erklärt eine Computerstimme, wieso Anonymous-Mitglieder die Sekte verachten. Sie werfen ihr Einschüchterung und Scheinheiligkeit vor und nennen die Konsequenz: Alle offiziellen Internet-Seiten von Scientology sollen aus dem Netz verbannt werden. Anonymous startete sogenannte DDoS-Attacken. Hierbei erhält eine Webseite so viele Anfragen, sie zu laden, dass sie nicht mehr bedient werden kann: Sie geht in die Knie und ist von niemandem mehr aufzurufen.

4chan ist als Plattform nicht besonders gut geeignet, um zu diskutieren; daher wichen Anonymous-Mitglieder auf ein Chat-System namens IRC aus. Die Aktionen gegen Scientology wurden hierüber diskutiert. Wer die

Chat-Protokolle liest, erkennt mitunter nur schwer, dass hier tatsächlich Menschen miteinander reden. Wenn sich tausend Menschen in einer Konversation befinden, verläuft diese anarchisch. In diesen Chaträumen wird Anonymous schließlich zu einer politischen Organisation. Ihre Mitglieder verabreden sich zu Demonstrationen vor Scientology-Kirchen, ihr Protest gegen die Sekte geht jahrelang weiter.

WIKILEAKS UND AKTIVISMUS LIGHT

Als 2010 eine Organisation namens Wikileaks knapp 250.000 Botschaftsdepeschen veröffentlicht, ist das exakt jene Informationsfreiheit, die auch eine Organisation wie Anonymous gutheißt. Sie verspricht sich davon eine Politik, die sich nicht mehr auf Hinterzimmer-Gespräche berufen kann, sondern die ihre Entscheidungen auch öffentlich kommunizieren muss. Wikileaks veröffentlichte auch ein Video, das zeigte, wie US-Militäreinheiten 2007 in Bagdad aus einem Hubschrauber wahllos in eine Menge schossen und dabei Journalisten und Zivilisten töteten. Diese Veröffentlichung beschleunigte die Aufklärung des Vorfalls, da die US-Behörden sich weigerten, Auskunft zu erteilen.

Doch Wikileaks erfährt Gegendruck, sowohl durch die Regierung als auch durch Firmen wie Mastercard und PayPal. Diese weigern sich, Überweisungen an die Organisation durchzuführen – Wikileaks finanziert sich vor allem über Spenden. Die Weigerung wird von den Betroffenen als Versuch angesehen, die Organisation finanziell auszutrocknen. Mitglieder von Anonymous gehen zum nächsten Schritt über: Sie haben ein Computerprogramm entwickelt, das es für nicht-versierte Sympathisanten auf Knopfdruck ermöglicht, Webseiten zu attackieren: herunterladen, Adresse eingeben, Seite überfordern. Ein Aktivismus light, der nach deutschem Recht strafbar ist. Gleichzeitig unterstützten sie auch Oppositionelle in Tunesien: Während der Umwälzungen im arabischen Raum wurden Oppositionsgruppen von Regierungen ausspioniert. Mit einer besonderen Infrastruktur ist es möglich, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Anonymous-Mitglieder haben Wissen und Mittel weitergeleitet. Internet und Zensur sind die beiden Kernthemen der Bewegung, und 2010 beginnt ihre Hochphase.

Sie attackieren Webseiten, verschaffen sich illegal Zugang zu Rechnernetzen von Zeitungen und IT-Sicherheitsunternehmen, entwenden Dokumente von Computern des FBI. Die Chat-Diskussionen werden jetzt in separate Räume verlagert. Diejenigen, die ahnen, wie man Netzwerkschranken umgeht, sprechen sich über neue Ziele ab. Sie wählen eine Form des Protests, gegen den Regierungen nicht ankommen können. Im politischen Sinne kann man hierbei nicht von einem Dialog sprechen: Es werden schlicht zu erfüllende Forderungen erhoben. Anonymous erklärt Feindschaften und geht gegen seine Feinde vor.

VOM FBI ZERSCHLAGEN

Das erklärt auch, mit welcher Wucht das FBI gegen Anonymous vorgegangen ist. Ein Kernmitglied verriet durch Unachtsamkeit seinen Standort, das FBI schnappte sich den Mann und drohte ihm mit Haft. Es machte ihm ein Angebot: Er verrät seine Kumpane, die Behörde kommt ihm bei der Haftdauer entgegen. Mit einem Spitzel in Spitzenposition dauerte es nicht lange bis zur ersten Verhaftungswelle – für die Mitglieder ein Schock, wähten sie sich doch in der Sicherheit der Anonymität. Das FBI bewies ihnen das Gegenteil. Nach dieser Aktion hat das Netzwerk von Anonymous effektiv an Schlagkraft verloren. Zwar existiert das Kollektiv auch heute noch weiter, aber seine Macht ist gebrochen.

Die zentrale Koordination existiert nicht mehr, es gibt lediglich noch Splittergruppen. Mal gehen Menschen unter dem Banner Anonymous gegen den Ku-Klux-Klan vor, mal verwenden sie aber auch den Namen Anonymous, um gegen deutsche Medien zu agieren. Während der Ukraine-Krise zum Beispiel wurden sämtliche Facebook-Seiten, die sich russlandkritisch äußerten, mit Kommentaren überhäuft, sodass eine effektive Kommunikation unmöglich war. Redakteure erhielten Drohbriefe, ihre Telefone klingelten tagelang nonstop.

TOTALE ABSAGE AN KLASSISCHE POLITIK

Was von Anonymous übrig bleibt, ist die totale Absage an klassische Politik. Es geht nicht darum, einen Interessenausgleich zu betreiben, vielmehr soll die eigene Position durchgesetzt werden. Regierungen weltweit zeigten sich, so die Sichtweise von Anonymous, wiederholt internetfeindlich. Das Verhalten gegenüber Wikileaks oder das Ausschalten des Internets im arabischen Raum seien hierfür nur zwei Beispiele. Die Position von Anonymous werde in den politischen Diskurs nicht aufgenommen. Folglich werde sie abseits klassischer Politik über andere Wege kommuniziert.

Auch wenn Anonymous heute keine größere Rolle mehr zu spielen scheint: Durch ihr aggressives Auftreten hat die Organisation die Aufmerksamkeit des Mainstream auf sich gezogen. Viele der netzpolitischen Diskussionen und der Debatten um Datenschutz im Netz, die heute geführt werden, sind nun im Kontext ihrer Verbote, der Protestaktionen von Anonymous, zu sehen. Die Bewegung hat keine Form entwickelt, die sich etablieren könnte, sie ist aber in der Zeit ihres Wirkens, vergleichbar mit der APO der 1960er-, 1970er-Jahre, effektiv gewesen. Der Ball liegt jetzt im Feld des Gegners: dem der klassischen Politik.

Besser regieren?

Auf dem Weg zu einer Ethik des Nudgings

PETRA BAHR

Geboren 1966 in Lüdenscheid, von 2006 bis 2014 Kulturbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), seit September 2014 Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sunstein, Cass R.: *Why Nudge? The Politics of Libertarian Paternalism*, Yale University Press, New Haven (USA) 2014, 25,00 US-Dollar.

Menschen sind das größte Hindernis für gute Regierungen. Sie machen oft nicht, was gut für das Gemeinwesen ist. Sie ma-

chen nicht einmal, was gut für sie selbst ist, nicht einmal dann, wenn sie es besser wissen. Menschen rauchen und essen zu viel Fleisch, sie bewegen sich zu wenig, dämmen ihre Häuser nicht, kümmern sich viel zu wenig um ihre Altersversorgung und wehren sich gegen nötige Infrastrukturprojekte – ja überhaupt gegen alles, was neu ist. Schon für kleine Änderungen sind sie zu träge oder zu ängstlich, bei großen Innovationen rennen sie Sturm. Menschen entscheiden spontan und emotional, sie folgen lieber vertrauten Gewohnheiten und haben tendenziell eher Angst, etwas zu verlieren, als Freude daran, Risiken einzugehen. Das Verhalten von Menschen

ist nicht so, wie es einem guten Gemeinwesen zuträglich wäre. Die Menschenkenner aller Zeiten haben das natürlich gewusst. Schon die biblischen Heiligen sind eine Ansammlung von trägen, egoistischen, entscheidungsschwachen, ängstlichen oder gar gefährlichen Zeitgenossen. „Das Gute, das ich will, tue ich nicht“, fasst der Apostel Paulus sein Unvermögen zusammen, den eigenen Einsichten zu folgen.

GANZ FREIWILLIG DAS RICHTIGE TUN?

Diese Einsicht führt wie eine heiße Spur durch die Philosophien des Abendlandes und trägt auch die Signatur politischer Theorien. Auch die wohlfeile Antwort darauf ist schon klar: Gesetze und Sanktionen, Regeln und Normen sorgen dafür, dass das Gemeinwesen durch die Mängelwesen, die es gestalten, nicht aus den Fugen gerät. Menschliche „Rationalitätsanomalien“ sind ein erheblicher Gefährdungsfaktor für das gesellschaftliche Wohlergehen. Und ein teurer noch dazu, zieht man Gesundheitskosten oder die Überlastung der Sozialversicherungssysteme ins Kalkül. Doch was wäre, wenn sich gute Regierungen, kluge Verwaltungen und vorausschauende politische Entscheidungen einer anderen Technik bedienen, die nicht durch Regulation, sondern durch sanfte Stupser und Lenkungshinweise geschieht, die die Bürger selbst nachvollziehen, um so ganz freiwillig das Richtige zu tun? *Nudging* heißt diese Steuerungstechnik, die allmählich auch in Deutschland Aufmerksamkeit gewinnt. Ihr Meisterdenker, Cass Sunstein, war in den

letzten Wochen auf einer Berlin-Tour und warb nicht nur unter Wissenschaftlern und Politikstrategen, sondern auch in Ministerien für seine Theorie eines „libertären Paternalismus“, dessen Praxis Möglichkeiten zur Verfügung stehen, mit denen sich durch leichte Veränderungen von Rahmen und Kontexten erstaunliche Verhaltensänderungen bei Bürgern bewirken lassen. Sunstein ist nicht nur einer der führenden amerikanischen Verfassungstheoretiker aus Chicago, er ist auch ein mächtiger Mann, seit Barack Obama ihn zum Chef des „White House Office of Information and Regulatory Affairs“ machte. Seine Ideen wurden bereits in der Administration Cameron umgesetzt.

REGIEREN MIT QUENDELREGALEN?

Die Einsichten über die „Entscheidungsarchitekturen“, in denen Menschen ihre Entscheidungen treffen, kommen aus der Verhaltensökonomie und lassen sich durch die Ergebnisse der Hirnforschung erhärten. Die Kontexte, in denen Menschen handeln, sind entscheidend für das Verständnis ihrer Reaktionen. Wie können die „Entscheidungsanomalien“, in denen Menschen wider bessere Einsicht handeln, gemäßig werden? *Nudging* beginnt schon bei der Sprache. Klare, werbende Worte führen eher zu Verhaltensänderungen als die kalte sprachliche Exekution eines komplizierten Verwaltungshandelns. *Nudging* macht sich auch die Einsicht zunutze, dass Menschen meistens wie ihr Umfeld handeln. Wer daran erinnert wird, dass alle Nachbarn schon die Einkommensteuer-

erklärung abgegeben haben, wird seine schneller einreichen, als wenn er mit Mahnschreiben behelligt wird. Und wer erfährt, dass achtzig Prozent der anderen Mieter im Haus deutlich weniger für Strom zahlen als man selbst, beginnt wie von selbst, nachts das Licht auszuschalten und einen Kühlschrank zu kaufen, der energieeffizienter ist. Wissenschaftler haben festgestellt, dass individuelle Entscheidungen hochgradig kontextgebunden sind. In der Wirtschaft wurden diese Einsichten schon längst publik. Die berühmteste Entscheidungsarchitektur überhaupt ist das „Quengelregal“ an der Kasse, wo sich Süßkram und Plastikspielzeug auf Augenhöhe von Kleinkindern befinden, und um keinen Streit zu riskieren, kaufen Eltern ihren Sprösslingen, was diese schon in der Hand haben. Kaufentscheidungen sind in hohem Maße von der Art der Präsentation der Waren, den Narrativen ihrer Bewerbung, den Bedürfnissen der Umwelt und von Selbstbildern bestimmt, die sich mit einer Ware verbinden. Die individualisierte Werbung bei Amazon und Co hat das *Nudging* so perfektioniert, dass manchmal nur noch ein „Opting-out“, also die bewusste Entscheidung gegen den Klick auf den Kaufbutton, möglich zu sein scheint. Was wäre, wenn dieses erfolgreiche Modell im alltäglichen Verwaltungshandeln oder sogar bei mittelfristigen Steuerungsmodellen in der Politik Anwendung fände? Könnte mit dem Bau geschickter Entscheidungsarchitekturen, also mit sanften Stupsern, nicht mehr erreicht werden als mit Gesetzen und Regeln, auf die Menschen zwangsläufig mit Unmut reagieren? Viele Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit, die auf die Nachricht erfolgten, das Bundeskanzleramt habe Verhaltens-

ökonomien eingestellt, die *Nudging* für das gute Reagieren prüfen, sind vom Bild des Quengelregals geprägt. „Manipulation. Gefährlich!“, heißt es, und schon wird die Propagandamaschine aus dem dunkelsten Kapitel der deutschen Politik heraufbeschworen. Vielleicht macht sich aber auch nur der Berufsstand der Juristen Sorgen, der um seine Monopolstellung beim guten Regieren fürchtet, denn bislang galt als Gütesiegel vor allem ein gutes Gesetz. Sanfte Stupser anstatt Regeln und nachfolgende Sanktionen? Was wäre, wenn im Quengelregal Äpfel, Nüsse und Müsliriegel lägen? Würden Kinder und Eltern dann nicht zu einem vernünftigeren Essen verführt? Das Regal mit den gesunden Nahrungsmitteln ist eine Metapher für das gute Regieren nach der Vorstellung von Cass Sunstein. Deshalb gilt *Nudging* vor allem in den Bereichen als hilfreiche Regierungstechnik, wo es im weitesten Sinne um Verbraucher geht.

Wer sich die große Wirkung kleiner Anreize vor Augen führt, die Sunstein in seinem Bestseller *Nudge* aus dem Jahr 2008 auflistet, kann nur zu mehr Mut beim Experiment des *Nudgings* in deutschen Steuerungsstäben plädieren (Thaler, Richard H./Sunstein, Cass R.: *Nudge. Wie man kluge Entscheidungen anstößt*, Econ Verlag, Berlin 2011, deutsche Taschenbuchausgabe). Möglich, dass diese sanften Techniken des Steuerns in Deutschland sogar leichter einzuführen sind als in angelsächsischen Ländern. Deutschland hat eine lange Tradition des Paternalismus und ist so stark an Wohlfahrtsmodellen interessiert, dass die Sorge, etwa bei Suizidprävention in Schulen oder bei der Anschnallpflicht im Auto, der Staat beschneide unzulässig die Autonomie der Bürger, nur

an den Rändern der Debatte aufblitzt. Das erklärt auch die parteienübergreifende Begeisterung nach Vorträgen von Sunstein.

ZWEIFEL AM PATHOS DER FREIHEIT

Als Regierungstechnik gibt es in den Instrumentenkästen des *Nudgings* noch viel zu entdecken, vor allem dann, wenn das *Nudging* transparent gemacht wird. Im Hintergrund steht aber bei Sunstein eine monumentale politiktheoretische Umbeziehung, die gründlicherer Debatten bedarf. Sunstein bezweifelt nämlich das Pathos der Freiheit. Er tut dies auf dem sicheren Boden der Verhaltenspsychologie und der Hirnforschung, wenn er den Fetisch der freien Bürger kritisiert und in den Horizont einer Idee der Wohlfährlichkeit stellt. Der US-amerikanische Kontext von Sunstein ist hier mit Händen zu greifen. Allerdings riskiert er so einen Utilitarismus, der alle individuellen Entscheidungen nur noch in Bezug auf seine Zwecke für das höhere Gut des „social welfare“ bewertet. Im Grunde will Sunstein kommunitaristische und liberale Philosophien zu einer dritten zusammenbinden. Bei dieser Fusion kassiert er allerdings den normativen Freiheitsbegriff, der für unsere Verfassung leitend ist.

Beklemmend offen formuliert Sandstein den Utilitarismus in seinem zweiten Band: Der Herstellung von „social welfare“ haben sich die Einzelnen unterzuordnen. Freiheit ist ein normatives Konzept, keine empirische Bestimmung des Menschen. Gegen diese normative Grundbestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger haben die Ergebnisse der

Hirnforschung und der Verhaltensökonomie kein argumentatives Gewicht.

SANFTE STUPSER FÜR EINE UNSANFTE POLITIK?

Das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung gerät in eine Schiefelage und wird augenblicklich an vielen Orten neu justiert. Hirnforscher greifen das Strafrecht an. In den Debatten um Industrie 4.0 wird über Verantwortung nachgedacht: Wer hat Schuld, wenn ein computergesteuertes Auto in eine Gruppe Schulkinder rast? Auch das *Nudging* wirft große Fragen zu dieser Verhältnisbestimmung auf, vor allem da, wo mithilfe der sanften Stupser eine gar nicht so sanfte Biopolitik betrieben wird. Präventionsprogramme im Gesundheitswesen sind auch in Deutschland beliebt. Aber was ist, wenn ihre Befolgung an die Voraussetzung geknüpft ist, überhaupt krankenversichert zu bleiben, wie dies in den USA diskutiert wird? Und was ist, wenn die Organspende nach einem Opting-out-Modell zur Regel wird, der nur durch einen expliziten Akt widersprochen werden kann? Für Sunstein ist die prinzipielle Möglichkeit des Ausweichens in einer prägenden Entscheidungsarchitektur ausreichend zur Sicherung der Autonomie der Bürger. Wer den normativen Freiheitsbegriff unserer Verfassung zugrunde legt, wird nicht so kess auf diese Variante setzen. Denn es gibt gute Gründe, Menschen ein explizites „Ja“ zur Organspende abzuverlangen, weil hier Grundvorstellungen des guten Umgangs mit Sterben und Tod betroffen sind. Gerade weil der interventionistische Wohlfahrtsstaat mit seinen Steuerungstechniken in

Deutschland lange Tradition hat, muss die Debatte um *Nudging* ihrerseits kontextsensibel geführt werden.

Als reine Regierungstechnik können die Erkenntnisse wegweisend sein für einen anderen Umgang von Administrationen mit ihren Bürgern. Auch für die Vorbereitung von Wahlkämpfen lohnt sich eine vertiefte Sicht in die Ergebnisse der Verhaltenspsychologie. Doch der politiktheoretische Gesamtrahmen, wie Sunstein und sein Kollege, der Ökonom Richard H. Thaler, ihn entwickelten, ist nur vor dem Hintergrund der angelsächsischen Debatte um einen übersteigerten empirischen Freiheitsbegriff verständlich, wo schon die Einführung der Helmpflicht für Motorradfahrer zu hitzigen Grundsatzdebatten führt. In den mental und kulturell tief gespaltenen USA ist Sunstein ein Vermittler

und sein libertärer Paternalismus eine Art dritter Weg. Doch dieser Weg führt in einen ungeschminkten Utilitarismus. Wann muss der Staat die Bürger vor sich selbst schützen? Und wovor? Wer entscheidet, welche Güter interventionistische Eingriffe vertragen oder sogar nötig machen? Wer wissen will, wie die Gesellschaftsutopie von Cass Sunstein aussieht, der lese das Kapitel über die Abschaffung der Ehe. Weil die gesellschaftlichen Folgekosten der vielen enttäuschten Liebespakte zu hoch sind, will er sie zugunsten privatrechtlicher Regeln und individueller Rituale abschaffen und gleichzeitig bestimmen, wie die sanfte Trennung auszusehen hat. An dieser Umkehrung von Intervention und Freiheit lässt sich eine neue Debatte um das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung führen.

Literaturempfehlungen zum Thema Parteireform

Gajewski, Alexander: Mitglieder und Bürgerbeteiligungen in den CDU-Kreisverbänden, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin 2014.

Online abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.39866/>

Grabow, Karsten / Saetzler, Theresa: Parteireformen im Ausland: Ansätze und Erfahrungen, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin 2014.

Online abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.39867/>

Kölln, Ann-Kristin: Wie reagieren Parteien auf den Mitgliederschwund? Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin 2014.

Online abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.39868/>





Elemente des Erneuerns



Der Instrumentenkasten moderner Parteireformen

ELMAR WIESENDAHL

Geboren 1945 in Arnshausen (Sauerland),
lehrte Politikwissenschaften an der
Universität der Bundeswehr München.
Seit 2010 ist er Geschäftsführer
der Agentur für Politische Strategie
(APOS) in Hamburg.

Die CDU steht vor organisatorischen Erneuerungen, mit denen ihr Anspruch, eine moderne Volkspartei auf einem breiten, lebendigen Mitgliederfundament zu verkörpern, bekräftigt werden soll. Organisationsreformen stellen einen gezielten Wandel der Binnenorganisation von Parteien dar. Mit ihnen wird

auf innere Probleme und auf gewandelte gesellschaftliche Bedingungen reagiert, die zumeist zusammenhängen. Die erste und wichtigste Herausforderung stellt der Mitgliederrückgang der Partei dar, der vor allem darauf zurückgeht, dass mittelfristig nicht genügend Nachwuchs vorhanden ist, um die hohe Zahl an Mitgliedern aus älteren Generationen zu ersetzen. Dadurch droht ihr Binnenleben zu veröden, und die Partei verliert an organisatorischer Dynamik und Schlagkraft. Zudem mangelt es unter den Mitgliedern an

Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Zweitens muss die CDU auf den Wandel politischer Beteiligungsformen sowie auf veränderte Ansprüche an die Partizipation in Parteien reagieren. Die Attraktivität der Mitarbeit in Parteien sollte gesteigert werden, um potenzielle Neumitglieder durch ein einladendes Angebot anzusprechen. Um öffentliches Ansehen und Prestigegewinn geht es auch, damit sich die CDU als mitgliederstärkste oder gar modernste Mitgliederpartei darstellen könnte. Nicht zuletzt muss die Fähigkeit zum Anschluss an einen gewandelten gesellschaftlichen Erwartungshorizont und Zeitgeist erhalten bleiben.

Was der Instrumentenkasten zur Organisationsreform von Parteien an Gerätschaften und Gebrauchsanleitungen enthält, ist nicht absolut neu, sondern kommt hier und da bereits zum Einsatz. Bei ihrer Erneuerung kann die CDU deshalb auf eigene, aber auch auf Reform Erfahrungen anderer Parteien zurückgreifen.

MEHR BETEILIGUNG

Parteien sind in Deutschland repräsentativ-demokratische Delegierten- und Gremienparteien. Sie sind in Form einer Stellvertreterdemokratie organisiert, was nicht mehr den allgemeinen Erwartungen entspricht. Entscheidungen selbst treffen zu können, verlangen nicht nur über siebzig Prozent der Bevölkerung, sondern das ist auch der Mehrheitswille befragter Parteimitglieder.

Für mehr direkte Beteiligung an der innerparteilichen Willensbildung steht ein ganzes Arsenal an Instrumenten zur Verfügung, die teilweise schon ihren Niederschlag in Parteisatzungen gefunden haben und sich einerseits auf Personal- und andererseits auf Sachentscheidungen beziehen.

So können Wahlkreis- und Listenkandidat(inn)en für Bundestags- und Landtagswahlen durch Direktwahl von Mitgliedervollversammlungen bestimmt werden. Des Weiteren ist es mittlerweile weit verbreitet, Spitzenkandidat(inn)en für ein Bürgermeister- oder Ministerpräsidentenamt, gar für die Kanzlerschaft über ein unmittelbares Mitgliedervotum auszuwählen. Innerparteiliche Amtsträger ließen sich ebenfalls per Urwahl bestimmen.

Mitglieder können direkt an Sachentscheidungen über die Programmentwicklung, politische Kursbestimmungen, gar zu Koalitionsbildungen entweder konsultativ per Befragung oder bestimmend per Urabstimmung beziehungsweise Mitgliederentscheid beteiligt werden. Per Befragung lässt sich ein Überblick über die unter den Mitgliedern verbreiteten Ansichten gewinnen, oder Mitglieder können zu Programmwürfen beziehungsweise größeren Vorhaben wie etwa einer Organisationsreform befragt werden. Von anderer Qualität wären indes regelmäßige Mitgliederbefragungen, mit denen, wie in Unternehmen üblich, die Zufriedenheit der Organisierten mit ihrer Partei und ihren Spitzenvertretern ermittelt werden könnte.

Die CDU kennt bereits statuarisch eine Befragung in Sachfragen, wobei die Initiative hierfür von mindestens einem Drittel nachgeordneter Gebietsverbände unterstützt werden muss. Über die Annahme entscheidet der Vorstand der nächsthöheren Ebene. Auch die CSU erlaubt seit 2010 unverbindliche Mitgliederbefragungen zu Sach- und Personalfragen auf allen Ebenen.

Eine unverbindliche Befragung bezieht Mitglieder konsultativ in den Entscheidungsprozess ein. Der Mitgliederentscheid delegiert dagegen das Entscheidungsrecht an die Parteibasis. Entweder können von oben den Mitgliedern Anliegen zur Entscheidung vorgelegt werden oder Mitgliedern steht ein Initiativrecht zu, selbsttätig einen Mitgliederentscheid herbeizuführen. Bei der SPD hat ein Mitgliederbegehren Erfolg, wenn es innerhalb einer Dreimonatsfrist von mindestens zehn Prozent der Mitglieder unterstützt worden ist. Der anschließende Mitgliederentscheid wird bei einer Beteiligung von mindestens einem Fünftel der Mitglieder an der Abstimmung wirksam. Das Votum kann durch die Zweidrittelmehrheit eines Parteitags wieder aufgehoben werden.

Mitgliederentscheide in Sachfragen kennen verschiedene Parteien, wobei das dabei verlangte Verbindlichkeits-Quorum zwischen null (Die Grünen), zwanzig (SPD), 25 (Die Linke) und 33 (FDP) Prozent schwankt. Beteiligungssteigernd wirken sich Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide per Briefwahl oder online aus.

Um die Mitarbeit in Parteien attraktiver zu machen, müssen die Kosten eines Beitritts ebenfalls gesenkt werden. Parteimitgliedschaft kommt im Wettbewerb mit aufwandsarmen, spontanen, zeitlich begrenzten und erlebnisreichen Formen bürgerschaftlicher Partizipation nicht daran vorbei, niedrigschwelliger zu werden.

ORTSUNGEBUNDEN UND INTERAKTIV

CDU und SPD haben die Beitrittsschwelle bereits durch eine zeitlich befristete und beitragsreduzierte Schnupper- beziehungsweise Gastmitgliedschaft abgesenkt. Bisher ließ sich ein numerisch durchschlagender Erfolg dadurch nicht erzielen. Tabuisiert wird nach wie vor die Idee, Mitgliedsbeiträge als massives Eintrittshemmnis abzuschaffen, obgleich sich die Umstände und Gründe für die Erhebung dieser „Parteisteuern“ (1906 durch die SPD) längst überlebt haben. Einnahmeausfälle ließen sich anders kompensieren.

Eintritts- und Mitmachhemmnisse lassen sich etwa durch die Nutzung des Internets umgehen. Online-Partizipation in und mit Parteien schließt zum stark angestiegenen Trend der Nutzung des Internets auf und ermöglicht den Betroffenen, technisch zeit- und ortsungebunden und zugleich flexibel interaktiv über Online-Formate zu kommunizieren und selbst Abstimmungen zu organisieren. Die Hinwendung nachwachsender Generationen zum Web 2.0

müssen Parteien ihrerseits vollziehen, um mit diesen Zielgruppen überhaupt in Kontakt treten zu können. Jetzt schon schreibt das Verfahren, Neumitglieder online zu rekrutieren, eine Erfolgsgeschichte. Darüber hinaus sollte aber auch eine innovative, vom Wohnortsprinzip losgelöste virtuelle Parteimitgliedschaft erwogen werden. Der virtuelle Ortsverein der SPD oder der virtuelle Landesverband der FDP liefern hier bereits Vorlagen.

GEFAHR DER „VERBONZUNG“

Parteispitzen und Inhaber öffentlicher Wahlämter üben ihre Funktionen zumeist dauerhaft aus. Bleibt ein regelmäßiger Wechsel in diesen Positionen aus, droht die Gefahr der „Verbonzung“ (Helmut Kohl). Zudem bleibt karriereorientierten Neumitgliedern so die Karriereleiter verschlossen; das hält diesen wichtigen Kreis des politischen Nachwuchses davon ab, in eine Partei einzutreten.

Kandidatenaufstellungen für Parlamentsämter oder Vorstandspositionen müssten nach dem Auswahl- und nicht nach dem Akklamationsprinzip erfolgen. Auch ließen sich bei Listenpersonalwahlen mithilfe von Mehrfachstimmen Kumulationsmöglichkeiten einführen. Obendrein könnte man nach der Häufigkeit der Wiederwahl eines Amtsträgers/einer Amtsträgerin das Stimmenquorum erhöhen, das notwendig wäre, um erneut im Amt bestätigt zu werden. Bereits statuarisch umgesetzt ist die Norm der Ämterbegrenzung, die Ämterhäufungen verhindern soll. Auf den härtesten Einschnitt läuft die Einführung von Amtszeitbegrenzungen hinaus. Wie oft eine Wiederwahl gestattet werden soll, hängt nicht zuletzt von der Länge der Amtsperiode ab, mit der ein Wahlamt ausgeübt werden kann.

Dagegen haben längst alle Parteien für Frauen und Jungmitglieder unterschiedlich hohe Quoten eingeführt, um deren angemessene Repräsentation in den innerparteilichen Führungsgremien und bei der Kandidatenaufstellung zu gewährleisten. Der Blick richtet sich jetzt auf Migranten; prominenten oder womöglich parteilosen Quereinsteigern sichere Plätze auf den Kandidatenlisten freizuhalten, wäre eine bedenkenswerte Möglichkeit, die Attraktivität zu steigern.

INKLUSION VON NICHTMITGLIEDERN

Parteien kommen nicht an einer Öffnung vorbei, die die strikte formale Trennung zwischen Mitglied und Nichtmitglied überwindet. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wird durch offene Bürgerdialoge oder -foren eingeschlagen. Die Inklusion von Nichtmitgliedern in das Binnenleben ist sinnvoll, weil Sympathisanten und potenzielle Unterstützer bereitstehen, die sich zeitlich

begrenzt und thematisch konzentriert für die Mitarbeit gewinnen ließen. Das amerikanische Parteiwesen liefert hierzu das Vorbild. Von dort stammt auch die Praxis, Bewerber/-innen für öffentliche Spitzenämter der Parteien durch offene Vorwahlen bestimmen zu lassen.

Nichtmitglieder für die Mitarbeit zu gewinnen, heißt allerdings, sie aus Gratifikationsgründen an innerparteilichen Sachentscheidungen und Personalauswahlen zu beteiligen. Dies lehnen Parteimitglieder jedoch mehrheitlich strikt ab. Um die Partei zu öffnen, hat die SPD unlängst eine beitragspflichtige Unterstützermemberschaft eingeführt, aus der indes elementare Mitentscheidungsrechte in Personal- und Sachfragen ausgeschlossen sind. Unterstützermemberschaften werden an Arbeitsgemeinschaften der Partei sowie an Themenforen und Zukunftswerkstätten angebunden und besitzen in deren Rahmen aktives und passives Wahlrecht. Aus der Anreizperspektive muss hierin ein organisationspolitischer Fehlgriff der Partei gesehen werden. Nicht von ungefähr ist bislang die Zahl rekrutierter Unterstützer enttäuschend gering.

Besser scheint es zu sein, ein engmaschiges außerparteiliches Unterstützernetzwerk aufzubauen, welches der Kontaktpflege dient und das für spezielle Aktionen mobilisierbar ist. Die Initiative „Bürgerpartei“ der CDU von 2003 verfolgte bereits ähnliche Absichten. Aufbau und Pflege eines solchen Netzwerkes hängen heute indes von der Nutzung des Internets ab; auf diesem Gebiet geht es bei den Parteien bislang eher schleppend voran.

ERFOLGREICHES CHANGEMANAGEMENT

Der Erfolg bisheriger Organisationsreformen der Parteien wird von Parteienforschern durchweg skeptisch beurteilt. Die Wirkungen, die man sich davon versprochen hat, bleiben aus. Entscheidend sind vor allen Dingen Vorgehensmängel, die sich aus einer Changemanagement-Perspektive vermeiden lassen.

Nun stellt sich die CDU auf Bundesebene an die Spitze einer Parteireform und verleiht so dem Anliegen Gewicht. Die oberste Parteispitze steht als treibende Kraft hinter der Erneuerung und leistet hierfür aktive Überzeugungsarbeit. Zündende Ideen und ansteckender Reformschwung lassen sich allerdings nur dann generieren, wenn über kleine Kommissionen hinaus die unteren Ebenen und interessierten Parteimitglieder mit ihren Ideen einbezogen werden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Parteien mit ihren zahlreichen Ehrenamtlichen und Aktiven in den Ortsvereinen überwiegend träge, manchmal sogar eigensinnig auf Reforminitiativen von oben reagieren. Deshalb ist es mit Parteitagbeschlüssen und Änderungen von Parteistatuten auch nicht getan: Reformen müssen an der Parteibasis angenommen und praktisch umgesetzt werden. Gleichwohl ist mit Widerständen der mittleren Führungsschicht zu rechnen, die Einflussverluste befürchten könnte. Vollmitglieder

nehmen schwerlich eine Entwertung ihrer privilegierten Stellung hin, falls Nichtmitgliedern beziehungsweise Unterstützern Einfluss auf Personal- und Sachentscheidungen eingeräumt werden sollte.

Dass sich bei Kannvorschlägen zu erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder und zur Öffnung von Parteien wenig ändert, zeigt die bisherige Erfahrung: Sie werden nur höchst selten genutzt und ändern nichts an der Struktur der Delegierten- und Gremienpartei. Grundsätzlich anders verläuft der Veränderungsprozess, wenn die Neuerungen statuarisch in Sollvorschriften gekleidet werden. Hiervon losgelöst verbreitet sich auf Landesebene die Praxis, rivalisierende Bewerber für Führungspositionen und Spitzenkandidaten für öffentliche Spitzenämter per Urwahl zu bestimmen. Nicht zu vergessen: Der Einführung direktdemokratischer Basispartizipation, der Öffnung von Parteien gegenüber Nichtmitgliedern oder virtuellen Mitgliedschaftsformen stehen Regelungen des Parteiengesetzes entgegen, die an die gewandelten Realitäten angepasst werden müssten.

Der Verlauf des Reformprozesses ist immer ein integraler Bestandteil der Organisationsreformen selbst, der über Gelingen und Mislingen der Veränderungen entscheidet.

Literatur

Jun, Uwe / Niedermayer, Oskar / Wiesendahl, Elmar: *Zukunft der Mitgliederpartei*, Opladen & Farmington Hills, MI 2009.

Alemann, Ulrich von / Morlok, Martin / Spier, Tim (Hrsg.): *Parteien ohne Mitglieder?*, Nomos Verlag, Baden-Baden 2013.

Münch, Ursula / Kranenpohl, Uwe / Gast, Henrik (Hrsg.): *Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel*, Nomos Verlag, Baden-Baden 2014.

Die Enttäuschten?

Was Bürger von Parteien erwarten

URSULA MÜNCH

Geboren 1961 in Esslingen am Neckar, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Man bräuchte „PEGIDA“ nicht. Wirklich nicht. Nicht einmal, um zu illustrieren, wie relevant das Thema „Was Bürger von Parteien erwarten“ ist. Ein kleiner, aber nennenswerter Teil der Bürgerschaft ist mit dem aktuellen Erscheinungsbild von Parteien und Politik unzu-

frieden; das war Beobachtern bereits vor jenem Montag im Oktober 2014 bewusst, als sich 350 Personen zusammenfanden und erstmals unter dem Motto „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ demonstrativ schweigend durch Dresden zogen. Nicht nur diese Bewegung, von der man im Augenblick noch nicht sagen kann, ob es sich dabei nur um ein Dresdner Lokalphänomen oder doch um eine auch überregional relevante Erscheinung handelt, sondern vor allem die auf allen politischen Ebenen tendenziell sinkende Wahlbeteiligung sowie die Meinungsumfragen zum Ansehen von Politik und Parteien zeigen, dass es um eine zentrale Funktion bundesdeutscher Parteien schlecht bestellt ist: Ihrem Auftrag, „für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen“ zu sorgen (Paragraph 1 Absatz 2 Parteiengesetz), werden die politischen Parteien nicht mehr gerecht. Das zeigt Folgen: Die Verführbarkeit und womöglich auch Radikalisierbarkeit der Bürger durch populistische Parteien und Bewegungen steigt in dem Maße,

wie die Bindungskraft und damit auch die immunisierende Wirkung klassischer gesellschaftlicher Großorganisationen wie Parteien, Kirchen und Gewerkschaften nachlassen.

Bei der Suche nach den Ursachen dieses Funktionsverlusts und zur Antwort auf die Frage, was Bürger von den Parteien erwarten, lohnt es sich, tiefer anzusetzen, als dies PR-Berater, Talkshows und Parteistrategen gemeinhin tun: zum Beispiel bei der Frage, welche Faktoren überhaupt zur Herausbildung sowohl der westlichen Parteiensysteme als auch der Parteifamilien führten und welche Bedeutung diese Faktoren zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch haben. Dies führt zum Konzept der sogenannten „cleavages“, also der Konfliktlinien, entlang derer sich seit dem ausgehenden 19. bis in die ersten siebenzig Jahre des 20. Jahrhunderts identitätsstiftende Milieus formierten.

Als besonders wirkmächtig für die Parteienentwicklung erwiesen sich dabei zwei Konflikte: zum einen der Klassenkonflikt, der Arbeitnehmer- beziehungsweise Gewerkschaftsinteressen von den Interessen der bürgerlich-mittelständisch-freiberuflichen Gruppe schied, und zum anderen der religiös-konfessionelle Konflikt, der zwischen Personen mit religiös-kirchlicher Bindung sowie den Nichtreligiösen beziehungsweise den kirchlich Ungebundenen abließ. Die immense Relevanz dieser gesellschaftlichen und politischen Spaltungslinien zeigt sich in beiden Richtungen: sowohl beim früheren Bedeutungsgewinn als auch beim jetzigen Bedeutungsverlust der Parteien. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates zum einen und die Säkularisierung zum anderen schwächten die tradierten Konfliktlinien ebenso ab wie die gesellschaftliche Modernisierung und die Individualisierung der Lebensverhältnisse. Anders, als dies noch vor fünfzig Jahren der Fall war, kann man inzwischen kaum mehr von der sozio-ökonomischen Lage einer Person auf ihre Wertvorstellungen und damit auf ihre Parteipräferenzen schließen.

DAS RINGEN UM DIE MITTE

Der Rückgang der Erklärungskraft der sozialen Milieus wirkt sich zwangsläufig nicht nur auf Parteibindung und Wahlverhalten aus, sondern auch auf die politische Orientierung der Wählerschaft: Ungefähr sechzig Prozent der bundesdeutschen Wählerinnen und Wähler ordnen sich derzeit selbst der politischen Mitte zu – mit klaren Konsequenzen für die Ausrichtung der Parteien: Da Wahlen „in der Mitte“ gewonnen werden, müssen sich zumindest die Volksparteien programmatisch auch dort bewegen. Dies könnte zu der Feststellung verleiten, dass dann ja „alles gut“ ist: Die Wähler haben ihre ideologisch aufgeheizten Milieus verlassen, die Parteien reagieren darauf, und beide begegnen sich. Aber – nicht nur „PEGIDA“ zeigt: So einfach ist es nicht.

Die Mitteorientierung der Parteien, mit der diese auf die Auflösung der tradierten Milieus und die Volatilität des Wahlverhaltens reagieren, geht fast

zwangsläufig mit einer geringen Unterscheidbarkeit politischer Positionen einher. Grundsätzlich entspricht diese programmatische Annäherung der großen Parteien dem konsensual geprägten Politikverständnis, das die meisten Deutschen haben. Aber die Ergebnisse der Demokratie- und Parteienforschung zeigen auch: Ungeachtet aller Konsensorientierung bleibt der Parteienwettbewerb nur dann lebendig und damit attraktiv für die Wählerschaft, wenn er auf der „Konfiguration der Gegnerschaft“ (Chantal Mouffe) basiert.

EINGESCHRÄNKTE STEUERUNGSFÄHIGKEIT

Die Mitteorientierung der Parteien tritt zeitgleich mit dem Phänomen der nachlassenden Steuerungsfähigkeit demokratischer Nationalstaaten und damit der Politik insgesamt auf. Je intensiver sich Wirtschaft, Umwelt, Politik, Kultur, Kommunikation und öffentliche Sicherheit international verflechten, desto schwieriger wird es für die einzelnen Staaten und ihre politischen Führungen, den spezifischen Erwartungen ihrer Bürger gerecht zu werden – zum einen, weil die politischen Anforderungen der Bürger sich von jeher nach ihrer Interessenlage unterscheiden, zum anderen aber auch deshalb, weil es keine friedens- und wohlstandsichernde internationale Einbindung ohne Zugeständnisse und Kompromisse geben kann.

Die Notwendigkeit des Abstimmens mit anderen und die Rücksichtnahme auf die Interessen von Verbündeten und Handelspartnern oder auch Beschlusslagen in supranationalen Gremien haben zwar den Frieden in Europa und den Wohlstand gerade auch in Deutschland ermöglicht, fordern aber allen Beteiligten viel ab: Politiker müssen sich mehr denn je auf einzelne Problemfelder spezialisieren und sich jenseits dieser auf die Beschlussempfehlungen von Partei- und Parlamentsgremien verlassen. Und die Bürger benötigen ein Mindestmaß an historischen, politischen und wirtschaftlichen Kenntnissen, um den fundamentalen Wandel der Welt einordnen zu können.

Aber es ist bei Weitem nicht nur die Globalisierung, die die Handlungsfähigkeit nationalstaatlicher Politik einschränkt und bei den Bürgern den Eindruck erweckt, ihre nationalen Politiker seien zur Ohnmacht verurteilt. Auch die finanzielle Gestaltungsmacht von Politik ist stärker begrenzt, als dies in den 1950er- oder 1960er-Jahren der Fall war: Die Finanzkrise sowie das politische Ziel, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auch mit Blick auf die Erfordernisse des demografischen Wandels zurückzufahren, erschweren es inzwischen, politische Probleme dadurch zu lösen, dass man die Staatsausgaben erhöht. Wie eingeschränkt die politische Steuerungsfähigkeit ist, zeigt im Übrigen die Flüchtlingspolitik: Die Zahl der Asylbewerber, der Bürgerkriegsflüchtlinge und derjenigen, die vor dem Terror des IS fliehen müssen, kann die bundesdeutsche Politik nicht einmal mehr im europäischen Verbund nennenswert beeinflussen.

Bürger erwarten von Politikern, dass diese die Sachverhalte, über die sie zu entscheiden haben, verstehen und getroffene Entscheidungen auch kompetent vertreten können. Politische Entscheidungen sollen nachvollziehbar und zuordenbar sein, und die Bürger wünschen sich, zwischen klaren politischen Alternativen eine Auswahl treffen zu können. Einerseits sollen die Parteien ein klares inhaltliches Profil aufweisen, andererseits verteufeln viele Deutsche kaum etwas mehr als das „Parteiengezänk“.

Diese divergierenden Erwartungen der Bürger sowie die Komplexität moderner Politik überfordern Parteien und Politiker. Es gelingt jedoch weder ihnen noch den Medien oder der politischen Bildung, den Tatbestand der strukturellen Überforderung angemessen aufzuzeigen und zu erklären.

Hinzu kommt, dass die Parteien – unterstützt von den Medien – den Komplexitätszuwachs der Politik dadurch zu entschärfen suchen, dass sie Politik immer mehr personalisieren, inszenieren und ritualisieren. Auch wenn dies kurzfristig wirksame Rezepte sein mögen, um das Interesse der Bürger an politischen Fragen lebendig zu halten, die strukturell bedingte Abwendung eines Teils der Bürgerschaft von der Politik wird man nicht dadurch aufhalten, dass man mit oberflächlichen Botschaften auch noch die politisch Interessierten enttäuscht.

GESTÖRTE RÜCKKOPPELUNG

Der im Parteiengesetz formulierte Auftrag, dass Parteien „für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen“ zu sorgen haben (Paragraph 1 Absatz 2 Parteiengesetz), basiert auf dem Demokratie-modell unseres parlamentarischen Regierungssystems: Ausgehend von der Wahlentscheidung der Stimmbürgerschaft, wird auf der Basis des Wettbewerbs programmatisch unterscheidbarer Parteien über die Mehrheitsentscheidung des Parlaments eine Legitimationskette zur parlamentarisch gewählten und kontrollierten Regierung hergestellt. Zwischen den Bürgern und den sich zur Wahl stellenden Parteien läuft unablässig ein Rückkoppelungsprozess ab. Funktioniert dieser, erhalten die verschiedenen Parteien immer wieder ein neues Mandat für ihre parlamentarische und ihre außerparlamentarische Arbeit. Funktioniert er nur unzureichend, bietet dies Anlass für die Gründung einer neuen Partei, die auf den Wettbewerb der Parteien ausstrahlt, den Rückkoppelungsprozess belebt und im Idealfall wieder ins Lot bringt. Im ungünstigsten Fall jedoch führt die unzureichende Rückkoppelung zwischen Bürgern und Parteien dazu, dass sich Teile der Bürgerschaft vorübergehend oder dauerhaft von den Parteien insgesamt abwenden. Das geschieht dann, wenn sich die Mehrheit der Parteien nicht „responsiv“ gegenüber den sich verändernden Erwartungen der Bürger erweist.

Wie vermeiden Parteien die demokratiegefährdende Abwendung der Bürger von der Politik? Und was müssen Parteien bedenken und tun, um auch in Zeiten zurückgehender Steuerungsfähigkeit der Politik, nachlassender Parteibindung und sinkender Wahlbeteiligung ihre für das Gemeinwesen unverzichtbare Responsivität zu erhalten?

DEMOKRATIEGEFÄHRDENDES VAKUUM

Diese Fragen führen zu einem Grundproblem unserer repräsentativen Demokratie: Es sind häufiger die Bürger der unteren Einkommens- und Bildungsschichten, die politisch desinteressiert sind und für sich die Entscheidung treffen, dass ihre Stimmabgabe keine Bedeutung hat. Da es angesichts verfestigter Politikferne und Wahlabstinenz unwahrscheinlich ist, dass sich diese Wähler mobilisieren lassen, verzichten Parteien mit Mitteorientierung darauf, programmatisch auf diese Klientel einzugehen. Schließlich bestünde angesichts der unterschiedlichen Mobilisierbarkeit die Gefahr, dass eine etwa auf Umverteilung abzielende Programmatik mehr Wähler in der Mitte des Spektrums abschrecken als Wähler an den Rändern des Parteienspektrums anziehen würde. Das heißt, dass die Funktionsmechanismen der repräsentativen Demokratie es den Parteien geradezu nahelegen, nicht responsiv auf jene Bürger zu reagieren, die den Wahlen fernbleiben. Ein derartiges Verhalten der Parteien erscheint zunächst rational, jedoch nur, wenn man eine sehr kurzfristige Perspektive einnimmt. Tatsächlich lässt es ein demokratiegefährdendes Vakuum entstehen, das auch nicht durch die Ausweitung direktdemokratischer Elemente zu füllen ist. Schließlich unterscheidet sich die Beteiligungswahrscheinlichkeit der unterschiedlichen Gruppen von Bürgern bei Abstimmungen nicht wesentlich von ihrem Verhalten bei Wahlen.

Verhindern lässt sich dieses Vakuum nur, wenn die Parteien programmatisch auch die Nichtwähler vertreten. Geschieht dies nicht, hätte dies zur Folge, dass die Interessen der Mittel- und Oberschicht sowie die Interessen der Älteren, die jeweils deutlich häufiger zum Wählen gehen, dauerhaft besser vertreten würden als die Interessen der Angehörigen unterer Einkommens- und Bildungsschichten und der Jungen. Aus der Zweidrittelpartizipation würde eine Zweidrittelrepräsentation (Wolfgang Merkel, 2015). Das würde den (Selbst-)Ausschluss der Politikfernen nicht nur zementieren, sondern den Grundstein dafür legen, dass diese Gruppe größer wird. Indem die Parteien die Interessen und Belange der Nichtwähler in ihrer Programmatik und im politischen Prozess stärker berücksichtigen, zeigen sie nicht nur Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern verhindern gleichzeitig die Delegitimierung der Parteiendemokratie.

Unten angesetzt

Was Mitglieder von ihren Parteien erwarten

ISABELLE BORUCKI

Geboren 1981 in Friedrichshafen, Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin (Akademische Rätin a. Z.) am Lehrstuhl für Regierungslehre, Westliche Regierungssysteme der Universität Trier.

In der Diskussion um schwindende Unterstützung von Parteien, den Rückgang der Mitgliedschaften und um neue Beteiligungsmöglichkeiten wird oft eine wichtige Schraube übersehen: die Mitglieder selbst. Ihre Erwartungen und Wünsche, etwa mehr Partizipation und Beteiligung, die sie jeweils

sehr individuell und womöglich auch emotional und ideologisch bis idealistisch mit einer Partei verbinden, werden, so scheint es, mitunter von Parteiführungen, aber auch von der massenmedial produzierten Öffentlichkeit ausgeblendet (vergleiche Seeliger/Richel in *ZEIT Campus* Nr. 04/2013).

In der öffentlichen Diskussion wie innerhalb der Parteien dominiert der „Blick von oben“, eine Zentrierung auf die Führungsebene, auf Funktionäre und Spitzenpolitiker sowie deren politische Strategien. Die Strategien der Spitzenpolitiker sind besonders in den medialen Diskursen meist interesseleitend und bestimmen die Diskussion darüber, was eine politische Position strategisch oder taktisch bedeutet, was mit ihr intendiert gewesen sein könnte und was nicht. Die Fakten geraten dabei ebenso ins Hintertreffen wie die Substanz politischer Prozesse: der Streit um Konsens- und Entscheidungsfindung nach Abwägung verschiedener Lösungsmöglichkeiten für ein Problem. So konzentriert sich die Darstellung von Politik immer weniger auf diese selbst als vielmehr auf das vermutete „Dahinter“ – eine Meta-Ebene, die dem Verständnis von Politik nicht gerade zuträglich erscheint. Eine solch verzerrende

Darstellung wirkt sich – logischerweise – auch auf Parteimitglieder aus, die ihre Informationen über „ihre“ Partei nicht nur aus parteiinternen Medien, sondern vermehrt über die Massenmedien beziehen. Parteimitgliedschaft ist traditionell gesehen ein wichtiger Ort gesellschaftlicher und politischer Teilhabe; das klingt zwar angestaubt, sollte aber neu bedacht werden.

„MEHRWERT“ DER MITGLIEDSCHAFT?

Etwas – politisch rückgekoppelt – zu bewegen, zu ändern oder auch beibehalten zu wollen, sind Motive, einer Partei beizutreten. Auch sich für andere einzusetzen und Werte zu vertreten, sind Motive, einer politischen Vereinigung anzugehören und sich ihr zugehörig zu fühlen. Abgesehen davon lassen sich in Parteien, wie in anderen Gruppen auch, Gemeinschaft und Gesellschaft unmittelbar erleben sowie die individuellen Fähigkeiten zur Argumentation und Diskussion schulen. Das sind alles schöne Werte und sicherlich gute Gründe für eine Parteimitgliedschaft, doch wie ist es konkret um diese bestellt in Zeiten, in denen insbesondere die traditionellen und traditionsreichen großen Parteien an Mitgliedern und Zuspruch verlieren – ohne eine gesicherte Prognose auf deren Zukunft? Was ist in einer informationsüberfluteten, schnelllebigen und selbstbezogenen Zeit die Mitgliedschaft in einer Partei noch „wert“, wo liegt ihr „Mehrwert“, um es ökonomisch auszudrücken? Diese Fragen gilt es genauer zu betrachten: Muss sich immer alles lohnen? Muss jede Beteiligung auch praktisch verwertbar sein? Gibt es noch – zumindest partiell – altruistische Handlungen und Orientierungen am „Allgemeinwohl“? In den Motiven oder Erwartungen der Mitglieder beziehungsweise potenzieller Mitglieder haben sich Veränderungen (wie Forderungen nach mehr Mitbestimmung und Dialog im Sinne eines Mehr an Basisdemokratie) ergeben, die der klassischen Mitgliedschaft teilweise entgegenstehen (Spier et al. 2012). Zudem könnten sich Parteien derart von gesellschaftlichen Gruppen und individuellen Befindlichkeiten und Bedürfnissen (wie einem „Mehrwert“) entfernt haben, dass sie Letztere nicht mehr spiegeln und auffangen und auf das gesamte politische Gebilde projizieren können.

Die Gründe dafür, dass immer weniger Menschen in Parteien organisiert sind, versucht die Parteienforschung schon länger zu erklären (zum Überblick etwa Niedermayer 2013; Wiesendahl 2012). Zum einen liegen sie sicherlich in den Parteien und ihren internen und schwer durchschaubaren Entscheidungs- und Machtstrukturen selbst, die sich über Jahrzehnte herausgebildet haben. Diese Strukturen zu verstehen, sich ihnen anzupassen und sie womöglich auch verändern und modernisieren zu wollen, bedarf mühsamer Arbeit und einer Zurücknahme des eigenen Egos – nicht aber der eigenen Ideen. Genau die gegenteilige Haltung ist aber inzwischen immer häufiger zu beobachten; viele verharren aus einem Ohnmachtsgefühl heraus in Schweigen

und Inaktivität (Seils im *Tagesspiegel* online, 26. November 2012). Hinzu kommt: Unsere stark individualisierte, leistungs- und nutzenorientierte Gesellschaft führt Etiketten wie „Nachhaltigkeit“ und „Entschleunigung“ oder gar „Entspannung“ zwar gerne ins Feld, tatsächlich aber wagt es kaum noch jemand, aus dem Hamsterrad der gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Produktion auszubrechen. Jeder ist sich selbst der nächste – so scheint das unhinterfragte Credo zu lauten. Eine Alternative zu solch individualisierten Einstellungen der Mehrheitsmeinung ist nicht in Sicht.

FÜREINANDER EINSTEHEN

Für den „Mehrwert“ von Parteiengagement gilt: Nicht nur das Erleben von Gemeinschaft und das individuelle Einüben von Rhetorik können einen Mehrwert bieten, sondern auch die Sorge um das und der Dienst am Allgemeinwohl, das Einstehen für Werte (im Sinne einer „Bürgerpflicht“) und politische Ideen. Parteien sind mit Fußballvereinen nicht zu vergleichen, auch wenn sich die Mitgliederversammlungen mitunter ähneln. Politische Parteien zeichnen Allgemeinwohlorientierung und eine dahinterstehende gesellschaftliche Aggregationsfunktion aus. Das heißt nichts anderes, als dass Parteien dafür zuständig sind, die Befindlichkeiten und Meinungen der Bürger – nicht nur ihrer Mitglieder – in das politische System hineinzutransportieren und zu übersetzen. Insofern fungiert jedes einzelne Mitglied als Element dieses Bündelungsprozesses und übernimmt eine Teilfunktion bei der politischen Willensbildung. Dadurch, dass sich Parteimitglieder auch in anderen sozialen Sphären wie Sport- oder Kulturvereinen aufhalten und engagieren, vermitteln sie Ansichten in Parteien hinein, die diesen nicht unmittelbar entstammen und teilweise vielleicht radikaler sind als jene der Führung oder der Anhänger beziehungsweise der Wähler ebendieser Partei (Spier 2012). Mitglieder übernehmen also eine wichtige Kommunikationsfunktion.

Wie kann nun die schwindende Mitgliederbasis in dieser Funktion gestärkt werden? Eine engere kommunikative Anbindung an die Führungsebene wäre eine Möglichkeit. Das würde bedeuten, nicht nur Mitgliederentscheide über Regierungs- und Koalitionsbeteiligungen zu führen, sondern den Austausch und die individuellen Kontakte der Funktionäre mit „normalen“ Mitgliedern vor Ort zu pflegen. Dies ist langfristig ein mühsamer Dialog, da er kontinuierlich – abseits von politischen Eigenzeiten wie Wahlkämpfen – geführt werden muss. Grundsätzlich beruht ein solcher innerparteilicher Austausch auf gegenseitigem Interesse und Anerkennung: Die Funktionäre würden erfahren, wie die „einfachen“ Menschen denken, und die Mitglieder, welche Zwänge und Nöte auf der politischen Entscheidungsebene zu bewältigen sind. Dies würde – im Idealfall – zu mehr Verständnis auf beiden Seiten führen und zu mehr Wertschätzung, die wiederum von den Mitgliedern

nach außen getragen würde. So könnte ein Einsteigen für das gemeinsame Für-einander gelingen. Das dadurch vorhandene Potenzial blieb bislang weitgehend ungenutzt, weil oft die machtpolitische Frage im Mittelpunkt steht, wer welche Position bekleidet. Eine verordnete Strukturreform würde das Gefühl der Mitglieder und Sympathisanten, nicht mitgenommen zu werden, nur verstärken. Eine große Partei mit dem Anspruch, Volkspartei zu sein, müsste deshalb zunächst eruieren, wie ihre internen Kommunikationsstrukturen womöglich zugunsten erhöhter Transparenz gegenüber den „einfachen“ Mitgliedern verändert werden könnten. Dies könnte ermöglichen, dass auch Ideen und Vorschläge „von unten“ berücksichtigt und umgesetzt werden könnten.

WERTSCHÄTZENDE DISKUSSIONSKULTUR

Voraussetzung dafür ist eine offene und wertschätzende Diskussionskultur, die geschaffen oder verbessert werden muss, um den grundsätzlich an Politik interessierten Menschen zu zeigen, dass sie auch heutzutage in Parteien noch etwas bewirken können. Das ist genuine Aufgabe jener Mitglieder, die an der Basis wirken. Sie leben in ihren Dörfern und Gemeinden vor, was es heißt, in einer Partei Mitglied zu sein und sich für die Gemeinde zu engagieren. Die Führung einer Partei kann hier unterstützend oder auch behindernd einwirken. Ein von der Basis beförderter Kommunikationsprozess, der den dezentralen, föderalen Strukturen einer Partei entspricht, nimmt eine Verankerung der Parteimitglieder an der gesellschaftlichen Basis vor. Denn nur, wenn sich Anhänger, Unterstützer und vor allem Mitglieder mitgenommen, ernst genommen und angenommen fühlen, kann auch eine Wertschätzungskette von unten nach oben in Gang gesetzt werden, die die Ideen und das Potenzial der an der Basis Arbeitenden aktiv für die Parteiarbeit und deren Entwicklung nutzbar macht. Dann ist eine große Partei auf dem Weg, ihre alten Verbindungen zum „Volk“, also zu ihrer Wählerschaft, neu aufzunehmen und aufleben zu lassen. Doch dies muss aktiv gewollt, unterstützt und zugelassen werden. Das bedeutet nicht weniger als eine kommunikative Neudeutung der inneren Parteikommunikationskultur, die sich der gegenseitigen Wertschätzung und dem Respekt jeweiliger Ideen und Bedürfnisse verschrieben hat.

Literatur

Niedermayer, Oskar: „Parteimitgliedschaften“, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Springer VS, Berlin 2009, S. 147–177.

Spier, Tim / Alemann, Ulrich von / Hoffmann, Hanna / Klein, Markus / Laux, Annika / Nonnenmacher, Alexandra / Rohrbach, Katharina (Hrsg.): Parteimitglieder in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2012.

Wiesendahl, Elmar: „Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien“, in: Tobias Mörschel und Christian Krell (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, VS Verlag, Wiesbaden 2012, S. 121–157.

Rot-Rot-Grün in Thüringen

SPD auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit?

GERD SCHUCHARDT

Geboren 1942 in Erfurt, von 1990 bis 2004 Mitglied des Thüringer Landtags, von 1994 bis 1999 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft und Kunst, von Dezember 1994 bis März 1996 Landesvorsitzender der SPD Thüringen.

Größter Verlierer der Wahl zum Thüringer Landtag 2014 war mit 12,4 Prozent die SPD, die Grünen kamen nur knapp über die Fünf-Prozent-Hürde. Trotzdem sind nun beide Parteien verantwortlich

dafür, dass in Thüringen bundesweit erstmalig ein Repräsentant der Linkspartei Ministerpräsident wurde.

Was das für das Land bedeutet, werden die nächsten Jahre dieser Rot-Rot-Grün-Koalition zeigen, auch welche Auswirkungen das auf die Bundespolitik hat. Und auch, ob diese Koalition überhaupt mit einer Stimme Mehrheit bei diesen Beteiligten Bestand haben kann – angesichts der vor dem Land stehenden Probleme, die weit über die finanziellen hinausgehen.

Vorhersehbarer aber ist die Auswirkung auf die Thüringer SPD. Mit einem Blick auf deren Entwicklung bei den Landtagswahlen der letzten 25 Jahre lässt sich das extrapolieren. Das Ergebnis 1990 von 22,8 Prozent mit einem „Westimport“ als Spitzenkandidaten – Friedhelm Farthmann aus Nordrhein-Westfalen – war die Ausgangslage. In den darauffolgenden Jahren bis zum Wahljahr 1994 profilierte sich die Thüringer SPD in der Opposition durchaus und bestritt dann mit einer klaren Ansage den Wahlkampf: Es werde keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der PDS geben. Diese Partei, hervorgegangen aus der moralisch und wirtschaftlich bankrotten SED, war für die Mehrheit der Bürger und auch für mich als damaligen Spitzenkandidaten die Erbin der überwundenen DDR-Diktatur. Die Wähler konnten darauf vertrauen, dass durch ihre Stimme ehemalige SED-Kader nicht über irgendeine Hintertür wieder an die politische Macht gebracht würden.

1994 – GUTES ERGEBNIS DURCH KLARE ABGRENZUNG

Das Ergebnis 1994 von 29,6 Prozent war ein guter Schritt in Richtung Volkspartei. Das vor der Wahl gegebene Versprechen wurde eingehalten. Obwohl ich mich zusammen mit den Stimmen der PDS als Ministerpräsident hätte wählen lassen können, habe ich in meiner Partei darum gerungen, durchaus gegen einigen Widerstand, im Interesse des Landes und aus Respekt vor allen Verfolgten des SED-Regimes keinen Pakt mit der PDS einzu-

gehen und letztendlich in einer Großen Koalition der kleinere Partner zu sein. Meine Strategie war es, durch gute Politik, die das Land voranbringt und dabei eine sozialdemokratische Handschrift erkennen lässt, die SPD zum stärkeren Partner in dieser Konstellation wachsen zu lassen. Dazu bedurfte es harter Arbeit, eben der „Mühen der Ebene“.

Im Verlaufe dieser Regierungskoalition wurden dann in der SPD Stimmen laut, die sagten, man müsse doch noch einmal über Rot-Rot nachdenken und sich eine solche vermeintliche Machtoption eröffnen. Wortführer dieser Bewegung war der aus dem Saarland nach Thüringen gekommene Richard Dewes, der ebenso wie sein Mentor Oskar Lafontaine über die Gabe verfügte, auf Parteitag große Reden zu halten und sich damit als Spitzenkandidat ins Spiel zu bringen, der die Rot-Rot-Option nicht ausschloss. Diesen Weg ging dann trotz meiner wiederholten und nachdrücklichen Warnungen die Thüringer SPD mit der Folge, dass seither alle Landtagswahlen in einem Desaster endeten; in den folgenden vier Wahlen konnten nicht einmal mehr 19 Prozent erreicht werden. Trauriger Höhepunkt dieses Irrweges war die Wahlaussage 2014 des damaligen Landesvorsitzenden Christoph Matschie, gegebenenfalls auch einen Linken-Politiker zum Ministerpräsidenten zu wählen. Die logische Folge war ein für die SPD beschämendes Ergebnis. Da war es schon erstaunlich, dass überhaupt noch 12,4 Prozent der Wähler der SPD ihre Stimme gegeben haben. Denn wer einen Linkspartei-Ministerpräsidenten nicht haben wollte, der wählte vorsichtshalber nicht mehr SPD. Wer das aber wollte, der wählte gleich die Links-Partei.

TATENLOSE BUNDES- PARTEIFÜHRUNG

Zwar schließt der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel ein rot-rotes Bündnis auf Bundesebene aus: Die Linkspartei vertrete Positionen, „die Deutschland in die außenpolitische und übrigens auch wirtschaftliche Isolation führen“. Dabei schaute die Bundes-Parteiführung aber tatenlos zu, wie die Thüringer SPD der Linkspartei dazu verhalf, im Bundesrat auf der obersten Ebene der Bundespolitik mit einem Ministerpräsidenten agieren zu können.

Auch das Argument größter inhaltlicher Schnittmengen auf Landesebene ist schwach. In einem offenen Brief an die Thüringer SPD-Mitglieder, den ich gleich am Tag nach der Wahl geschrieben habe und dessen Verbreitung an die Mitglieder mir als ehemaligem Landesvorsitzenden von der gegenwärtigen Landesgeschäftsführung verweigert wurde, heißt es unter anderem: „Die Sondierungsgespräche könnten ergeben, dass Rot-Rot angeblich bei Sachfragen das größte Maß an Übereinstimmung erbringt. Denn die Linkspartei hat ein klares strategisches Ziel: bundesweit den ersten Ministerpräsidenten in Thüringen zu stellen. Dafür wird man bei jeder Sachfrage einlenken, letztendlich auch das Blaue vom Himmel versprechen.“ Auch die Mahnung, „die SPD ist eine stolze Partei mit großer Tradition. Und in

dieser Tradition sehe ich neben vielen anderen großen Sozialdemokraten August Bebel, Kurt Schumacher und Willy Brandt, nicht aber Otto Grotewohl oder Oskar Lafontaine“ war wohl mit Blick auf die bevorstehende Mitgliederbefragung unerwünscht.

SPD IN DER ROLLE DES BREMSERS?

Die nun gebildete Landesregierung will den Haushalt für 2015 im Frühjahr einbringen und dabei keine neuen Schulden verursachen. Das wird der erste Realitätscheck. Angesichts der zahlreichen Ankündigungen zu politischen Projekten, die ja alle Geld kosten, darf man auf die Rollenverteilung in dieser Regierung gespannt sein. Wenn die SPD mit der Übernahme des Finanzressorts diese Aufgabe ernst nimmt und eine seriöse Finanzpolitik betreibt, könnte ihr schnell die Rolle eines vermeintlichen Bremsers zufallen, während andere für das Gute und Wünschenswerte zuständig sind. Sollte sich dann der Trend der SPD-Landtagswahlergebnisse fortsetzen, wäre das ein verhängnisvoller Weg in die Bedeutungslosigkeit. Von dem 1994 schon einmal erreichten Status mit fast dreißig Prozent auf dem Wege zu einer Volkspartei in Thüringen ist die SPD jedenfalls meilenweit entfernt.

Revival im 4.0



Die digitale Revolution und die Zukunft der Volksparteien

UDO ZOLLEIS

Geboren 1974 in München, Politikwissenschaftler, Honorarprofessor an der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Die Zukunft der Wirtschaft, der Medizin, der Mobilität, des Wohnens und gerade auch der Bildung wird von der digitalen Revolution entscheidend mitbeeinflusst. Sie wird folglich ganz zwangsläufig auch die Zukunft der Volks-

parteien erfassen. Technologische Umwälzungsprozesse hatten stets, wenn auch ungewollt, kommunikative, organisatorische und programmatische Auswirkungen auf Parteien. Bei der Erfindung der Dampfmaschine etwa hatten die britischen Tüftler überhaupt keine politischen Hintergedanken, als sie an ihren Erfindungen bastelten. Aber ihre Ideen revolutionierten nicht nur die technologische und wirtschaftliche Welt, sie waren ebenfalls Initialzündler für eine ganz neue – eben massenmediale – Presselandschaft, für neue politische Konflikte, wie den zwischen Kapital und Arbeit, oder auch für die neuen, national organisierten und in der Gesellschaft tief verankerten Massenparteien, die in den Parlamenten die bis dahin herrschenden Honoratiorenclubs ablösten.

Auch die Entstehung der Volksparteien selbst wurde von technologischen Neuerungen begünstigt. Erst die steigende Produktivität gab den Anstoß zur entwickelten, modernen Industriegesellschaft, deren Wohlstand soziale Konflikte abfedern und so den Boden für einen am gesellschaftlichen

Konsens orientierten Politikstil der Volksparteien bereiten konnte. Zudem hatten die Volksparteien mit der technologischen Erfindung des Fernsehens ein landesweit ausstrahlendes und schichtenübergreifendes Massenmedium an der Hand, das ihr an divergierende Bevölkerungsgruppen gerichtetes Politikangebot kommunikativ in nahezu alle Haushalte befördern konnte. Nicht ohne Grund war der Aufstieg der Volksparteien mit der Verbreitung des Fernsehens in den ersten Jahrzehnten der jungen Bundesrepublik eng verbunden.

Trotz aller Interdependenzen zwischen Technik und politischen Organisationen sind Parteien keine passiven Resonanzkörper technologischer Entwicklungen. Genauso wäre es etwas voreilig, allein aufgrund gesellschaftlicher Veränderungsprozesse den Volksparteien das Totenglöckchen zu läuten; es wäre verfrüht, im Hinblick auf die stattfindenden digitalen Umwälzungen die etablierten Parteien bereits zu Grabe zu tragen. Parteien treffen ihre eigenen strategischen Entscheidungen. Sie sind selbstständige Akteure und haben dadurch – zumindest ein gutes Stück weit – ihre Zukunft selbst in der Hand. Zweifelsohne bedeutet die digitale Revolution einen sogenannten „*Critical Juncture*“ für die Volksparteien, da die digitale Zukunft einen explosiven Mix aus kommunikativen, organisatorischen und programmatischen Veränderungen vereint. Die spannende Frage für die Volksparteien wird deshalb lauten: Erkennen sie die Potenziale und Gefahren der digitalen Revolution für ihre eigene Zukunft oder werden sie – abgelöst von neuen Parteien – Opfer einer kreativen Zerstörung à la Schumpeter? Die Wirtschaft wird mit diesen disruptiven Verdrängungswettbewerben bereits täglich konfrontiert, die Politik (noch) nicht! Das zeigt das Beispiel der Piratenpartei.

DIE DIGITALE PARTY IST NICHT VORBEI

2012 schnellte die Zahl der Veröffentlichungen der Parteienforschung, die sich mit den „Piraten“ befassten, in die Höhe. Die Partei faszinierte nicht nur die wissenschaftlichen Politikbeobachter, sondern die Freibeuter enterten in der Mitte der vergangenen Bundestagslegislaturperiode Mandate in manchem deutschen Landesparlament. Doch dieser „Spuk“ war nicht von langer Dauer. Ihren Höhepunkt hatten sie bei der Bundestagswahl 2013 längst überschritten. Trotz ihres Niedergangs haben sie eine entscheidende politische Frage zurückgelassen: Waren die Piraten nur ein tagespolitischer Sturm im Wasserglas oder Vorboten größerer Umwälzungsprozesse in der deutschen Parteienlandschaft? Die Gründe ihres Scheiterns lassen eher die zweite Annahme vermuten. Die Piraten sind in ihrer kurzen Geschichte vor allem an organisatorischen Fragen und weniger an kommunikativen Aufgaben oder thematischen Möglichkeiten gescheitert. Die digitale Partei versäumte es in der Dynamik ihrer rasanten Entstehung, einen allgemein verbindlichen Willensbildungsprozess und ein strategisches Zentrum zu etablieren: Organisationschaos, thematische Verzettelung

und Führungsstreitigkeiten waren die Folgen. Dieses Scheitern bedeutet jedoch nicht, dass die Politik in das analoge Fahrwasser zurückschippern kann.

In der politischen Kommunikation haben die neuen digitalen Möglichkeiten bereits tiefe Spuren hinterlassen: Kaum ein Parlamentsabgeordneter verschließt sich heute noch den neuen sozialen Medien, sondern nutzt sie zielstrebig, um mit seinen Anhängern im Wahlkreis zu kommunizieren. Auch Parteien haben Stabsstellen oder ganze Abteilungen zu Web 2.0 eingerichtet. Der Bundestagswahlkampf 2013 fand zwar nicht hauptsächlich, aber eben auch in der digitalen Welt statt. Damit handeln die deutschen Volksparteien in guter alter Tradition. In seiner kürzlich erschienenen Autobiografie schildert der Grandseigneur bundesrepublikanischer Wahlkämpfe, Peter Radunski, eindrucksvoll, wie es CDU, SPD und CSU in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik verstanden haben, neue kommunikative Techniken rasch aufzugreifen und für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. In der Adenauer-Ära wie auch in der Willy-Brandt-Zeit waren die Volksparteien die politischen Organisationen in Deutschland mit den innovativsten Kampagnen. Das hat sich auch unter Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel nicht geändert. Die Adaptionen im kommunikativen Bereich erfolgten in den Volksparteien aus zwei Gründen ziemlich schnell: Sie versprachen raschen politischen Erfolg und hatten keine konkreten Auswirkungen auf das fein austarierte programmatische Setting. Kommunikative Innovationen taten keinem weh, ganz im Gegenteil: Sie halfen jedem, seine politische Arbeit zu verbessern.

Im organisatorischen und programmatischen Bereich fällt es den Volksparteien dagegen deutlich schwerer, Neuerungen beherzt aufzugreifen. Ihr organisatorisches und programmatisches Selbstverständnis bildet den Kern des Volksparteienprinzips: Volksparteien müssen organisatorische wie thematische Brückenbauer zwischen unterschiedlichen Wählergruppen sein. Die digitale Revolution fordert diese Brückenbauerfunktion in zweierlei Hinsicht heraus, indem sie den Volksparteien sowohl neue organisatorische Möglichkeiten an die Hand gibt als auch programmatisch neue Konflikte aufwirft.

MITGLIEDERLOGIK HEUTE NOCH ANWENDBAR?

Ihre reine Mitgliederanzahl oder auch ihre jüngsten Wahlergebnisse bestimmen nicht vorrangig die organisatorische Schlagkraft einer Volkspartei. Viel entscheidender ist, inwieweit sie mit ihren entscheidenden Wählergruppen gesellschaftlich verwoben ist; denn es gilt, nicht nur bei Wahlen Mobilisierungskraft zu entfalten, sondern auch zwischen Wahlen einen Willensbildungsprozess zu aktuellen politischen Fragen im Sinne der Wählerschaft abbilden zu können. Die Mitgliederlogik ist nur eine von mehreren Methoden der Volksparteien, diesen Prozess zu steuern. In ihren Anfangsjahrzehnten

organisierte die CDU beispielsweise ihre gesellschaftliche Verankerung anders. Mittels Vorfeldorganisationen handelte sie den politischen Konsens zwischen den divergierenden programmatischen Positionen über die persönlichen Bande der aus den jeweiligen Milieus entsandten Honoratioren in ihren Parlamentsfraktionen aus. Erst die Erosion dieser Milieus veranlasste die Christdemokraten zum organisatorischen Umsteuern hin zu einer eigenen breiten Mitgliedschaft. Nur so konnte sie seit den 1970er-Jahren weiterhin ihre Responsivität sicherstellen. Vor einem vergleichbaren Erneuerungszwang stehen die Volksparteien auch heute.

Die von vielen Parteienforschern attestierte Krise der Volksparteien beruht auf der Analyse, dass die Volksparteien organisatorisch nicht mehr in der Lage seien, gesellschaftliche Realitäten adäquat abzubilden und einzubinden: Gesellschaftliche Veränderungen, wie die zunehmende Individualisierung und Segmentierung, aber auch das Aufkommen neuer Wählergruppen, wie die steigende Anzahl von Migranten, hätten in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten den über die Mitgliederlogik organisierten Willensbildungsprozess immer schwerfälliger und ungenauer werden lassen. Das Ergebnis seien politisch zunehmend verunsicherte Volksparteien, die programmatisch verstärkt auf Sicht führen und an politischer Prägekraft verlören. Mit einem einfachen „Weiter so“ sei die attestierte „Krise der Volksparteien“ kaum zu überwinden.

LINKAGES ZU NEUEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Die neuen digitalen Möglichkeiten könnten den ersehnten organisatorischen Erneuerungsschub ermöglichen. *Linkages* mittels digitaler Möglichkeiten würden die klassische Parteimitgliedschaft ergänzen. Mit ihrer Hilfe könnten bisher nur schwer erreichbare, in den klassischen Organisationsstrukturen unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen nicht nur kommunikativ besser angesprochen, sondern auch zielgerichtet in den Willensbildungsprozess eingebunden und für bestimmte politische Projekte gewonnen werden. Beispielsweise war für Barack Obamas Wiederwahl die digitale Datenauswertungsfähigkeit entscheidender als sein Charisma oder sein Kommunikationstalent. Datenanalysten im Obama-Team entwickelten mithilfe von Algorithmen „Zauberformeln“, die Wähler mit Themen identifizierten und gleichzeitig individuell dosiert in die Kampagne einbanden. So luden etwa Studenten zu Bildungsthemen Freunde in ihre eigenen WGs ein und warben für die Wiederwahl des US-Präsidenten. Damit baute Obamas Team enorm schnell und vergleichsweise kostengünstig eine bis dahin unbekannte digitale politische Massenorganisation auf und erhöhte gleichzeitig die Responsivität der US-Demokraten, indem sie Themen und Politikpositionen zur „Ist-Zeit“ mit den entsprechenden Zielgruppen diskutieren konnten.

Die neuen Fähigkeiten der Obama-Kampagne beruhten vor allem auf einer Vielzahl direkter *Linkages* zwischen Parteiidentifizierern, Wechselwählern und Multiplikatoren. Gesellschaftliche Vorfeldorganisationen – wie etwa die Gewerkschaften – rückten dabei in den Hintergrund. Schließlich konnten sie mit ihrer neuen Massenorganisation Unterstützergruppen ausmachen, Wählergruppen thematisch ansprechen und rasch auf politische Debatten reagieren. Obama schuf dabei eine politische Organisation, die nicht nur enorm mobilisieren, sondern auch rasch viel Wissen aufsaugen und anwenden konnte. Der Schleier vor dem unbekanntem Wähler wurde gelüftet. Die Politik konnte mit ihm sogar in Kontakt treten. Das Obama-Team wusste genau, was ihre potenziellen Wähler vom US-Präsidenten programmatisch erwarteten und welche Themen er anpacken sollte. Gleichzeitig konnten Erwartungshaltungen abgefragt und ein politischer Dialog – mehrsprachig – geführt werden. Dadurch erhielten die US-Demokraten nicht nur neues Wissen über die Anliegen ihrer Wähler, sondern konnten *pars pro toto* mit fein destillierten Zielgruppen einen politischen Meinungs-austausch beginnen.

Die organisatorische Zukunftsfrage für Volksparteien ist heute nicht, ob sie solche Möglichkeiten nutzen, sondern wie. Die Art und Weise ihrer Handhabung werden Volksparteien von professionalisierten Wählerparteien, die allein auf kurzfristigen Wahlerfolg schielen, unterscheiden. Für Volksparteien liegt in ihrer Politiklogik der entscheidende Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Parteitypen. Der konsensuale Politikstil schafft Vertrauen, indem er Brücken baut und komplexe Politik so einschätzbar und verlässlich werden lässt. Die digitalen Möglichkeiten können diesen Wettbewerbsvorteil noch erhöhen, da sie den Volksparteien für ihren ausgleichenden wie einbindenden Politikstil neue Werkzeuge an die Hand geben.

Themenspezifisch orientierte und schnell aufzubauende *Linkages* haben jedoch auch noch einen weiteren Vorteil: Sie können die programmatischen Kompetenzen von Parteien deutlich erhöhen. Die bisherige Organisationsbeschaffenheit der Volksparteien, wie etwa der Arbeitnehmer- und der Wirtschaftsflügel bei der CDU, orientiert sich an den bisherigen Konfliktlinien. Auf neue Themen kann diese Organisationsbeschaffenheit aber nur bedingt reagieren.

NEUE KONFLIKTLINIEN

Dies ist ein Grund, warum Volksparteien sich heute noch verhältnismäßig schwertun, adäquate Antworten auf neue Herausforderungen zu finden. Der Bundestagswahlkampf 2013 war immer noch an den tradierten Konfliktlinien wie Mindestlohn oder der Höhe von Steuern ausgerichtet. Diese ritualisierten Parteikonflikte in der Endlosschleife führen letztlich zu parteipolitischen Ermüdungserscheinungen in der Bevölkerung; politische Debatten

verlieren so die spannenden Fragen aus dem Blick. Dies kann für etablierte Parteien zu einem gravierenden Problem führen: Ignorieren Parteien neue Konfliktlinien, werden Parteigründungen nahezu erzwungen.

Die digitale Revolution verstärkt nicht nur alte Konfliktlinien, wie etwa jene zwischen Freiheit und Sicherheit, sondern wirft ganz neue auf: Die aktuellen technologischen Möglichkeiten geben den Menschen die Mittel, um gravierende Menschheitsprobleme wie Krebs, Alzheimer, Ebola oder auch Hungersnöte zu lösen. Gleichzeitig findet diese Forschung nicht mehr in Labors hinter geschlossenen Mauern statt. Das schafft im Zeitalter neuer Möglichkeiten der Datengewinnung und -auswertung zu Recht Ängste. Daraus ergeben sich neue Konflikte, wie die zwischen Datenschützern und Ärzten. Volksparteien sind vor neue gesellschaftliche Fragen gestellt: Wie werden die persönliche Würde und das Recht auf Privatsphäre erhalten? Wie wird das „Recht“ auf ein gesundes, selbstbestimmtes Leben politisch beantwortet? Sollen neue Technologien genutzt werden, um Menschheitsprobleme zu lösen? Wer darf darüber entscheiden? Erfolgen neue internationale Konflikte nicht mehr aufgrund von „Kulturexporten“, Ressourcenengpässen oder Handelsinteressen, sondern wegen verweigerter Technologietransfers in hilfsbedürftige Staaten? Fragen, die nicht einfach mit dem Verweis auf das christliche Menschenbild zu beantworten sind.

RENAISSANCE DER VOLKSPARTEIEN?

Während die traditionellen Konfliktlinien aus starken gesellschaftlichen Vorfelddorganisationen entstanden sind, treten diese Fragen recht unorganisiert in die politische Welt. Sie fußen eben nicht auf gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Veränderungsprozessen, sondern sind Ausdruck technologischer Möglichkeiten und der mit ihnen verbundenen Bedenken. So schwimmt gleichsam die Grenze zwischen sozioökonomischer und soziokultureller Politik. Eben diese politischen Entscheidungsdilemmata könnten zu einer Renaissance der Volksparteien führen. Denn die Kernkompetenz von Volksparteien besteht darin, Konflikte von berechtigten, aber divergierenden Interessen austarieren und damit zum Gemeinwohl hin ausgleichen zu können. Das macht Volksparteien auch in Zukunft gerade in einer unübersichtlichen und hochkomplexen Welt unerlässlich.

Back to the roots

—

Wie sich verhindern lässt, dass die Mitgliederparteien
zu Wählervereinen werden

ANN-KRISTIN KÖLLN

Geboren 1986 in Buchholz, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, arbeitet als COFAS Marie Curie Fellow und Postdoktorandin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Göteborg in Schweden. Sie ist außerdem Fellow bei dIpart, einem Think-Tank für politische Partizipation.

Politische Parteien bilden das formale Bindeglied zwischen Bürgern und Staat in repräsentativen Demokratien. Diese für den demokratischen Prozess wichtige Aufgabe können sie aber nur ausreichend erfüllen, wenn sie den Bürger als Bürger begreifen und nicht nur als Wähler. Doch eben diese Reduzierung des Bürgers auf sein Wahlverhalten scheint sich tendenziell im Handeln und der Organisation politischer Parteien abzuzeichnen. Damit werden

den Bürger mit ihrer Bereitschaft zu politischem Engagement alleingelassen, Politikverdrossenheit wird geschürt, anstatt sie zu bekämpfen, und das Band zwischen Parteien und Bürgern droht sich aufzulösen.

Ursprünglich als formaler Mittler im System der repräsentativen Demokratie gedacht, sollen Parteien den Willen und die Interessen aller Bürger im Parlament bündeln und vertreten. Doch über die letzten Jahrzehnte hinweg haben sich Parteien zunehmend aus dieser eher passiven Rolle im

Willensbildungsprozess herausgelöst und gestalten heute mehr denn je den politischen Prozess selbst. Das zeigt sich sowohl an den Inhalten wie auch an der Organisation der Parteien.

Parteien spiegeln nicht mehr nur Meinungen und Interessen der Bürger wider, sondern sie entwickeln selbst ebenfalls Alternativen und nutzen so ihr Band zu Bürgern auch aktiv. Ein relevantes Beispiel ist in diesem Zusammenhang vielleicht das Betreuungsgeld, das seit August 2013 Familien angeboten wird, deren Kinder nicht in einer Kinderkrippe betreut werden. Obwohl es schon seit Jahren diskutiert wurde, hat sich diese Debatte hauptsächlich zwischen Parteien und Verbänden abgespielt. Das Betreuungsgeld scheint weniger ein vorformuliertes Bürgerinteresse umzusetzen, sondern vielmehr Ergebnis bewusster Gestaltung politischer Parteien im Sinne bestimmter Bürgergruppen zu einem auch strategisch günstigen Zeitpunkt zu sein. Dieses Beispiel zeigt, dass politische Meinungen und Inhalte nicht mehr nur vom Bürger ausgehen, sondern dass sie aktiv von Parteien mitgestaltet werden. Parteien erweitern so den Radius dessen, was politisch möglich ist, anstatt sich nur passiv mit den realistischen wie unrealistischen Wunschvorstellungen von Bürgern auseinanderzusetzen.

JETZT UND HIER MITGESTALTEN

Positiv an dieser Gestaltungsrolle ist, dass Politik und Politikinhalt doch mehr sind als die Zusammenfassung oder Abwägung einzelner Interessen. Durch Organisationsvermögen, Ressourcen und inhaltliche Ausrichtung haben Parteien die Möglichkeit, dieses Mehr zu schaffen. Auf der anderen Seite birgt ein verändertes Rollenverständnis von einer reinen Mittler- zu einer Gestaltungsposition das Risiko, authentische Bürgerinteressen zu vernachlässigen. Diese Tendenz bringt die Gefahr mit sich, den Bürger zunehmend nur noch durch seine Wählerrolle zu definieren. Die Konsequenz wäre ein elitäres Demokratieverständnis: Bürger seien Wähler mit der Aufgabe, sich alle vier Jahre für ein bestimmtes Programm und gegen alle anderen Wahlprogramme zu entscheiden. Erste Anzeichen für eine Hinwendung zu ähnlichen Auffassungen seitens der Parteien zeichnen sich auch in der Parteiorganisation ab, wie neueste Forschungsergebnisse zeigen. So etwa ziehen sich europäische Parteien zunehmend von der lokalen Ebene zurück. In den 2000er-Jahren unterhielten sie durchschnittlich etwa vierzig Prozent weniger Kreisbüros pro Gemeinde als noch in den 1960er-Jahren. Gerade in einem nachbarschaftlichen Umfeld aber wird Politik greifbar und bleibt nicht abstrakt. Das Interesse von Bürgern an möglichst unmittelbarer politischer Partizipation zeigt sich auch daran, dass die Zahl und Durchschlagskraft von Interessengruppen und sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat (Aarts und Wessels, 2005). Die Bewegung rund um

Stuttgart 21 ist in diesem Zusammenhang nur das prominenteste Beispiel. Politische Parteien sehen sich häufig im Wettbewerb mit solchen einzelnen Interessengruppen.

Das ist angesichts des strukturellen Mitgliederschwunds, den die meisten Parteien zu verzeichnen haben, verständlich. Zum Beispiel zählten die beiden mitgliederstärksten deutschen Parteien, CDU und SPD, zu Hochzeiten über 750.000 (1990) beziehungsweise über 1.000.000 (1976) Mitglieder. Im Gegensatz dazu gaben beide Parteien im Jahr 2012 an, nur noch jeweils etwa 475.000 Mitglieder zu haben. Dieser Schwund an Mitgliedern ist nicht parteispezifisch, sondern er erstreckt sich über die meisten europäischen Parteien.

Diese Entwicklung hat schwerwiegende organisatorische und finanzielle Konsequenzen für Parteien. Durch einen Mitgliederschwund gibt es weniger Freiwillige, die im Wahlkampf Plakate kleben; die Parteiorganisation erhält weniger Mitgliedsbeiträge, und sie muss ihre Kandidaten aus einer kleineren Gruppe auswählen. Da Parteien ein Quasi-Monopol auf die Auswahl von politischen Entscheidungsträgern haben, könnte sich Letzteres auch zu einem Problem entwickeln, das die Qualität von Politik negativ beeinflusst. Auch die fehlende Freiwilligenarbeit oder Einkommensquellen, die einmal von Mitgliedern bereitgestellt wurden, müssen nun ersetzt werden. Eine gewisse Krisenstimmung innerhalb der Parteien und ein wenig Neid auf den Erfolg von Interessengruppen sind durchaus verständlich.

KEINE LUST AUF „POLITISCHE VERTRAGSBINDUNG“?

Parteien könnten auf diese neue Situation reagieren, indem sie sich verstärkt um die Rekrutierung von Mitgliedern bemühen. Auf den ersten Blick erscheint das ein erfolversprechendes Streben zu sein. Andere Organisationen, wie soziale Bewegungen und einzelne Interessengruppen, verzeichnen schließlich auch ein vermehrtes bürgerschaftliches Engagement. Das befördert die Hoffnung, das Problem wurzele nicht in steigender Politikverdrossenheit, und die Parteien müssten sich womöglich einfach nur ein bisschen mehr anstrengen. Doch damit unterschätzt man die Ursachen des Mitgliederschwunds. Studien in der politischen Soziologie zeigen hingegen, dass es Bürgern heute schwerfällt, sich fest einer Partei und ihrem umfassenden Programm zu verschreiben. Flexibilität und Individualität werden in vielen Lebenslagen geschätzt. Das zeigt sich allein schon daran, dass man auch im privaten Raum vor einem Produkt „mit Vertragsbindung“, wie zum Beispiel im Telekommunikationsbereich, zurückschreckt. Vor diesem Hintergrund ist es unwahrscheinlich, dass ein vermehrtes Rekrutierungsengagement unter Bürgern die Lust auf „politische Vertragsbindung“ steigert. Aus diesem Grund wäre es ein Trugschluss, wenn sich politische Parteien im ernsthaften

Wettbewerb mit anderen politischen Organisationen betrachten würden. Kurzfristiges, spezifisches Engagement – wie im Falle von Stuttgart 21 – steht grundsätzlich nicht in Konkurrenz mit einer langfristig ausgerichteten, themenübergreifenden Beteiligung im Rahmen einer Parteimitgliedschaft.

Unter Umständen aber ist in den Köpfen der Bürger eine Parteimitgliedschaft mit Flexibilität und Individualität vereinbar, sofern sie nur das Gefühl haben, ernst genommen zu werden und etwas bewegen zu können. Denn das haben Interessengruppen und soziale Bewegungen vielen Parteien und ihren Strukturen voraus: Jeder Einzelne zählt, und das gemeinsame Ziel ist vorstellbar und greifbar. Jeder weiß, wofür oder wogegen er kämpft: gegen die Abholzung von Bäumen, gegen die Lagerung von weiterem Atomüll oder für die Abschaffung des Abiturs nach acht Jahren. Parteipolitisches Engagement ist nicht nur breiter gefächert, sondern daher auch weniger greifbar, weil die Themen zu abstrakt und zu weit vom Bürger entfernt sind. Aber vor allem ist das Ziel parteipolitischen Engagements nicht die unmittelbare Umsetzung einer einzelnen Idee, sondern ein Regierungsauftrag und erst mittelbar die Umsetzung politischer Inhalte. Das erste Ziel ist deshalb die Maximierung von Wählerstimmen.

Das lässt sich auch an weiteren organisatorischen Reaktionen auf den Mitgliederschwund erkennen. Parteien haben in den letzten fünfzig Jahren nicht nur auf sinkende Mitgliederzahlen reagiert, indem sie sich von der lokalen Ebene entfernt haben. Sie haben laut Studienergebnissen auch die Anzahl der angestellten Mitarbeiter systematisch erhöht, zahlen niedrigere Gehälter, haben höhere Gesamtausgaben und verlassen sich zunehmend mehr auf staatliche Parteienfinanzierung. Dieses Verhalten ist in gewisser Weise konsequent, da die Aufgaben von Parteimitgliedern ersetzt werden müssen. Ein Anstieg der Mitarbeiterzahl lässt sich durch den Wegfall von freiwilligem „Bodenpersonal“ erklären. Sinkende Mitgliederzahlen bewirken so eine Übernahme der Parteiarbeit durch externe Dienstleister. Das erzeugt höhere Kosten. Die Erhöhung staatlicher Parteienfinanzierung erscheint da als ein gutes Mittel, obwohl sie die Zusammenarbeit mit anderen Parteien im Parlament voraussetzt. Ein solcher Zusammenschluss ist leichter zu erlangen, da nahezu alle Parteien gleichermaßen vom Mitgliederschwund betroffen sind.

VERMITTLER DES STAATES, NICHT DER BÜRGER?

Diese Entwicklung macht deutlich, wie wichtig die persönliche Arbeit von Parteimitgliedern für die Organisation von Parteien ist. Es wird deutlich, dass sich Parteien zunehmend auf den Wahltag ausrichten und weniger auf die deutlich längere Zeitspanne zwischen Wahlen. Außerdem zeigen diese Ergebnisse, dass Parteien in den letzten Jahrzehnten näher an den Staat gerückt

sind. Sie sind nicht mehr nur Vermittler zwischen Bürgern und Staat oder zwischen Bürgern untereinander. Vielmehr scheinen sich Parteien durch dieses organisatorische Reaktionsverhalten auf den Mitgliederschwund von der zivilgesellschaftlichen Ebene zurückzuziehen. Parteien laufen damit Gefahr, zu Vermittlern des Staats gegenüber Bürgern zu werden und nicht mehr andersherum, wie es zu Zeiten ihrer Entstehung gewesen ist. Die Mitgliederpartei droht zum Wählerverein zu werden.

Diese Entwicklungen werfen Fragen darüber auf, welchen Beitrag Parteien am politischen Prozess haben sollten. Sollen sie versuchen, die Wünsche von Bürgern zu realisieren, oder sollen sie politische Debatten mitgestalten? In welchem Verhältnis sollen oder dürfen Parteien zum Staat stehen? Die Studienergebnisse offenbaren, wie stark Parteien finanziell auf den Staat angewiesen sind: Durchschnittlich 41 Prozent der Einnahmen von europäischen Parteioorganisationen kamen in den 2000er-Jahren von staatlicher Seite und nur noch siebzehn Prozent von Mitgliedern (Kölln, 2014).

Angesichts dieser Zahlen und der vorausgegangenen Entwicklung könnte es dazu kommen, dass sich Parteien in ihrer neuen Rolle als Wählerverein einrichten. Parteistrategisch mag das kurzfristig erfolgsversprechend sein. Langfristig gefährdet es allerdings die Verbindung zwischen Parteien und Bürgern. Ein parteipolitisches Verhalten, das sich auf den Wahltag konzentriert, lässt potenziell politisch engagierte Bürger allein. Politikverdrossenheit wird geschürt, und die Legitimität politischer Ergebnisse ist in Gefahr. Dabei zeigt doch der Anstieg von Interessengruppen und sozialen Bewegungen, wie politisiert Bürger heutzutage sind und welches Potenzial in ihnen steckt. Anstatt sich von der lokalen Ebene zu entfernen und nur noch alle vier Jahre mit einer Wahlkampagne, bunten Plakaten und der Spendenbüchse vorbeizuschauen, sollten sich Parteien vermehrt wieder in Gemeinden engagieren. Hier sind Bürger gesellschaftlich besonders aktiv und können sich leicht mit inhaltlich klar definierten Zielen identifizieren. Ein Wählerverein, der hauptsächlich in der Hauptstadt für nationale Medien in Erscheinung tritt, befördert grundsätzlich ein elitäres Politikverständnis. Dagegen wäre eine Öffnung der Mitgliederpartei demokratisch wünschenswert und auch langfristig eine bessere parteipolitische Strategie, um bürgernahe und damit populäre Politik zu betreiben.

Literatur

Aarts, Kees / Wessels, Bernhard: "Electoral Turnout", in: Jacques Thomassen (Hrsg.): *The European Voter: A Comparative Study of Modern Democracies*, Oxford University Press, Oxford 2005, S. 64–83.

Kölln, Ann-Kristin: *Party decline and response: The effects of membership decline on party organisations in Western Europe, 1960–2010*, University of Twente, Enschede 2014.

Kölln, Ann-Kristin (im Erscheinen a): "Party membership in Europe: Testing party-level explanations of decline", in: *Party Politics*, online first.

Kölln, Ann-Kristin (im Erscheinen b): "The value of political parties to representative democracy", in: *European Political Science Review*, online first.

Wie „hip“ darf es sein?



„Freiheitsernst“ verbindet Hipster und Union, die zuversichtlicher experimentieren könnte

ULF POSCHARDT

Geboren 1967 in Nürnberg, stellvertretender Chefredakteur der „Welt“-Gruppe.

Eine Volkspartei muss natürlich nicht „hip“ sein. Schaden könnte es jedoch nicht, wenn Teile dieser Partei jene Gegenwarts-kompetenz hätten, die seit den 1950er-Jahren mit der Prädikatsauszeichnung „hip“ versehen wird. Das kostbarste Gut der Ur-Hipster war ihre radikale Individualität. Sie waren Stillibertäre ohne jegliches Interesse an gesamtgesellschaftlicher Anerkennung. Mehr noch: Sie flohen und mieden jeden Ort, an dem Vereinnahmung drohte. Deshalb kann – und wenn es ein wenig altväterlich klingt – der Ur-text über den Hipster von Norman Mailer (unter dem Titel *The White Negro* 1957 veröffentlicht) zur Lektüre anempfohlen werden. Es ist kein Text über Mittelschichtkinder, sondern über die Marginalisierten

einer intoleranten Gesellschaft. Der Kriegszustand, in dem sich der „Schwarze“ in den tief rassistischen 1950er-Jahren befand, hat ihn nicht nur seelisch, sondern körperlich – ja neuronal – verändert. Der Hipster, eine Art amerikanischer Existenzialist, folgt den Schwarzen aus eigenem Antrieb ins gesellschaftliche Off. Er erfindet sich damit selbst. Der *white negro* hat ein eigenes Nervensystem: Er nimmt anders wahr als die Mehrheit, denkt, improvisiert sich durch den Alltag abseits angesagter Trampelpfade. Er tut dies nicht in Antithese zum Spießer, sondern durch Unkenntnis, ja Unerreichbarkeit des Spießeralltags.

Die Verdienste des Hipsters bleiben: 1. Die Forderung nach einer Geschmacksdiktatur, sie sollte allerdings radikal individuell verstanden werden. 2. Die paranoide Oberflächlichkeit, sie hat viel Identitäts- und Substanzgequatsche zerstört. 3. Der Versuch, absolut modern sein zu wollen,

bleibt eine Gegenwartsverpflichtung. 4. Der Hipster hat die Marktwirtschaft mit Vitalität versorgt. Kein Konsum ist nachhaltiger als jener, der sich aus der Gegenkultur an die Oberfläche des Mainstreams drückt. Die Distinktionssehnsucht der kaufkräftigen Mittelschicht macht aus der Warenwelt einen Kosmos voller geheimer Botschaften und Codes.

Die Idee der Union als Volkspartei stellt in das Zentrum ihrer Vision eine Gemeinschaft von solidarisch denkenden und fühlenden Individualisten, denen Freiheit viel, aber nicht alles bedeutet. Ein Freiheitsernst verbindet im besten Fall Union und Hipster (herrlich, mal diesen Satz schreiben zu können für die Konrad-Adenauer-Stiftung). Der Hipster sehnt und strebt nach absoluter Freiheit: Er ist ein Rebellionssüchtiger, ein stetig Ausbrechender, einer, der in jeder Struktur Gitterstäbe vermutet. Ein Trüffelschwein künftiger Emanzipationsprozesse. Als solcher kann er für Volksparteien wertvoll werden. Er ist die emanzipatorische Avantgarde.

Die politisch sensible Künstlerin Josephine Meckseper hat Anfang der 2000er-Jahre ein paar aufregende Arbeiten geschaffen, in der sie die Schriftzüge der Union mit der Ästhetik des HipHops fusionierte und damit deutlich machte, dass jedes politische Logo seinen Platz in der Popkultur finden kann, ohne sich verbiegen zu müssen. Der Union kann man nur vorwerfen, dass sie diese Arbeiten, die zuletzt in der Villa Grisebach in Berlin versteigert wurden, nicht für die Parteizentrale gekauft hat. Es gibt keine natürliche Unverträglichkeit zwischen avantgardistischen kulturellen Codes und Massenkommunikationsstrategien von Volksparteien. Die Sozialdemokraten profitierten in ihrem



Annäherung von Pop-Art, Hipster und Union. Das Werk „Harper's CDU“ der Künstlerin Josephine Meckseper aus dem Jahr 2001. C-Print, 34,8 × 27,8 cm. © VG Bild-Kunst, Bonn

Post-68er-Akademiker-Milieu unter anderem von der pointierten Plakatkunst von Klaus Staeck.

Die Union hatte jene Momente nicht. Bislang. Sie sah sich stets auf Seite derjenigen, die progressiven kulturellen Trends mit Staunen oder gar Abscheu gegenüberstanden. Die Fotoarbeiten von Josephine Meckseper, deren Großväter Nazis, deren Onkel in der DKP und deren Eltern links waren, erschüttern die wechselseitigen Vorurteile jener Unverträglichkeit zwischen einer bürgerlichen Volkspartei und jener Volkskunst namens Pop. Die Wahlplakate von Andy Warhol für den linken Demokraten McGovern sind ebenso eine Ermütigungsoffensive wie die Beuys'schen Grünen-Plakate, die von den vermeintlich Alternativen nur zurückhaltend eingesetzt wurden.

Die Union hat eine lange Geschichte komplexiver Berührungsangst mit urbanen Eliten, die nur im seltensten Extremfall „hipsteristisch“ codiert waren und sind. „Hipstertum“ stand historisch viel weniger links, als in der umgangssprachlichen Ausdeutung des Begriffs nahegelegt wird. Diese Außenseiter waren vor allem Verächter von Kollektiven und Staatsautoritäten. Sie hatten einen freiheitlichen Kern, der zu klassisch linken Positionen mitunter deutlich weniger taugt als zu den Positionen einer Union. Nur: Die Union hatte keinen Ehrgeiz und auch keinen Plan, diese Freiheitsnarrative für sich einzusammeln. Sie ignorierte brachliegende Optionen ziemlich luxuriös.

Wenn die Union immer wieder ankündigt, an ihrer „Großstadtkompetenz“ arbeiten zu müssen, um das Lebensgefühl der Großstädter zu treffen, dann hatte das in der Vergangenheit oft etwas von einem Didi-Hallervorden-Sketch, in dem die Ebene der optischen oder akustischen Zeichen in offensichtlichem Konflikt zur Bedeutung des Gesagten stehen. Diese Ignoranz hat mit dem kulturellen Horizont der Union zu tun und mit ihrer ästhetischen „Verstaubtheit“, die sie wie einen düsteren Schatten konservativen Selbsthasses seit den Umbrüchen der Studentenrebellion mit sich herumträgt. Wer die Städte verstehen will, muss die Kultur der Gegenwart verstehen.

Er sollte ab und an in jenen Büchern und Zeitschriften blättern, auf jenen Websites surfen, auf denen sich trendige Schlaumeier und ihre Nachplapperer orientieren. Und er sollte dies nicht müssen, sondern irgendwie wollen. Eine authentische Neugier auf diese Welten hilft. Im Netz kann jedermann aufregende Blogs und Seiten studieren, um Sound, Temperatur und

Geschwindigkeit kultureller Taktgeber zu analysieren.

Einst nur in den hintersten Winkeln unwirtlicher Szeneviertel zu inspizierendes Spezialwissen kann dank der umfassenden Digitalisierung aller Kulturströmungen im gemütlichen, (klein)bürgerlichen Reihenhäuserhaus gefahrlos studiert werden. Die Avantgarde und die Hipster sind längst ein offenes Buch.

Doch Kultur für die Union, das heißt oft genug: Leslie Mandoki von Dschinghis Khan und Merkel-Freund Volker Schlöndorff begrüßen sich im Konrad-Adenauer-Haus bei einem Gläschen Wein und Häppchen.

Seit Jahren schon bemüht sich die Union um die Großstädter – mit unglaublichem Misserfolg. Der bislang einzige Triumph war ein Ablenkungsmanöver. Dass Ole von Beust in einer modernen Großstadt wie Hamburg die absolute Mehrheit erringen konnte, war ganz seiner Person und seinem unzweifelhaft unspießigen Lebenswandel geschuldet.

Ole von Beust war als fast offener Schwuler mit entsprechendem Ausgeverhalten ein authentischer Vertreter jener Diversität, die in Großstädten selbstverständlich und im Zweifelsfall sympathisch wirkt. Doch schon die Bestellung des Nachfolgers Ahlhaus demonstrierte allen Hamburgern, wie unsensibel die CDU dem Wesen des Citoyens gegenübersteht.

Im Adenauerhaus hat man verstanden, dass in den Städten die Zukunft auch der nichturbanen Landesteile zu dechiffrieren ist, was Wertewandel und Lebensstil betrifft. Diese Einsicht ist löblich, das Instrumentarium, mit dem man sich der Wirklichkeit annähert, trägt jedoch das spätere Scheitern schon in sich. Nicht in Arbeitsgruppen und nicht mit dem sicher

lobenswerten Kulturprogramm in der Konrad-Adenauer-Stiftung erreicht man den nichtländlichen Wähler. Wie Städte die Vorhut der ruralen Gegenden sind, so ist die Boheme die Vorhut des Urbanen. Selten haben es Mode und Kunst so gut mit den Bürgerlichen gemeint, selten hat das „bürgerliche“ Lager so stumpf all seine Möglichkeiten ignoriert.

Wo beginnen? Vielleicht mit einem Blick auf den Modeblog des „Sartorialist“ aus New York, der die globale Stil-Elite als ein stilistisch neokonservatives Kollektiv von adretten Individuen präsentiert, bei denen sich Leistung wieder lohnt, vor dem Spiegel und im Job. Denn nur wer fleißig ist und kompetent, verdient genug Geld, um sich Anzüge maßschneidern zu lassen und Pferdelederschuhe gleich dazu. Dort würden sie beobachten können, wie die Kinder ihrer Wähler (oder ehemaligen Wähler) heute in die Gymnasien in Bad Homburg, Dahlem, Starnberg oder Harvestehude gehen. Sie würden entdecken, wie akkurat die Hemden sitzen und Frisuren, und schließlich müssten sie verstehen, dass es in dieser Welt selten chicer war, konservativ zu sein – und sich eben nicht als ewig zu spät Kommender den allzu Zeitgeistigen anzubiedern.

Engagierte Unionisten könnten erforschen, wie Geschmack und Authentizität eine seelenvolle Verbindung eingehen, um den öffentlichen Raum zu einem Ort von Zivilisiertheit und Anstand werden zu lassen, wie sich das „bürgerliche“ Politiker wohl gar nicht mehr zu sagen trauen.

Gerade in jenem Augenblick, wo die Streber von der Jungen Union ihre Kravatten ausziehen, werden die Binder von afrikanischen Stylisten und skandinavischen Elektromusikern wieder umgebunden. In jenem Moment, in dem die CDU

nach links rutscht und die FDP irgendwie hinterher, geben der Kapitalismus und sein schönstes Kind, der Luxus, in den Avantgarden der großen Städten den unbezweifelten Maßstab ab.

Seit Florian Illies' *Generation Golf* und dem 1999 erschienenen Jugendmanifest „Tristesse Royale“ war die kulturelle Avantgarde nicht mehr einfach links, sondern für die Bürgerlichen zum Greifen nahe. Die bürgerlichen Parteien haben die Chance nicht genutzt. Sie haben sich nicht einmal dafür interessiert.

Das Zukunftsthema der digitalen Boheme ist Netzkompetenz. Bis auf Generalsekretär Peter Tauber und Kanzleramtsminister Peter Altmaier traut man den Unionisten da wenig zu. Sie wirken, wie der Social-Media-Chef der *Welt*-Gruppe Martin Hoffmann erklärt, „unsexy. Die Grünen machen das besser. Bis auf die Facebook-Seite von Angela Merkel, die funktioniert.“ Das Internet ist eine paradiesisch freiheitliche Spielwiese. Sie bietet sich sozusagen an als Identitätslabor der Parteien. Die Union könnte da ein wenig zuversichtlicher experimentieren. Anpassung an den Zeitgeist wäre dabei fatal. Nichts ist peinlicher als eine Organisation, die sich eine Hipster-Travestie auferlegt.

Das Gute ist: Die Union steht bei vielen lebensweltlichen und kulturellen Baustellen am Anfang. Sie hat wenig zu verlieren. Sie kann einfach loslegen und ein zentrales Zukunftsthema nicht länger der Linken überlassen. Aber das weiß die Partei seit gut einem Jahrzehnt. Und passiert ist bislang zu wenig. Irgendwann könnte sich das furchtbar rächen.

Aus der Mitte kommt die Kraft

Siebzig Jahre Christlich Demokratische Union Deutschlands

HANS-GERT PÖTTERING

Geboren 1945 in Bersenbrück, von 1979 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments, von 2007 bis 2009 dessen Präsident, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999 bis 2007), seit 2010 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In diesem Jahr feiert die CDU ihre siebzigjährige Erfolgsgeschichte. Die Gründung der interkonfessionellen, alle sozialen Schichten ansprechenden Volkspartei ist die bedeutsamste Erneuerung in der deutschen Parteiengeschichte nach 1945. Sie ermöglichte Stabilität im politischen System und Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Von Anfang an haben Christliche Demokraten Verantwortung übernommen. Auf kommunaler, Landes- und Bundesebene – die europäische Ebene kam später hinzu – gestalten sie maßgeblich den demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

und setzten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in der die CDU 46 Jahre den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin stellte, wegweisende Entscheidungen durch. Die CDU führte die Soziale Marktwirtschaft ein und sicherte die Westbindung, stieß den Prozess der Europäischen Einigung an und erreichte die Aussöhnung mit unseren Nachbarn und Israel. Am Ende eines von Kriegen geprägten Jahrhunderts gestaltete die CDU ganz entscheidend die Wiedervereinigung Deutschlands und das weitere Zusammenwachsen Europas. Wer hätte das alles erwarten können, als Deutschland nach der Katastrophe des Nationalsozialismus in Trümmern lag – auch moralisch und politisch?

Die Weimarer Republik hatte sich nicht zu einem gefestigten demokratischen Staatswesen entwickeln können. Ihr Untergang führte in die Diktatur des Nationalsozialismus und in den Zweiten

Weltkrieg. Aus dieser grauenvollen Erfahrung, auch aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus heraus, entwarfen Männer und Frauen in Gestapogefängnissen, Konzentrationslagern und verschiedenen Widerstandskreisen wie dem Kreisauer Kreis die Idee einer neuen Volkspartei. Sie sollte die Spaltung der Parteienlandschaft überwinden. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft veröffentlichten überall in Deutschland Menschen ihre christlich demokratischen Gründungsaufrufe, die ersten im Juni 1945 in Köln und Berlin.

DER MENSCH UND NICHT DAS SYSTEM

Ziel war es, die Gegensätze zwischen den Konfessionen zu überwinden und die Grundlage allen Denkens und Handelns – das christliche Menschenbild – in den Vordergrund zu stellen. Dieses leitet aus dem Verständnis des Menschen als Ebenbild Gottes die unveräußerliche Würde eines jeden Einzelnen ab. Diese Würde ist unantastbar und unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, Religion, politischer Überzeugung, Behinderung, Gesundheit, Leistung. Der Mensch ist Person: Er hat Verantwortung für sich selbst und die Gemeinschaft.

Dieses Verständnis vom Menschen wird begleitet von den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit: Der Mensch ist zur Freiheit befähigt, doch endet seine Gestaltungskraft dort, wo die Freiheit eines anderen beginnt. Eng verbunden mit dem Gedanken der Solidarität, das heißt dem Eintreten der Gemeinschaft für den sich in Not befindenden Einzelnen,

ist der der Subsidiarität. Danach werden Aufgaben so weit wie möglich von der kleinsten Gruppe oder untersten Ebene einer Einheit, einer Organisationsform bewältigt. Auch verlangt dieser Grundgedanke, nach den individuellen Möglichkeiten für das eigene Leben zu sorgen. „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat nicht dauerhafte Abhängigkeit, sondern die Befähigung zur Eigenverantwortung zum Ziel. Gerechtigkeit ist aus der gleichen Würde aller Menschen abgeleitet, bedeutet aber Gleichwertigkeit in Verschiedenheit und gleiche Chancen, nicht gleiche Ergebnisse. Nach der totalitären Erfahrung, in der der Mensch nichts und das Kollektiv alles bedeutet, steht nun der Mensch und nicht das System im Mittelpunkt politischen Handelns.

Diese Grundwerte boten Halt bei allen gesellschaftlichen Herausforderungen und Veränderungen der deutschen Politik. Sie sind der Stabilitätsanker christlich demokratischer Politik. Auch heute bezieht sich die CDU in ihrem Grundsatzprogramm (2007) in der Präambel auf ebendiese Werte: „Wir orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und seiner unantastbaren Würde und davon ausgehend an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir streben nach dem richtigen Verhältnis der Grundwerte zueinander.“

REGIONALE GRÜNDUNGEN FÜHREN ZUR VOLKSPARTEI

Der Gedanke einer gesellschaftlichen und politischen Erneuerung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes setzte sich 1945 durch. Unabhängig vom

Gründungsort war Konsens: Eine Wiedergeburt des katholisch geprägten Zentrums und protestantisch-nationaler Parteien galt es zu vermeiden. Auf dem „Reichstreffen“ vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg zur Koordinierung der christlich demokratischen Bestrebungen einigten sich die Vertreter schließlich auf den gemeinsamen Namen „Christlich Demokratische Union Deutschlands“. Dabei signalisierte das „U“ im Namen eine umfassende Öffnung: Als Partei der Mitte setzt sich die Union bis heute für alle Konfessionen und sozialen Schichten der Bevölkerung ein, bekennt sich zur föderalen Struktur des Staates und zu den landsmannschaftlich und regional geprägten Besonderheiten. Vertreter liberaler, konservativer und christlich-sozialer Strömungen finden in der Union gleichberechtigt ihren Platz.

In der gesamten Vorgeschichte bis zur Begründung der Bundesrepublik Deutschland übernahmen Christliche Demokraten wichtige Schlüsselaufgaben, gestalteten Länderverfassungen, errangen Erfolge bei Landtagswahlen, engagierten sich im Frankfurter Wirtschaftsrat, trugen im Parlamentarischen Rat zur Erarbeitung des Grundgesetzes bei. Die Grundsätze christlichen Staats- und Gesellschaftsverständnisses eröffneten eine geistig-moralische Orientierung für einen Neuanfang. Schließlich gewann die Union mit Konrad Adenauer an der Spitze die erste Bundestagswahl 1949 und formte die westlich orientierte, repräsentativ-parlamentarische Demokratie in Deutschland.

Gleichzeitig hatten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später in der DDR Christliche Demokraten nicht die Chance, am Aufbau eines freiheitlich-demokratischen Staates mitzuwirken.

Die Sowjets setzten Parteivorsitzende ab und erzwangen die Anpassung an den Kurs der SED. Führungspersönlichkeiten, die den Kurs der Kommunisten nicht mitgehen wollten, wurden bedroht, verhaftet, verurteilt oder zur Flucht gezwungen. Die kommunistische Diktatur ließ keinen offenen Wettbewerb der Parteien zu.

Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten driftete auch die CDU unweigerlich auseinander. Schließlich erfolgte im Oktober 1950 auf dem ersten Bundesparteitag der CDU in Goslar der Zusammenschluss der Landesverbände in den westlichen Besatzungszonen. Konrad Adenauer wurde erster Bundesvorsitzender der CDU. Die in den ersten Jahren sehr stark durch den Gründungskanzler geprägte CDU entwickelte sich in den 1970er-Jahren, unter Vorsitz des späteren Bundeskanzlers Helmut Kohl, immer mehr zu einer modernen Mitgliederpartei. Bis heute öffnet sich die CDU gegenüber parteiinternen Reformen, um die Mitglieder stärker in die Arbeit einzubinden. Die Stärke der CDU war es stets, sich auf ihre Tradition zu besinnen und für die Erneuerung offen zu sein.

HISTORISCHE RICHTUNGS- ENTSCHEIDUNGEN

Für den Wiederaufbau Deutschlands rang die CDU um einen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurs. Mit der Währungsreform im Juni 1948 und der Einführung der D-Mark stieg der politische Einfluss von Ludwig Erhard, dem Direktor der Wirtschaftsverwaltung der Bizone und Verfechter wirtschaftsliberaler Vorstellungen. Die „Düsseldorfer Leitsätze“

vom Juli 1949 waren der erste in sich geschlossene wirtschaftliche Ordnungsentwurf in der Programmgeschichte der CDU. Nicht die einseitigen Eigeninteressen des Arbeiters im Sozialismus oder des Unternehmers im Liberalismus werden vertreten. Die CDU verbindet eine freiheitliche Wirtschaft mit sozialer Verantwortung: Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft wird zur konkreten Politik für Wiederaufbau, Wohlstand, Wachstum und soziale Absicherung. Auf dieser Basis gelang das „Wirtschaftswunder“.

Die außenpolitischen Bemühungen der CDU galten nach zwei verheerenden Weltkriegen der Wiedereingliederung Deutschlands in die freiheitliche Völkerfamilie und der Überwindung der Spaltung Europas. Zentrales Ziel der ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer war es, das Vertrauen der westlichen Demokratien zu gewinnen. Die CDU bekennt sich bis heute zum westlichen Werte- und Bündnissystem, zur freiheitlichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Gerechtigkeit. Die Europapartei CDU setzte sich von Anfang an für die europäische Einigung ein. Christliche Demokraten besaßen den Mut, sich auf die gemeinsamen Werte der europäischen Geschichte zu besinnen und daraus eine neue Ordnung Europas zu gestalten. Vom Schuman-Plan führte der Weg über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) weiter zu den Römischen Verträgen, schließlich zur Europäischen Union, zu einer gemeinsamen Währung und zum Vertrag von Lissabon, der eine wirkliche europäische Demokratie auf der Ebene der Europäischen Union ermöglichte. Aus den sechs Gründungsstaaten sind heute 28 Mitgliedsstaaten geworden. Frieden

und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die prägenden Werte Europas.

EINHEIT DES KONTINENTES

1989/90 war es diese Verankerung im westlichen Werte- und Bündnissystem Deutschlands, die die Wiedervereinigung ermöglichte. Dabei sollte niemand vergessen, dass die Einheit Deutschlands auch den östlichen Nachbarn zu verdanken ist, die für Freiheit, Demokratie und Recht eingetreten sind. So wäre ohne Solidarność in Polen die Überwindung der Spaltung Europas nicht möglich gewesen. Es sind die gemeinsamen Werte, die die Europäer verbinden. Diese gemeinsamen Werte sollten die Europäer für die Zukunft zur Einheit unseres europäischen Kontinents verpflichten. Dabei sollte im Bewusstsein bleiben, dass die gemeinsamen Werte in der Europäischen Union erlebbar sind, die Europäische Union aber nicht das ganze Europa ist. Das gegenwärtige Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine zeigt, dass die Werte Europas noch nicht auf dem gesamten Kontinent anerkannt und gesichert sind. Dies friedlich, im Dialog, aber auch mit Festigkeit zu ermöglichen, wird eine der großen Zukunftsaufgaben für das 21. Jahrhundert sein.

Unter den Parteien der Bundesrepublik Deutschland war es allein die CDU, die stets am Ziel der deutschen Einheit gegen alle Widerstände festhielt und den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes ernst nahm. Als sich die historische Chance bot, hat die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl im Vertrauen auf die transatlantische und

europäische Gemeinschaft die Wiedervereinigung verwirklicht. In der Person der CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Angela Merkel, wird deutlich, dass die Überwindung der Teilung selbstverständlicher geworden ist, als manche Kritiker meinen.

AUFGABEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Die Aufarbeitung der Parteigeschichte gehört zu den Aufgaben, denen sich auch die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Archiv für Christlich-Demokratische Politik auf vielfältige Weise stellt. Im Jubiläumsjahr 2015 nehmen wir in multimedialen Präsentationen und Publikationen die Wurzeln, Anfänge und Entwicklungslinien der Volkspartei CDU in den Blick und diskutieren auf einem Grundwertekongress die Aktualität der normativen Grundlagen der christlich demokratischen Bewegung. Darüber hinaus stellt die Stiftung die Frage nach der Zukunft der Volksparteien. Wie können sie die Herausforderungen der Zukunft bestehen? Gerade angesichts der gegenwärtigen Debatte über Parteireformen sollen empirische Untersuchungen nach den Motiven für politisches Engagement fragen und Ideen herleiten, wie den veränderten Kommunikations- und Partizipationswünschen entsprochen werden kann. Es ist uns wichtig, insbesondere junge Menschen zum Beispiel über den Jugendpolitiktag „Wege ins Engagement“ und die „It’s your choice“-Tour an Hamburger Schulen anzusprechen. Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderung richten an 450 Hochschulen Politische

Clubs aus. In einer Summerschool treffen sich Nachwuchspolitiker und Experten der Politischen Kommunikation aus aller Welt zum Erfahrungsaustausch.

ERFOLGREICHER WEG

Bei allen aktuellen politischen Aufgaben und Sorgen ist von Zeit zu Zeit der weite Weg in Erinnerung zu rufen, den die christlich demokratische Bewegung bis heute zurückgelegt hat. Für die unzähligen engagierten CDU-Mitglieder, die diesen Weg politisch mitgestaltet haben, stehen stellvertretend die Namen der Vorsitzenden der CDU Deutschlands: Konrad Adenauer (1950–1966), Ludwig Erhard (1966–1967), Kurt Georg Kiesinger (1967–1971), Rainer Barzel (1971–1973), Helmut Kohl (1973–1998), Wolfgang Schäuble (1998–2000) und seit 2000 Angela Merkel. Heute leben wir in einem Deutschland, in einem Europa, das von der CDU, ihren Zielen und Grundüberzeugungen maßgeblich in den vergangenen siebzig Jahren geprägt wurde. Bedeutende Weichenstellungen für Freiheit, Frieden, Wohlstand und Sicherheit wurden von der CDU ermöglicht. Dafür hat sie immer wieder das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bekommen. Auf ihre historischen Leistungen können ihre Mitglieder und Anhänger nicht nur aus Anlass dieses Jubiläums stolz sein. Die Chancen stehen gut, dass sie ihre Gestaltungskraft und ihren Mut erhalten und – wie ihre Vorgänger – immer wieder zu großen Leistungen fähig sind.

Von der Krise zur Post-Krise

—

Eine Roadmap für die Europäischen Volksparteien

MARIANO RAJOY

Geboren 1955 in Santiago de Compostela (Spanien), seit Dezember 2011 Ministerpräsident von Spanien.

Jedem Versuch, einen Ausblick auf die Zukunft zu geben, müssen eine Analyse der Gegenwart und eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vorausgehen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Identitätsmerkmale

und Werte Bestand haben und dass es uns gelingt, Strategien zu entwickeln und Botschaften zu formulieren, die den Herausforderungen, die auf nationaler und europäischer Ebene auf uns zukommen, gerecht werden.

Ein erstes Merkmal der europäischen Volksparteien fällt sofort ins Auge: Sie alle zeichnen sich aus durch geballtes politisches Kapital, sowohl auf der Ebene der verschiedenen nationalen Parlamente als auch in den europäischen Institutionen, in denen wir, die Volksparteien, gestern wie heute eine wesentliche Rolle spielen. Eine erste Folge dieses politischen Kapitals ist das hohe Maß an Vertrauen, das wir bei den Bürgern genießen.

Als zweites herausragendes Verdienst können unsere Parteien für sich in Anspruch nehmen, im Verlauf der Geschichte unseres Kontinents von der Nachkriegszeit bis heute einen höchst positiven und nachhaltigen Beitrag zur politischen Gestaltung geleistet zu haben. Sie haben entscheidende Impulse gesetzt bei der Entwicklung der konstitutionellen Demokratien, der Sozialen Marktwirtschaft, der offenen Gesellschaften und der Erweiterung des Mittelstandes, das heißt, sie haben mitgewirkt an mittlerweile globalen Konzepten, auf denen unsere größte Errungenschaft fußt, nämlich die am wenigsten ungerechte Gesellschaft der Geschichte geschaffen zu haben.

Dann allerdings bedurfte es der Ideen und Wertvorstellungen und nicht zuletzt des politischen Willens unserer berühmten Vorgänger im 20. Jahrhundert, um das Projekt der europäischen Einheit auf den Weg zu bringen, in dem Bestreben, historische Wunden zu heilen, Einvernehmen und einen noch nie da gewesenen Raum des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes zu schaffen.

Und schließlich haben es unsere Volksparteien verstanden, unterschiedliche Denktraditionen und Befindlichkeiten zusammenzubringen und gemeinsam politische Projekte im Geist der Reform, der Mäßigung und im Dienst am Gemeinwohl auszuarbeiten. Und diese unsere gemeinsamen Wurzeln in der Aufklärung, im Humanismus, der Christlichen Demokratie, im Kommunitarismus und Liberalismus haben uns zu mehrheitsfähigen Parteien gemacht, zu Plattformen des Konsenses für die breite Mittelschicht, das Rückgrat unserer Gesellschaften, die sich bei uns in all ihrer Vielfalt wiederfinden und äußern können. Weiterhin tragen unsere Parteien in ihren jeweiligen Ländern durch zukunftssträchtige Projekte zur Verwirklichung des europäischen Ideals bei.

Wir haben also Grund genug, stolz zu sein auf das Vermächtnis unserer europäischen Volksparteien. Aber wir können uns nicht ausruhen auf diesen Erfolgen, denn sie sind es auch, an denen man uns in Zukunft messen wird. Und das bei nicht nur ständig neuen, sondern auch immer komplexeren Herausforderungen. Wie sieht unsere Roadmap aus für ein Europa, das versucht, die Krise hinter sich zu lassen, für ein Europa nach der Krise? Ohne Zweifel ganz unterschiedlich, je nach den Prioritäten jedes einzelnen Landes. Aber dennoch gibt es eine Reihe von Überlegungen, die als Diskussionsbeitrag für ganz Europa wichtig sind.

VERTRAUEN IN EINE QUALITATIV HOCHWERTIGE POLITIK

Die Wirtschaftskrise hat zu großem Unbehagen in Europa geführt. Und wie immer in solchen Fällen gibt es Menschen, die diese Stimmung oder sogar dieses Leiden vieler Bürger ausnutzen und ihnen angeblich einfache – aber natürlich unrealistische – Lösungen anbieten, um komplexe Probleme zu

lösen. So haben wir in Europa zur Rechten und zur Linken Versuchungen und Gespenster wieder aufleben sehen, von denen wir glaubten, sie seien für immer verbannt, populistische und nationalistische Bewegungen, alte Feinde einer offenen Gesellschaft. So gilt es nun, den Ruf der Politik zu sanieren, das Vertrauen in das gegebene Wort wiederherzustellen, unsere Institutionen zu stärken, Transparenz und Bürgerbeteiligung als Pflicht und nicht lediglich als Option zu verstehen, denn nur so können wir das Vertrauen in die öffentlichen Gewalten wiederherstellen, nur so den Kontakt zu den gemäßigten Mehrheiten, die das Rückgrat der Nationen bilden und ihrer Politik Kraft und Glaubwürdigkeit verleihen, festigen.

REFORM STATT BRUCH

Man darf sich nichts vormachen: Wenn der Ruf der Politik und der Institutionen aufgrund der Krise so stark gelitten hat, kann Vertrauen erst wieder wachsen, wenn sich ein Ausweg aus der Krise abzeichnet und ein neues Szenario für die Zeit nach der Schlacht. Dabei sollten wir uns von den Erfahrungen der letzten Jahre leiten lassen: Die einzig realistischen Lösungen waren neue Politiken im Zuge von Reformen, solange diese weder den breiten Konsens der Bürger noch die Architektur unserer Institutionen infrage stellten. Nach wie vor gilt, dass Politik nicht Utopie sein kann und der Bruch nicht die Lösung, sondern dass die Politik mittels der Kunst der ständigen Reform eine irreversible Ruptur vermeiden muss. Wie Jeremy Bentham sagt: „Lasst uns allein nach dem Möglichen streben, das ist Herausforderung genug für die weitsichtigsten und wertvollsten unter den Menschen.“

HERAUSFORDERUNG DES WACHSTUMS, HOFFNUNG AUF WOHLSTAND

Die Aufgabe der Politik besteht in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Aber auch ohne sich, wie in unserem Fall, einem bestimmten politischen Namen verschrieben zu haben, weiß man, was unsere Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten, nämlich attraktive Projekte, die Hoffnungen wecken und Sicherheit vermitteln. In diesen harten Jahren der Krise haben wir am eigenen Leib erfahren müssen, was wir theoretisch längst wussten: erstens, dass ein ununterbrochenes Wirtschaftswachstum, das nicht von einer aktiven, verantwortungsbewussten und reformorientierten Politik begleitet wird, einfach nicht realistisch ist. Und zweitens führt diese mangelnde Reformbereitschaft zu einem wahren Geschwür in unserem Wirtschafts- und Sozialgefüge, das schmerzhaft und offenkundig ist, nämlich den unerträglichen Arbeitslosenzahlen in einigen unserer europäischen Länder. Dieses durch die Krise

verursachte Leiden unserer Bürger konfrontiert uns mit der menschlichen Dimension der Wirtschaft und stellt uns als Regierende vor die Aufgabe, dieser demoralisierten, sich chancenlos wählenden Gesellschaft wieder eine Perspektive zu geben. Und dazu müssen die Reformen fortgesetzt werden, denn sie sind das einzige Gegenmittel gegen die Mutlosigkeit und den von der Krise verursachten gesellschaftlichen Schaden. Nur durch die Rückkehr zu Wachstum und Beschäftigung, wie es in Europa bereits zu verzeichnen ist, wird es gelingen, unseren Gesellschaften das in letzter Zeit zur Mangelware gewordene Gut Hoffnung zurückzugeben und eine von Ruhe, Stabilität und Wohlstand geprägte Zukunft in Aussicht zu stellen.

EINE SOZIALE GESINNUNG

Die Volksparteien betrachten sich als Verfechter jener Konzepte, die an Konsens in unseren Gesellschaften orientiert sind. Dazu gehört eine historische Errungenschaft des Nachkriegseuropas, die bis heute nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt hat: das Prinzip leistungsfähiger Sozialstaaten, die in der Lage sind, Ungleichheiten zu bekämpfen, für ein breiteres Angebot an Chancen zu sorgen und einen universalen Zugang zu Rechten und Dienstleistungen zu garantieren, die bisher einigen wenigen vorbehalten waren. Der Einsatz für dieses noble Ziel gehört zu den herausragenden politischen und moralischen Erfolgen des letzten halben Jahrhunderts und hat zweifellos in hohem Maß zum sozialen Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften beigetragen. Auch jetzt besteht kein Grund, an der Rolle des Sozialstaates zu zweifeln, ganz im Gegenteil, gerade in der Wirtschaftskrise ist sie in besonderem Maße zum Tragen gekommen. Denn bei allem tiefen Leid, das die Krise über unsere Mitbürger gebracht hat, muss anerkannt werden, dass es in Europa bislang noch nie gelungen ist, eine Krise mit einem derart hohen Maß an sozialer Kohäsion zu überwinden. Aber es gilt, aus dieser Erfahrung zu lernen: erstens, dass die öffentliche Hand bei der Gestaltung der Leistungen des Sozialstaates das Kriterium der langfristigen Nachhaltigkeit vor Augen haben muss; zweitens, dass wir, die Volksparteien, unser Verdienst bei der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates besser kommunizieren müssen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass man versucht, uns Solidarität und Sensibilität abzusprechen, sondern wir müssen unermüdlich betonen, dass wir uns bei unseren Entscheidungen von dem Verantwortungsbewusstsein für den Wohlfahrtsstaat haben leiten lassen, dessen Zukunft durch die kurzsichtige, eigennützige Politik der Sozialdemokraten in Gefahr geraten war. Und schließlich dürfen wir nicht müde werden, immer wieder daran zu erinnern – so evident dies auch sein mag –, dass es keine bessere Sozialpolitik gibt als Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und allgemeinen Wohlstand.

ANTWORT AUF DIE GLOBALISIERUNG: ZUSAMMENSCHLUSS DER KRÄFTE

In letzter Zeit häufen sich pessimistische Kommentare über das absehbare Ende der Zeit großer Visionen. Dabei erleben wir gerade hautnah die Verwirklichung einer solchen großen Vision, der des geeinten Europa, das sich seit seinen Anfängen als Kohle- und Stahlgemeinschaft ständig weiterentwickelt hat, bis hin zu einem Gemeinsamen Markt und schließlich zu einem von allen geteilten zukunftsorientierten wirtschaftlichen und politischen Projekt. Die Fortschritte auf diesem europäischen Weg mögen mal rascher, mal langsamer vonstattengegangen sein, aber sie haben Bestand, sind erkennbar und machen Schule in einer Welt, in der es einen immer stärkeren Trend zu regionalen Zusammenschlüssen gibt. Im Gegensatz zu denjenigen, die sich gegenwärtig für eine Erneuerung des europäischen Diskurses aussprechen, sollten wir versuchen, die Wähler von der Notwendigkeit einer noch weiter reichenden politischen Harmonisierung und Verdichtung der wirtschaftlichen Strukturen auf dem europäischen Kontinent zu überzeugen, um so unseren Lebensstil und unsere internationale Bedeutung zu wahren.

VOLKSPARTEIEN UND DEMOKRATIE IM ZEITALTER DER MEDIEN

Ob es wohl noch jemand gibt, der in den – nicht mehr so neuen – Medien eine Gefahr statt eine Chance sieht? Es war nur logisch, dass offene Gesellschaften wie die unseren ihr enormes Potenzial als Plattform für Beteiligung und Diskussion sofort so intensiv wie möglich genutzt haben. Die sozialen Netze sind die neue Agora der Politik. Sie sind fester Bestandteil unseres täglichen Lebens, nicht mehr Zukunft, sondern Gegenwart, ständig präsent in Form von Tablets und Smartphones. Und sie spielen eine immer größere Rolle bei der Unterbreitung und der Kritik politischer Maßnahmen. Daraus ergibt sich bei näherem Hinsehen eine ganze Reihe von durchaus ernst zu nehmenden Fragen: Wie lassen sich oft komplexe Botschaften auf die Satzlänge eines Tweets verkürzen? Wie soll man durchdringen zu Bürgern, deren Aufmerksamkeit ständig von tausend Reizen gleichzeitig in Anspruch genommen wird, wie können wir effektiv kommunizieren, ohne dass unsere Botschaften dabei banal werden? Es ist ein ständiger Lernprozess parallel zu den ständigen technologischen Neuentwicklungen. Manche dieser Erfahrungen sind erfolgreich, manche weniger, alle sind lehrreich. Aber mittlerweile gibt es eine Reihe unumstößlicher Fakten – zum Beispiel, dass die Kommunikation fester Bestandteil der politischen Aktion ist. Oder dass es obligatorisch für einen Politiker ist, politische Debatten in all diesen neuen Formaten führen zu können. Wer diese Chance nutzt, ist nicht nur in der Lage, zu kommunizieren, sondern er kann überzeugen und mobilisieren. Wer sie dagegen verstreichen lässt, verliert

mehr als nur die Wahlen, nämlich die Möglichkeit, sich bei den Bürgern Gehör zu verschaffen.

DIE ZENTRALE ROLLE DER PERSON, DIE DIMENSION DER GEMEINSCHAFT

Die Volksparteien teilen die Überzeugung, dass die öffentlichen Gewalten dazu berufen sind, sich in den Dienst von Menschen zu stellen, die von Natur aus frei und selbstständig sind, und nicht, sie zu führen oder gar ihnen Maßnahmen aufzuerlegen. Ist das nicht eine zwingende Erkenntnis aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts? Also sollten die Staaten bestrebt sein, eine subsidiäre Rolle zu spielen, die die Eigenverantwortung des Einzelnen und seine unternehmerischen Fähigkeiten respektiert. Sie sollten zudem das einer reifen Gesellschaft entsprechende leistungsfördernde Arbeitsklima garantieren. Weiterhin gilt es, dafür zu sorgen, dass der zivilen Gesellschaft Freiräume für die Entfaltung kreativer Aktionen sowie für die spontane Schaffung freier Bürgerinitiativen verbleiben.

ÜBERZEUGUNGSKRAFT UNSERER WERTE

Wenn die europäischen Volksparteien einen positiven Einfluss auf die europäische Politik ausgeübt haben, dann deswegen, weil sie sich nicht von opportunistischen Überlegungen haben leiten lassen, sondern stets ihren Prinzipien treu geblieben sind. Und diese haben sich im Verlauf der Geschichte als richtig und effektiv erwiesen. Diese Ideen und Werte bieten uns also auch in der heutigen Welt sicheres Geleit. Wir können uns in ihr frei von Komplexen bewegen und brauchen nicht um Vergebung zu bitten. Der Korpus unserer Prinzipien zeichnet sich aus durch das Gedankengut, auf das sie zurückgehen, durch moralisches Prestige; es sind Prinzipien, die bei der Bevölkerung ankommen und die sich politisch umsetzen lassen auf eine Weise, die sich so gut wie nirgends sonst findet. In Zeiten, in denen unsere Gesellschaften Antworten suchen, sollten wir uns der Debatte und der Gegenüberstellung von Ideen nicht verschließen. Abgesehen von einer politischen Führung ist ein hohes Maß an Vermittlung erforderlich, damit unsere Werte ihre ganze Überzeugungskraft entfalten können und jeden Tag neue Unterstützer finden.

*Übersetzung aus dem Spanischen:
Angelika Freund, Madrid (Spanien)*

70 Jahre
Befreiung
von
Auschwitz

In den Schuhen des Großvaters

Über die Schwierigkeiten und Wunder der Dialogfähigkeit

RON SEGAL

Geboren 1980 in Israel, Studium an der Sam Spiegel Film and Television School Jerusalem (Israel). Sein Abschlussfilm wurde auf vielen internationalen Festivals gezeigt, das von ihm verfasste Drehbuch vom Goethe-Institut ausgezeichnet. Freischaffender Schriftsteller und Filmemacher.

Am 4. August des vergangenen Jahres ist Ihr Roman „Jeder Tag wie heute“ in Göttingen erschienen. Worum geht es in Ihrem Debütroman?

Ron Segal: Es geht um Adam Schumacher, einen israelischen Schriftsteller und Holo-

caust-Überlebenden, der langsam bemerkt, dass er an Alzheimer leidet, und versucht, seine Erinnerungen niederzuschreiben, bevor sie verschwinden. Seine Erinnerungen verschwimmen mit den Erinnerungen anderer Holocaust-Überlebender. Es ist also nicht seine persönliche Erzählung, sondern eine kollektive Geschichte, aber nicht Geschichte im geschichtswissenschaftlichen Sinn.

Als mein Buch in Israel erschien, wurde ich gefragt: Darf man so etwas schreiben? Für die junge Generation ist es ein großes Thema, sich an den Holocaust heranzuwagen. Die ältere Generation von Kritikern hat dieses Buch dagegen nicht gemocht, weil die Geschichte eben nicht

faktisch genau wiedergegeben wird. Das stimmt zwar, aber es ist natürlich eine Metapher für das, was sich aktuell in Wirklichkeit ereignet, wenn Adam Schumacher an Alzheimer leidet und seine Erinnerungskraft schwindet. Es ist siebzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz nur eine Frage der Zeit, bis die letzten Holocaust-Überlebenden sterben und mit ihnen auch einzigartige persönliche Erinnerung vergehen.

Warum haben Sie in Ihrem Debütroman den Holocaust thematisiert?

Ron Segal: Meine Großeltern kommen beide aus Berlin und sind 1938 – also vor dem Holocaust – nach Israel ausgewandert. Aber die Mutter und der Bruder meiner Großmutter sind in Riga erschossen worden. Insofern war ich, wie so ziemlich jeder Israeli, sensibilisiert für dieses Thema. Schon im Kindergarten erfahren die Israelis vom Holocaust. Er gehört zum Gründungsmythos des Staates. In meinem Buch wollte ich aber über keinen Ursprungsmythos erzählen, sondern einen eigenen, persönlichen Zugang zu diesem Phänomen suchen, der nicht von den Erzählungen anderer überlagert ist. Letztendlich ist das Buch der Versuch, die historischen Ereignisse zu verstehen, eine persönliche Sicht dazu zu entwickeln. Zur Recherche habe ich – mit Unterstützung eines DAAD-Stipendiums – Videozeugnisse von Überlebenden aus dem digitalen Archiv der Shoah Foundation angeschaut. Sie gewähren Einblick in etwas, was man in Geschichtsbüchern nicht findet: die persönliche Erfahrung, die sehr subjektiv ist, und man nimmt wahr: Hinter jeder abstrakten Zahl des Massensmords verbirgt sich ein individuelles



© Pavel Bolo (Israel)

Schicksal – selbst dann, wenn die Geschichten im Detail die Realität nicht exakt wiedergeben. Manchmal erzählen zwei Holocaust-Überlebende dieselbe Geschichte, aber eben ganz unterschiedlich, sodass man sich fragt: Wer hat die „echte“ Erinnerung? Aber in Wirklichkeit sind sie beide „echt“, weil der Holocaust individuell und nicht abstrakt erlebt worden ist.

Zu den Figuren Ihres Romans gehören ein junger israelischer Buchhändler, der in München lebt, und seine deutsche Freundin. Sie streiten darüber, wer in Deutschland von den Verbrechen der Nationalsozialisten gewusst haben könnte. Als Schriftsteller leben Sie heute in Tel Aviv und Berlin – haben Sie dergleichen selbst erlebt?

Ron Segal: Dieser Streit ist natürlich eine literarische Fiktion, genauso wie die

Antwort der Freundin, dass die meisten Menschen von den Verbrechen der Nazis nichts gewusst und – andernfalls – sie ihren Widerstand dagegen zweifellos mit dem Leben bezahlt hätten. Darüber wird man, wie es der junge Israeli tut, streiten müssen. Immerhin spielt die Freundin ihm aber nichts vor. Mir als israelischem Juden passiert aber oft das Gegenteil. Wenn ich mit Deutschen spreche und die Rede auf den Holocaust kommt, muss ich als israelischer Jude stets zuerst meine Meinung dazu sagen. Und wenn ich sie dann gesagt habe, wiederholt sie der deutsche Gesprächspartner mit seinen Worten. Ich verstehe natürlich, woher das rührt. Aber ich erfahre nicht, was mein Gesprächspartner wirklich denkt. Das ist vielleicht sehr höflich, aber es ist kein Dialog, sondern ein Monolog. Die Frage ist also: Können wir gemeinsam darüber sprechen oder ist das etwas, was man übergeht? Und ich glaube, es ist wichtig, darüber sprechen zu können.

Wie beurteilen Sie das Gedenken an den Holocaust siebzig Jahre nach den historischen Ereignissen?

Ron Segal: Ich mag ja Denkmäler, aber es kommt darauf an, was sie auslösen. Es gibt Denkmäler, bei denen man still und respektvoll sein muss, aber nichts fühlt. Aber dann es gibt welche, die ich für gelungen halte. Etwa das Denkmal auf dem Bebel-Platz in Berlin, das an die Bücherverbrennung erinnert und aus in den Boden eingelassenen, völlig weißen Räumen mit leeren Bücherregalen besteht. Die 1933 auf dem Platz verbrannten 20.000 Bücher hätten Platz darin gefunden. Dort passt das Wort „Denkmal“ sehr gut, weil es wirklich zum Nachdenken zwingt.

Was die heutige Wahrnehmung des Holocausts anbelangt, so gibt es kritische Stimmen, die meinen, der Holocaust sei eine Art Religion, und in einem gewissen Sinne stimmt das ja auch. Nicht zuletzt richtet sich in Israel Kritik gegen die Kommerzialisierung des Holocausts, aber noch stärker gegen die politische Instrumentalisierung.

Wichtig ist mir, dass die Erinnerung an den Holocaust gar nicht allein auf das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen gerichtet sein sollte. Es geht auch um Rassismus, darum, dass man „den anderen“ aus irgendeinem Grunde pauschal ablehnt und ausgrenzt. Es geht um Judenhass, doch noch mehr um den Hass schlechthin. Die Shoah ist ein großes, schreckliches Beispiel dafür. Zum Beispiel gestern habe ich gehört, dass in Dresden 17.500 Menschen gegen die „Islamisierung“ protestiert haben. Zwar bin ich nicht dabei gewesen, aber ich glaube, dass sie gegen etwas demonstrieren, was sie nicht kennen. Und ich glaube, wenn man jemanden nicht kennt, kann der allzu schnell zu einem Feind werden.

Etwa 15.000 junge Israelis sollen in Berlin leben. Was bedeutet diesen jungen Leuten Deutschland?

Ron Segal: Da kann ich nur spekulieren. Für viele junge Künstler und Geisteswissenschaftler aus Israel sind die Lebenshaltungskosten in Berlin geringer. Aber das ist eben nicht nur so. Wäre es das, würden viele Israelis nach Bukarest gehen – in das „Paris des Ostens“. Dort ist alles noch günstiger. Ein Teil sieht hier bessere berufliche Chancen. Wieder andere haben die Nase voll von der israelischen Politik. Oft heißt es in den Medien, viele junge

Israelis, zumal deutschstämmige, kämen nach Berlin, um zu erfahren, wo sie herkommen. Aber nicht jeder Israeli beschäftigt sich mit seinen Wurzeln.

Für mich bedeutet Berlin eine Art eine zweite Heimat, vielleicht im ursprünglichen Sinne des Wortes, das ja aus dem Indogermanischen herrührt und einen aktiven Vorgang meint, sich „ein Lager“, eine „Heimat“ zu machen. Als ich das erste Mal nach Berlin kam, trug ich die Schuhe meines Großvaters, nicht als Symbol oder Geste, sondern weil sie mir gefielen. Dennoch kann man das als Metapher verstehen: Ich habe hier diese Freiheit als Künstler, habe mehr Möglichkeiten. Denn es gibt hier mehr Leser, mehr Stipendien, mehr Literaturpreise – aber ich erinnere mich auch daran, wo ich herkomme.

Der Nahe Osten ist seit dem „Arabischen Frühling“ eine politisch sehr instabile Region. Wie beurteilen Sie die künftige politische Entwicklung in Israel und der Region?

Ron Segal: Was Israel und die israelische Politik angeht, muss ich sagen, dass ich kein Interesse an Politikern habe, die nur „Blut, Schweiß und Tränen“ versprechen. In den vergangenen zehn Jahren waren wir, so glaube ich, vier Mal in Gaza. Zu befürchten ist, dass wir bald das fünfte Mal dort sein werden. Das hat wenig mit Zukunftsgestaltung zu tun – ganz gleich, welchem politischen Lager man angehört, ob links oder rechts, ob man Israeli oder Palästinenser ist.

Auch hört man immer wieder, dass die israelische Gesellschaft religiöser geworden sei, ganz im Gegensatz zu den Intentionen des geistigen Gründers Theodor Herzl, der sich in seinem Buch

Der Judenstaat eher vom deutschen Kaiserreich inspirieren ließ und, soviel ich weiß, niemals eine Synagoge von innen gesehen hatte. Oder etwa Ben Gurion, dem einstigen israelischen Premierminister, der sich als Atheist begriff, aber die jüdische Religion liebte.

Vielleicht sind die Spannungen zwischen den säkularen und religiösen Kräften in Israel auch ein Grund, dass viele junge Israelis nach Berlin gehen.

Was den Nahen Osten angeht, sehe ich natürlich, dass die ganze Region noch mehr in Unordnung gerät. Die Zukunft ist sehr ungewiss, aber vielleicht wird es am Ende doch zwei Männer oder Frauen geben, die verrückt genug sind, um Frieden zu schließen. Am Flughafen in Israel habe ich kürzlich ein Foto gesehen, das Sadat und Begin zeigt – gemeinsam eine ägyptische Wasserpfeife rauchend. Und beide lachen.

Als Schriftsteller bin ich nicht kompetent genug, um den Weg zu einer Friedenslösung aufzuzeigen. Aber in diesem Jahr feiern wir beispielsweise fünfzig Jahre deutsch-israelische Beziehungen. Man muss es sich einmal vorstellen: Zwanzig Jahre nach der Tragödie des Holocausts saßen ein verrückter Israeli und ein verrückter Deutscher zusammen, um zu reden. Und es hat geklappt! Heute kann ich in Deutschland leben, habe deutsche Freunde. Ich meine, wenn man miteinander redet, kann so etwas passieren.

Ron Segal: *Jeder Tag wie heute*. Roman, Wallstein Verlag, Göttingen 2014, 140 Seiten, 17,90 Euro.

Das Gespräch führte Michael Böhm am 23. Dezember 2014.

„Zweitzeugen“ gesucht

Die Erinnerung an Auschwitz wächst einer neuen Generation zu

SVEN FELIX KELLERHOFF

Geboren 1971 in Stuttgart,
Historiker und Sachbuchautor,
Leitender Redakteur für Zeit- und
Kulturgeschichte der „Welt“-Gruppe.

Bestechende Ideen sind fast immer simpel – man muss nur auf sie kommen. Etwa auf jene, die eine Schülergruppe des Städtischen Gymnasiums Herten (Nordrhein-Westfalen) während einer Studienfahrt nach Auschwitz hatte.

Bei einem Zeitzeugengespräch mit dem 89-jährigen KZ-Überlebenden Tadeusz Sobolewicz fiel den Schülern eine Formulierung ein, die ihre eigene Rolle perfekt beschrieb: „Wir müssen und wollen die Geschichten weitererzählen – wir sind ‚Zweitzeugen‘.“ Mit einem gleichnamigen Projekt bewarben sich die Schüler beim Wettbewerb DenkT@g 2014 der Konrad-Adenauer-Stiftung und gewannen direkt den ersten Preis. Die Jury lobte die Vielfalt der Inhalte auf der eingereichten Website, ihre Multimedialität und den lokalen Zugang über die Erforschung eines Zwangsarbeiterlagers auf dem Gelände ihrer Schule; vor allem aber beeindruckte der Mut, mit der Wortschöpfung „Zweitzeugen“ einen neuen Begriff für ihr Engagement vorzuschlagen.

DIE ZEITZEUGEN VERSCHWINDEN

Siebzig Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz ist es unübersehbar, dass die Zeitzeugen verschwinden. Ein paar Dutzend Überlebende gibt es noch, die über ihr Leiden in Birkenau berichten können. Ein paar Hundert sind es, bezieht man die Opfer der vielen anderen Verbrechen des NS-Regimes ein. Die allerletzten noch lebenden Täter sind durchweg um die neunzig Jahre alt oder älter; zwar laufen noch Ermittlungsverfahren gegen einige von ihnen, doch zu rechtskräftigen Urteilen wird es wohl nicht mehr kommen. Da bald keine Zeitzeugen mehr Auskunft geben können, müssen andere, Jüngere dafür sorgen, dass der Zivilisationsbruch des Dritten Reiches nicht in Vergessenheit gerät: die „Zweitzeugen“.

Wieder einmal ändert sich die Wahrnehmung des Holocaust in der deutschen Gesellschaft. Die Geschichtswissenschaft hat dafür ein Wort: Historisierung. Die Massenvernichtung von sechs Millionen europäischer Juden zwischen 1941 und 1944 verlässt gegenwärtig die Zeitgeschichte, verstanden als die Vergangenheit der Erlebnisgeneration, und braucht einen anderen Platz. Natürlich unterscheidet sich die Historisierung des Holocaust von der anderer Epochen, etwa der des Kaiserreiches der Hohenzollern. Denn der Auftrag des Holocaust „Nie wieder!“ bleibt bestehen.

TIEFERE ZÄSUR

Der Umgang mit dem nationalsozialistischen Rassenmord in der deutschen Nachkriegsgesellschaft war nie statisch; insofern ist die anstehende Veränderung nicht ungewöhnlich. Aber mit dem Verschwinden der Zeitzeugen ändert sich etwas Fundamentales, was diese Zäsur tiefer erscheinen lässt als frühere. Das zeigt der Vergleich mit anderen Phasen der Auseinandersetzung mit dieser wichtigen Facette der deutschen Geschichte.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 wurde die Aufarbeitung überwiegend von außen oktroyiert. Mit dem 22 Minuten langen Film „Todesmühlen“, einem Zusammenschnitt aus Dokumentarbildern befreiter Konzentrationslager und NS-Propagandamaterial, sowie mit Zeitungsberichten über die Prozesse gegen Hauptkriegsverbrecher, KZ-Personal und andere NS-Täter, die von alliierten Presseoffizieren veranlasst wurden, sollten den Deutschen in einer Art Schocktherapie der wahre Charakter des NS-Regimes vor Augen geführt werden. Die Wahrnehmung in der deutschen Öffentlichkeit war groß, aber nicht quotenstark: In den 51 Kinos im US-Sektor von Berlin liefen die „Todesmühlen“ eine Woche lang. Theoretisch hatten diese Kinos, zählt man alle Aufführungstermine zusammen, eine Kapazität von knapp 600.000 Plätzen – eine Zahl leicht unter jener der erwachsenen Einwohner. Tatsächlich sahen aber nur 157.000 Menschen den Film, das

heißt, nur etwa jeder vierte erwachsene Berliner im US-Sektor nutzte die Gelegenheit, die Gräueltaten der Lager drastisch vorgeführt zu bekommen. Der Kommentator der Lizenzzeitung *Der Tagesspiegel* folgerte im April 1946: „Fünftundsiebzig Prozent wollten sich nicht schämen.“

Dennoch: Jeden vierten Erwachsenen zu erreichen, war objektiv betrachtet eine gute Quote. In den ersten Jahren nach dem Ende des Dritten Reiches spielte, nicht zuletzt im Zeichen der Entnazifizierung und der zahlreichen Strafverfahren gegen große und gegen kleine Mittäter, die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen eine wichtige Rolle. Stand auch das eigene Weiterleben an erster Stelle, gefolgt von Sorgen um verschollene Verwandte und Freunde und den Mühen des Wiederaufbaus, ignoriert wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit die im deutschen Namen verübten Gräueltaten nicht.

DER WUNSCH NACH DEM „SCHLUSSTRICH“

Das änderte sich allerdings mit der Gründung der beiden deutschen Staaten drastisch. Während des aufkommenden Kalten Krieges war in den drei Westzonen wie in der Sowjetischen Besatzungszone die Entnazifizierung beendet worden. In der jungen Bundesrepublik setzte sich die Vorstellung durch, die Verfolgten des NS-Regimes, die überlebt hatten, seien in gleicher Weise Kriegsgesamte wie Ausgebombte, Vertriebene oder heimgekehrte Kriegsgefangene. Einen „Schlussstrich zu ziehen“ wurde zu einer populären Forderung; es gab sogar Demonstrationen für die Freilassung einsitzender Massenmörder. Als Konrad Adenauer 1952 eine Einigung mit Israel über eine pauschale Wiedergutmachung erreichte, hatte er die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich: Jeder zweite Westdeutsche lehnte einer repräsentativen Umfrage zufolge das Luxemburger Abkommen ab. Nur gut jeder vierte begrüßte es, fast ebenso viele äußerten sich nicht. Antisemitische Vorurteile nahmen deutlich zu, der Holocaust verschwand weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung. Nicht besser, nur anders war die Situation in der DDR. Hier hatte das kommunistische Regime ein klares Angebot gemacht: Wer sich dem Machtanspruch der SED total unterwarf und ihn durchzusetzen half, konnte im Zeichen der Staatsideologie des „Antifaschismus“ die Vergangenheit hinter sich lassen. Jüdische Opfer spielten im Kult der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ praktisch keine Rolle.

KONJUNKTUR DER ZEITGESCHICHTE

Erst mit der Berichterstattung über den Eichmann-Prozess 1961 in Jerusalem und dem Frankfurter Auschwitzprozess 1963 begann die Aneignung der NS-Verbrechen in der westdeutschen Gesellschaft erneut. Eine neue Generation

von Juristen trieb, unterstützt von einigen älteren Richtern und Generalstaatsanwälten, die strafrechtliche Aufarbeitung voran. Einen deutlichen Dämpfer erhielt die Entwicklung allerdings Ende der 1960er-Jahre, als vielfach aus der DDR gesteuerte Aktivisten eine aggressive, tribunalähnliche Stimmung entfachten, die große Teile der Erlebnisgeneration verstummen ließ. Im Gegensatz zum selten hinterfragten Selbstbild haben die „68er“ die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen weder initiiert noch gefördert, sondern erschwert. Der Ansatz des Auschwitzprozesses verpuffte letztlich.

Ausgerechnet ein kitschiger US-Fernsehvierteiler führte zu neuem Interesse. Die Serie „Holocaust“ etablierte 1979 einen griffigen Begriff für das bis dahin namenlose Grauen der Judenvernichtung. Insgesamt sahen mehr als zwanzig Millionen Westdeutsche mindestens eine Folge. Junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahren verfolgten zu 68 Prozent mindestens einen Teil der Serie; selbst bei den über 60-Jährigen, die den Zweiten Weltkrieg als Erwachsene erlebt hatten, waren es 47 Prozent. Das Fernsehereignis löste eine Konjunktur der Zeitgeschichte aus, die seither mit einer Unterbrechung infolge der Deutschen Einheit andauert und die Bundesrepublik zu dem Land gemacht hat, das sich weltweit am stärksten mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzt.

Dem enorm angewachsenen Interesse entsprach eine Zunahme von Gedenkstätten, Ausstellungen und TV-Dokumentationen. Viele akademische Historiker fremdelten jedoch mit diesem Aufschwung, in dem sie vermutlich einen Angriff auf ihre Deutungshoheit sahen. In Wirklichkeit war die Entwicklung uneingeschränkt positiv, denn sie führte zu breiter gesellschaftlicher Akzeptanz. Forderungen nach einem „Schlussstrich“ oder gar die Leugnung des Massenmordes wurden zu marginalen Randphänomenen der freien Gesellschaft.

Wesentlichen Anteil an der stetigen Auseinandersetzung hatten Zeitzeugen. Gerade in den 1990er-Jahren erlebten Veranstaltungen mit Überlebenden der Todeslager und der Ghettos großen Zulauf. Dem letzten Auftritt von Mietek Pemper, dem Helfer Oskar Schindlers in Berlin, dankte das Publikum mit Standing Ovationen. Viele ehemals Verfolgte konnten so im hohen Alter noch die Genugtuung erleben, dass sich nachgeborene Generationen für ihr Schicksal interessierten.

NEUER ANTISEMITISMUS

Diese Phase neigt sich nun unweigerlich dem Ende zu; daher ist das Engagement jüngerer Menschen umso wichtiger. Denn so sehr das Grauen des Holocaust heute zum deutschen kollektiven Bewusstsein gehört – vor neuen Formen des Antisemitismus schützt das allein nicht. Bedenklich sind heute vor allem zwei Entwicklungen: In vermeintliche Kritik an Israel gekleidete

Judenfeindschaft, verharmlosend auch „Antizionismus“ genannt, nimmt vor allem links-außen im politischen Spektrum zu; hier gibt es Anknüpfungspunkte zu älteren Mustern aus der DDR und der radikalen Linken in Westdeutschland. Andererseits wächst islamistisch getriebener Juden Hass, eine direkte Folge der Propaganda im Nahost-Konflikt. Bei arabisch- und inzwischen auch türkischstämmigen Jugendlichen in der Bundesrepublik ist diese Entwicklung ebenso zu verzeichnen wie etwa in Frankreich. Die meisten antisemitischen Straftaten in jüngerer Zeit dürften diesem Spektrum zuzuordnen sein. Da aber jede Form von Judenfeindschaft eine offene Gesellschaft vergiftet, bleibt Aufklärung über den nationalsozialistischen Massenmord so wichtig. In der Zukunft muss diese von „Zweitzeugen“ übernommen werden.

DenkT@g 2015

Jugendwettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ist der 27. Januar – der Jahrestag der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz – seit 1996 in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Ende 2005 hat auch die UN-Vollversammlung diesen Tag zum weltweiten Holocaust-Gedenktag bestimmt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt dies seit einigen Jahren zum Anlass für eine Reihe von bundesweiten Projekten im Umfeld des 27. Januar. In zahlreichen Bundesländern werden Zeitzeugengespräche und Vortragsveranstaltungen, Lesungen und Ausstellungen durchgeführt. In dem bundesweiten Internetwettbewerb „DenkT@g“ unter Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert werden überdies junge Leute dazu aufgerufen, sich mit der Erinnerung an Shoah und NS-Diktatur, aber auch mit aktuellen Fragen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen.

In einer Festveranstaltung in Berlin wurden am 27. Januar 2015 in Anwesenheit von Bundestagspräsident Norbert Lammert die Sieger des DenkT@g-Wettbewerbs 2014/15 ausgezeichnet: Der mit 3.000,- € dotierte erste Platz ging an Schülerinnen und Schüler des Städtischen Gymnasiums Herten in Nordrhein-Westfalen mit ihrem Projekt „Zweitzeugen“.

Mehr Informationen unter:

<http://www.kas.de/denktag/>

<http://www.denktag.de/2014zweitzeugen/unser-projekt/>

Nicht allein Auschwitz

—

Das Konzentrationslager darf nicht zum isolierten Symbol
für die Shoah werden

STEPHAN J. KRAMER

Geboren 1968 in Siegen, Jurist und
Volkswirt, von 2004 bis Januar 2014
Generalsekretär des Zentralrates
der Juden in Deutschland und
Leiter des Berliner Büros des Euro-
pean Jewish Congress.

Auschwitz. Allein schon der Name löst Grauen
aus. Das größte Vernichtungslager der Nazis.
Mehr als eine Million Juden wurden hier er-
mordet. Auch unter nichtjüdischen Gefange-
nen gab es Hunderttausende von Toten. So ist
es nicht verwunderlich, dass Auschwitz zum
wichtigsten Symbol des Holocausts wie der

NS-Verfolgung insgesamt wurde. Das ist keineswegs falsch. Gedenken – auch
das Gedenken an Opfer der Shoah – braucht Symbole. Es braucht Stätten, an
denen wir uns dem Andenken an die Toten widmen. Und Auschwitz ist keine
abstrakte Gedenkstätte. Wer diese Fabrik des Todes besucht, weiß, spürt, dass
er sich am Ort unfassbarer Verbrechen befindet. Auch das ist wichtig.

Es ist kein Zufall, dass Auschwitz der Ort des Gedenk- und Erziehungsprogramms „Marsch der Lebenden“ ist. Vor allem jüdische Jugendliche schreiten dort zu Fuß den Weg von Auschwitz, dem Stammlager, nach Birkenau, der Stätte der massivsten Morde in den Gaskammern, nach. Sie werden von Erziehern, erwachsenen Aktivisten und Holocaust-Überlebenden begleitet. Im September 2003 wurde Auschwitz zum Ort der vielleicht ungewöhnlichsten Gedenkaktion, die dort jemals stattgefunden hat. Drei Kampfflugzeuge der israelischen Luftwaffe überflogen die Stätte der Vernichtung. In den Cockpits der F-15-Maschinen befanden sich Listen aller bekannten Opfer, die am selben Datum sechzig Jahre zuvor in Auschwitz ermordet worden waren. Die Namen waren von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ermittelt und bereitgestellt worden.

Auschwitz wird nicht nur von Juden besucht, und die Gesamtzahl der Besucher steigt. Wie die Gedenkstätte Auschwitz im Januar 2015 vermeldete, wurde 2014 eine Rekordzahl von Besuchern, mehr als anderthalb Millionen, registriert. Siebzig Prozent von ihnen waren unter achtzehn Jahre alt. Dass so viele vor allem junge Menschen den Ort des Grauens besuchen, ist zu begrüßen.

DER TOD GRASSIERTE ÜBERALL IN EUROPA

Und doch sehe ich eine gewisse Gefahr, dass Auschwitz zu einem nahezu alleinigen Symbol für die Shoah zu werden droht – und zwar vor allem in der nichtjüdischen Öffentlichkeit. Juden wissen natürlich, dass der Tod während des Holocausts nahezu überall in Europa grassierte. Juden wurden an Massengräbern in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnorte erschossen, bei lebendigem Leibe verbrannt, erschlagen oder starben an Hunger, Zwangsarbeit, Kälte, Krankheiten – es gab viele grausame Wege in den Tod.

Nicht nur Holocaust-Überlebende, sondern auch ihre Nachfahren kennen die Namen der Menschen, Angehörige ihrer Familien, die an unzähligen Orten Europas ermordet oder eingesammelt wurden, um sie an eine andere Stätte des Mordens zu bringen. Als Juden wissen wir nur zu gut, dass der Holocaust ein kontinentweites Phänomen war. Dass sich die Täter nicht nur aus den Reihen der SS rekrutierten, sondern auch Soldaten der Wehrmacht, Polizisten oder auch freiwillige Helfer – zum Teil aus der Bevölkerung besetzter Länder – waren.

Genau dieser Aspekt der Shoah darf auch in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht in Vergessenheit geraten: die alte Gegenwärtigkeit des Bösen, die alte Gegenwärtigkeit des Todes. Es wäre ein Leichtes, ein nur zu Leichtes, alles auf Auschwitz – sozusagen – zu schieben. Das wäre nicht nur historisch falsch, sondern auch didaktisch verheerend. Auschwitz war ja nicht der Beginn der Judenverfolgung. Übrigens war es auch nicht die sogenannte Reichskristallnacht. Der Beginn der Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten

ist – und zwar spätestens, nicht etwa frühestens – in die ersten Monate des Jahres 1933 zu datieren. Am Anfang der Verfolgung standen nicht die Gaskammern. Es begann mit trockenen Gesetzen, etwa zum Schutze des Berufsbeamtentums – sprich zur Vertreibung deutscher Juden aus dem öffentlichen Dienst. Weitere Gesetze, Verordnungen und Erlasse folgten.

Bei der rassistischen Diskriminierung von Juden, bei der Enteignung, beim Raub, bei den Verhaftungen gingen die selbst ernannten deutschen Herrenmenschen nach dem Prinzip vor: „Ordnung muss sein.“ Dabei stellten sie zu ihrer Freude fest, dass die immer schärferen, immer unmenschlicheren Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden in der deutschen Öffentlichkeit auf keinen nennenswerten Widerstand, sondern im Gegenteil auf nicht wenig Zustimmung stießen. Wo die jüdischen Nachbarn abblieben, war den meisten herzlich egal.

AUSCHWITZ ENTSTAND AUS RÜCKSICHTNAHME AUF DIE MÖRDER

Auschwitz war aber nicht einmal der Beginn des Massengenozids an Juden. Die ersten Vergasungsexperimente in dem Vernichtungslager fanden im September 1941 statt. Erst danach wurde beschlossen, große, zuverlässige und funktionstüchtige Gaskammern zu errichten. Auf volle Touren kam die Todesmaschinerie 1942. Bis dahin hatte sich bereits eine andere Massenmordmethode „glänzend“ bewährt: das Wüten der Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Dort trieb man Juden einfach zusammen, ohne irgendwelche Geheimnistuerei, und erschoss sie. Das gleiche Schicksal traf Zigeuner, kommunistische Aktivisten und Kriegsgefangene.

Dass diese Methode dann durch Gaskammern „ergänzt“ wurde, hatte nicht zuletzt mit der Rücksichtnahme auf die Mörder zu tun. Rudolf Höß, der Kommandant von Auschwitz, beschrieb in seinen Memoiren, wie dies zustande kam. Die Vernichtungsstellen im Osten, so Heinrich Himmler zu Höß, seien nicht in der Lage, die beabsichtigten großen Aktionen, also die von Hitler befohlene „Endlösung“, durchzuführen. Die Erschießung der zu erwartenden Massen wäre auch eine zu große Belastung für die SS-Männer, die dies durchführen müssten. Im Frühjahr 1943, beim Beginn des Rückzugs der Wehrmacht von sowjetischem Territorium, hatten die Einsatzgruppen 1,25 Millionen Juden und Hunderttausende anderer sowjetischer Staatsangehöriger einschließlich Kriegsgefangener ermordet. Gewöhnlich erschossen die Einsatzgruppen ihre Opfer in Schluchten, verlassenem Steinbrüchen, Minen, Panzerabwehrgräben oder riesigen Gruben, die zu diesem Zweck ausgehoben worden waren. Die Erschießungen, vor allem von Frauen und Kindern, hatten Auswirkungen auf die psychische Verfassung der Mörder, was auch durch hochprozentigen Alkohol, der in großen Mengen ausgegeben wurde,

nicht zu unterdrücken war. Das war einer der Hauptgründe, bereits im Jahr 1941 nach einer anderen Exekutionsmethode zu verfahren: mit Gaswagen – schweren Lkw mit hermetisch geschlossenen Aufbauten, in die Auspuffgase des Motors geleitet wurden. Innerhalb kurzer Zeit wurden solche Wagen an alle Einsatzgruppen geliefert.

PERFEKTE GASKAMMERN. HOCHEFFIZIENTES GIFT

Man darf annehmen, dass die „Endlösung“ auch ohne die Industrialisierung des Mordes „erfolgreich“ vonstatten gegangen wäre. Nun aber durfte sich die überragende deutsche Industrietechnik in Auschwitz austoben. Perfekte Gaskammern. Hocheffizientes Gift. Gut organisierte Zulieferung von Menschen und Entsorgung von Leichen. Eine Arbeitsteilung, in der es jüdische Sonderkommandos waren, die sich mit den Leichen zu befassen hatten. War der Genozid je perfekter aufgestellt? Ich will nicht zynisch sein. Gewiss, die technische Vollkommenheit von Auschwitz war ungeheuerlich pervers. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, die wirkliche Perversität des Holocausts zu übersehen: die Tatsache nämlich, dass ein ganzes Volk aus keinem anderen Grund als aus purem Hass zum Tode verurteilt wurde und dass dieses Urteil auch zur Vollstreckung gelangte, soweit und solange es den Mördern möglich war. Bei der Betrachtung von Auschwitz dürfen wir uns daher nicht – im Wortsinne – im technischen Detail verlieren.

Daher sollte, ja muss die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau ein zentraler Ort des Lernens und der Begreifens bleiben, ohne dabei die anderen Tatorte zu vergessen. Das demokratische Deutschland ist aufgerufen, die Arbeit der Gedenkstätte zu unterstützen, sich vor allem aber auch dafür einzusetzen, dass möglichst viele Menschen auch aus Deutschland Auschwitz besuchen. Ein Beladen der jungen Generation mit der Schuld der Großväter und Urgroßväter ist das wohlgerne nicht. Wer solches behauptet, irrt oder führt andere in die Irre. Schuldig sind nur diejenigen, die damals Täter waren. Aus dem Wissen um das Unvorstellbare wächst aber die Verantwortung für jeden von uns in der Gegenwart und Zukunft, dafür einzutreten, dass sich Gleiches niemals wiederholt. Nicht nur, wenn es dabei um Antisemitismus geht, sondern um jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit, gleich welche Minderheit es betrifft. Die Konsequenz aus Auschwitz kann nur heißen, dass die Menschenwürde unteilbar ist.

Die Shoah muss Teil des internationalen Bewusstseins bleiben. Und zwar nicht einmal wegen uns Juden. Wir werden die Tragödie des Holocausts ohnehin nicht vergessen und haben daraus die historischen Lehren für uns längst gezogen. Parallel dazu muss aber deutlich werden, dass Auschwitz kein anderer Planet war. Es wurde nicht von Außerirdischen gebaut, die am

27. Januar 1945 wieder in den Tiefen des Raums verschwanden. Auschwitz war Menschenwerk und Teil eines ungeheuerlichen Netzwerks von Tod und Grausamkeit. Das ist eine Wahrheit, die als Mahnung und als Warnung vermittelt werden muss.

PEGIDA, AFD UND NSU

Uns geht es bei unseren Mahnungen auch nicht vordringlich um mehr Namen auf Gedenksteinen oder mehr Grabstätten, sondern schlicht um die Warnung für die Zukunft vor dem Ungeist der Vergangenheit. Gerade aktuell erleben wir mit, dass nicht alle aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gezogen haben. Fremdenfeindlichkeit, Antiziganismus, Homophobie, Hass gegen Muslime und Antisemitismus sind brutal wieder auf der Tagesordnung. Eine Welle des rechtsextremen Nationalismus überzieht ganz Europa und gefährdet unsere gemeinsamen europäischen Grundwerte einer freien, demokratischen, kulturell vielfältigen und aufgeklärten Gesellschaft.

Wenn wir von Menschenrechten sprechen, so müssen das Menschenrechte für alle sein, und wir müssen mehr Respekt vor der Würde eines jeden bezeugen. Auch, wie es die Bibel ausdrückt, „für den Fremden in Eurer Mitte“. Gerade in dem sich neu bildenden größeren Europa mit all seinen Zweifeln und Sorgen ist es wichtig, diese Lehren zu ziehen und bei der friedlichen Gestaltung der Zukunft die geschichtliche Vergangenheit, unter der Europa so viel gelitten hat, weder zu verdrängen noch zu vergessen. Hierbei sind wir alle und gemeinsam gefordert.

Über zivile und religiöse Moral

Der französische Extremismusexperte Jean-Yves Camus über das Attentat auf „Charlie Hebdo“, den islamistischen Terrorismus und die europäische Kultur

JEAN-YVES CAMUS

Geboren 1958 in Châtenay-Malabry (Frankreich), Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusexperte, Institut de Relations Internationales et Stratégiques, Paris (Frankreich).

Beim Anschlag am 7. Januar auf die Redaktion des „Charlie Hebdo“ in Paris töteten Terroristen zwölf Personen mit automatischen Waffen. Markiert das eine neue Dimension des islamistischen Terrors?

Jean-Yves Camus: Bisher kannte man in Frankreich massive Attentate wie etwa den Bombenanschlag 1995 in der Pariser Metro, die Attentate, die die GIA (Groupe Islamique Armé) aus dem algerischen Bürgerkrieg nach Frankreich „importierten“, und diejenigen, die Regierungen anderer Länder befahlen: etwa den Anschlag auf das französische Kontingent der UNO-Truppen im Libanon 1983, der auf das Konto der Syrer ging. Das Attentat auf „Charlie Hebdo“ zielte nicht auf die Tötung einer Vielzahl von Menschen und

wurde nicht mit Bomben begangen – bei ihm ging es darum, bestimmte Menschen zu töten. Von den Attentätern wissen wir, dass sie sich auf Al Kaida beriefen und Teil eines Netzwerkes waren. Sie gehörten einer Gruppe an, die sich zwischen 2003 und 2004 radikal islamistisch gebärdete. Sie war bekannt dafür, bei den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg oder das „Schleier-Gesetz“ in den Straßen Gebete abzuhalten. Einige ihrer Angehörigen spielten später eine Rolle im „Dschihadisten-Export“ in den Irak. Einige wurden inhaftiert. Andere agierten für mehr als zehn Jahre als „Schläfer“. Das stellt eine große Herausforderung für die Nachrichtendienste dar. Denn Risiken entstehen nicht nur durch Islamisten, die für den „Islamischen Staat“ kämpfen, nach Frankreich zurückkehren und hier Anschläge verüben. Es gibt genauso Leute, die nicht aus Syrien oder dem Irak zurückkehren, aber genauso bereit sind, Terrorakte zu begehen. Allerdings glaube ich, dass diese Terroristen nicht mehr „blind“ agieren und Bombenattentate durchführen werden. Die operativen Fähigkeiten von Al Kaida erscheinen heute durch die Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt. Vielmehr dürften Al Kaida und der „Islamische Staat“ Täter entsenden, die mit automatischen Waffen ausgesuchte Ziele angreifen.

Was sind die Gründe für das Attentat?

Jean-Yves Camus: „Charlie Hebdo“ war schon lange bedroht, da die Zeitung entschied, die „Mohammed-Karikaturen“ zu veröffentlichen. Das entsprach ihrem satirischen Geist und ihrer antiklerikalen Tendenz. Natürlich kann man über diese Entscheidung streiten, doch war sie mit

der Pressefreiheit zu vereinbaren. In der Vergangenheit wurden denn auch die Räumlichkeiten von „Charlie Hebdo“ angezündet und ihre Karikaturisten unter Polizeischutz gestellt und – zehn Jahre nach der Veröffentlichung der Karikaturen erfolgten nun Angriffe auf die Mitglieder der Redaktion.

Die ermordeten Journalisten folgten trotz ihrer Bedrohung dem Prinzip der Meinungsfreiheit und sind dabei vielen zum Vorbild einer mutigen Haltung geworden. Vielleicht darf man dennoch die Frage stellen, ob sie dabei nicht sehr weit gegangen sind und die religiösen Gefühle auch friedliebender Muslime verletzt haben? Anders gesagt: Ist die „Freiheit der anderen“ hinreichend respektiert worden?

Jean-Yves Camus: Die Religionsfreiheit der Muslime wird in Frankreich respektiert – so wie die aller Religionen. Es gibt rituelle Schlachtungen, Moscheen und Imame, sogar solche Imame, die von auswärtigen Ländern ausgebildet, berufen und bezahlt werden und in französischen Moscheen arbeiten. Muslime dürfen selbstverständlich in Moscheen gehen, beten und halal essen, haben ihre Organisationen: angefangen von den muslimischen Pfadfindern bis zu Frauenorganisationen. Als praktizierender Jude habe ich eine Zeit lang für „Charlie Hebdo“ geschrieben. Dabei habe ich niemals darüber nachgedacht, dass es meine Religionsfreiheit irgendwie bedrohen würde, wenn in der Zeitung die Karikatur eines Rabbi, eines Juden oder selbst von Moses abgedruckt würde. Die Attentäter haben offenkundig nicht verstanden, dass wir in Europa leben. Ob es uns nun gefällt oder nicht, es



Foto: Mathieu Delmestre / CC BY-NC-ND 2.0, via flickr

gibt zwar in Europa die Tradition religiöser Praktiken oder Gefühle, seien sie nun christlich, jüdisch oder andere. Doch genauso gibt es die Tradition des freien Willens und – die lässt den Atheisten die Möglichkeit, die Religionen zu kritisieren.

In den säkularen Gesellschaften des Westens leben viele Muslime, die nicht säkular sind. Müssen wir daher nicht eine Diskussion über den Schutz religiöser Moral führen?

Jean-Yves Camus: Ich denke, es ist Zeit, dass im Islam in Europa eine zivile Moral auftaucht und die religiöse Moral vervollständigt. Religiöse Moral – das ist aufgrund der Trennung von Staat und Kirche in Frankreich etwas Besonderes. Ich etwa bin jemand, der gleichzeitig gläubig und

laizistisch ist. Ich habe als gläubiger Jude eine religiöse Moral, die mir sagt, was ich tun darf und was nicht. Doch das betrifft nur mein privates Leben. Ich will nicht, dass die Gesetze des Staates meiner religiösen Moral entsprechen. Die schlägt sich in meinem tagtäglichen Verhalten nieder, in meiner Familie, in meiner Privatsphäre. Doch wenn ich in mein Büro komme, wo ich im Dienste des französischen Staates stehe, leitet die zivile Moral mein Verhalten.

Nehmen durch das Attentat Hass und Misstrauen gegenüber den Muslimen zu, kommt es gar zu einer Spaltung der Gesellschaft?

Jean-Yves Camus: Ich glaube, die Islamisten in Europa stellen allen Muslimen

eine Falle. Denn ob man den Islam mehr praktiziert oder weniger – die Situation aller Muslime wird jetzt schwieriger werden: Sie werden den misstrauischen Blicken ihrer nicht-muslimischen Landsleute ausgesetzt sein und das kann zu bedenklichen „identitären Verkrampfungen“ führen, die schon jetzt zu beobachten sind und die weit über die Wahlerfolge der sogenannten „extremen Rechten“ oder der „nationaler Populisten“ hinausgehen. Man sieht das auch bei den „Pegida-Demonstranten“ in Dresden: Das sind nicht alles NPD-Wähler! Genauso lesen in Deutschland nicht nur NPD-Wähler Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“, und in Frankreich kaufen nicht nur die Anhänger des Front National Michel Houellebecqs neuen Roman „Soumission“ (Unterwerfung), in dem er die Fiktion einer muslimisch umgestalteten französischen Republik entwirft. Es gibt daher eine Verantwortung der demokratischen, europäischen Rechten, etwas zum Multikulturalismus, zur Einwanderung oder zum Platz der Muslime in der Gesellschaft zu sagen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer letzten Rede bemerkenswert reagiert, indem sie sagte: „Pegida ist nicht akzeptabel, und hier sind die Gründe, warum!“ Das heißt aber natürlich nicht, dass es keiner Diskussion über die Grenzen des Multikulturalismus bedürfte. Es gab in Deutschland die Debatte um „Leitkultur“ und die sollte man überall neu eröffnen. In Europa existiert eine vorherrschende Kultur und die ist weder muslimisch noch jüdisch, sondern christlich, auch wenn sie säkularisiert ist. Sie existiert unterschwellig, bestimmt das Denken der Mehrheit der Individuen und prägte unsere Institutionen und unsere Demokratie. Auch die muslimischen Bürger dieses Landes müs-

sen sich in die vorherrschende Kultur einfügen. Sie mögen ihre Werte behalten, das Recht haben, ihre religiösen Riten zu vollziehen, und sich immer wieder auf ihre Herkunftskultur beziehen. Doch müssen sie wissen: Europa hat ein Fundament von Werten, das ihnen in manchem fremd sein mag, das sie aber gleichwohl respektieren müssen.

Unter welchen Bedingungen entsteht islamistischer Terrorismus in Frankreich und Europa?

Jean-Yves Camus: Natürlich ist ein Teil der muslimischen Jugend in Europa ökonomisch im Abseits: oft arbeitslos, manchmal ohne Ausbildung und nicht selten Opfer von Diskriminierung. Das ist nicht zu bestreiten. Da gibt es Verbitterung. Aber wir wissen auch, dass die Europäer, die sich als „Dschihadisten“ betätigen, nicht zur Unterschicht gehören: Mohamed Mehra hatte einen Beruf, und die Terroristen von London gingen zur Universität. Ich sage deshalb besonders der Linken, der ich mich politisch nahe fühle: Wir müssen aufhören mit der Kultur der Entschuldigung! Man kann sich als Opfer der Diskriminierung fühlen, weil es sie gibt. Doch rechtfertigt keine Verbitterung und keine Marginalisierung Massaker wie das in Paris. Die ermordeten Journalisten waren Linke. Sie engagierten sich für die „sans-papiers“ und die Einwanderer. Sie engagierten sich für die Integration.

Warum verachten die islamischen Terroristen überhaupt den Westen und seine Werte?

Jean-Yves Camus: Es ist mehr als Verachtung: Sie negieren sie. Was mich besonders

stört, ist die Unfähigkeit, einzusehen, dass man sein Recht nicht durchsetzen kann, wenn man in der Minderheit ist. Man kann ja Verachtung haben für die Gesellschaft, in der man lebt. Doch kann man nicht Gesetze gegen die Mehrheit durchsetzen. Ich denke an radikale Islamisten wie die aus der Gruppe von Al-Muhajiroun in England. Sie verlangten, die Fahne des Kalifats auf dem Buckingham-Palast zu hissen und die Scharia einzuführen. Doch das ist nicht Bestandteil der englischen Kultur! Diese Leute sind in England in der Minderheit und nicht die Besitzer des Landes!

Was kann der Westen gegen den Terrorismus unternehmen oder müssen wir damit zu leben lernen?

Jean-Yves Camus: Der französische Premierminister hat zu Recht erklärt, es gibt kein „Null-Risiko“. Tatsächlich besteht immer die Möglichkeit, dass jemand ein Selbstmordattentat begeht, selbst wenn er keinen Sprengstoffgürtel hat. Wir müssen wissen: Diese Leute lieben den Tod, wollen den Tod und suchen den Tod. Deshalb erscheint mir auch die Wiedereinführung der Todesstrafe, wie sie etwa Marine Le Pen in Frankreich fordert, als ungeeignet, Attentate zu verhindern.

Müssen wir unsere „offene Gesellschaft“ zumachen?

Jean-Yves Camus: Nein. Es gab niemals in der europäischen Geschichte einen geschlossenen Kontinent. Und selbst wenn man überall in Europa Stacheldrahtverhaue errichtet, wie in Ceuta und Melilla im spanischen Marokko – man sieht es an den Booten mit den illegalen Einwanderern, die an unsere Küsten gelangen:

Europa ist keine Festung. Es ist unmöglich, sich in einer globalisierten Welt abzuschotten und Migrationsströmen zu verschließen. Vor allem da einige Länder Migration brauchen. Natürlich werden andere Länder die Migrationsbarrieren erhöhen wollen. Das ist eine politische Debatte. Doch das wirkliche Problem ist, ein Gleichgewicht zu finden zwischen dem Recht auf freie Religionsausübung der Minderheiten und der Verpflichtung, die Kultur von Europa zu respektieren. Und die besagt: „Die Religion an ihrem Platz, die Politik an ihrem Platz.“

Brauchen wir eine neue Sicherheitspolitik?

Jean-Yves Camus: Wir brauchen mehr sicherheitspolitische Koordination zwischen den europäischen und den nicht-europäischen Ländern, denn ein Teil des Problems ist die mangelnde Kooperation mit einigen Mittelmeeranrainern. In Frankreich zum Beispiel hätten wir ein Sicherheitssystem wie ein Sieb, wenn wir nicht mit Algerien, Marokko und Tunesien zusammenarbeiten würden. Wir müssen auch mit den USA kooperieren. Und wir brauchen eine europäische Immigrations- und Sicherheitspolitik. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten eher gut ist. Überall wurden in Europa Anschläge vereitelt, bei denen die Attentäter aus dem einen Land kamen, aber in einem anderen verhaftet wurden. Die polnische Polizei etwa nahm eine Person fest, die einen terroristischen Akt in Deutschland plante. Mehdi Nemmouche verübte in Brüssel ein Attentat, wurde aber in Marseille festgenommen. Natürlich ist das System weiter zu verbessern, und die wirkliche Aufgabe besteht darin,

die Kooperation auf einige Mittelmeeranrainerstaaten und den Mittleren Osten auszuweiten.

In Frankreich punktet der Front National mit Islamfeindlichkeit. Nun kommt das Attentat in Paris hinzu. Lautet jetzt die Alternative: Präsidentin Frankreichs wird Marine Le Pen oder ein muslimischer Präsident, um Le Pen zu verhindern – so wie es Michel Houellebecq in seinem Roman beschreibt?

Jean-Yves Camus: Was Michel Houellebecq beschreibt, ist reine Literatur. Denn 99 Prozent der Muslime in Frankreich haben keine Lust, eine Partei zu gründen. Was den Front National anbelangt, so

würde Marine Le Pen in die Stichwahl gelangen, wenn heute Präsidentschaftswahlen wären. Doch darüber zu spekulieren, was dann passieren würde, ist müßig: Wir kennen die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2017 nicht. Wir wissen nicht, ob der Kandidat der Rechten Nicolas Sarkozy oder Alain Juppé heißt, wir wissen nicht, ob François Hollande oder Jean-Luc Mélenchon antritt. Wir wissen nur, was die Umfragen zeigen: Danach würde Marine Le Pen von Alain Juppé geschlagen. Von ihm glaubt man, Stimmen der linken Wähler im ersten Wahlgang auf sich zu vereinen.

Das Gespräch führte Michael Böhm am 9. Januar 2015.

*Übersetzung aus dem Französischen:
Michael Böhm, Berlin.*

Zwischen Hosianna und „Kreuzigt ihn!“

Über die politische Leidenschaft des Helmut Kohl

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

Geboren 1952 in Krefeld, Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste /Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Helmut Kohl: Aus Sorge um Europa. Ein Appell, Droemer Verlag, München 2014, 120 Seiten, 12,99 Euro.

Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biografie, Quadriga, Bastei Lübbe, Köln 2014, 1001 Seiten, 32,00 Euro.

„Wie hältst du’s mit Helmut Kohl?“ lautet seit einiger Zeit die Gretchenfrage unter Journalisten, Publizisten und Historikern. Große Staatsmänner wie Kohl unterschei-

den sich von der Vielzahl gewöhnlicher Politiker dadurch, dass sie entweder Kriege gewonnen, große Vertragswerke zustande gebracht oder Weltbewegendes erreicht haben. An solchen Persönlichkeiten, meist eigenwillig, mit klaren Standpunkten, aber auch Widersprüchlichkeiten, reiben sich Medien und Bürger nur allzu gerne. Folglich schwankt ihr Bild in der Geschichte, zwischen einem „Hosianna“ oder „Kreuzigt ihn!“ Der Umgang mit Helmut Kohl macht da keine Ausnahme.

Politiker im Allgemeinen und Staatsmänner im Besonderen leiden darunter, von Zeitgenossen und nachkommenden Historiker-Generationen falsch verstanden und interpretiert zu werden. Kaum einer vermag ihr Handeln in komplizierten Konstellationen und die antreibenden Motive exakt wiederzugeben. Darum

schreiben sie Memoiren und wollen berichten, wie es wirklich war. Es geht ihnen um Wahrheit, Richtigstellung falscher Geschichtsbilder, das Widerlegen von Mythen und auch um Deutungshoheit. Kritiker zeihen sie gewöhnlich der Subjektivität. Geben Staatsmänner aufgrund ihres Erfahrungsschatzes Ratschläge oder äußern Besorgnis, schallt ihnen nicht selten der Vorwurf entgegen, sie könnten von der Politik nicht ablassen. Wenn obendrein Journalisten vertrauliche Bemerkungen mit hämischem Unterton ohne Autorisierung publizieren, kennt der öffentliche Voyeurismus keine Grenzen. Alles das hat Helmut Kohl in letzter Zeit am eigenen Leibe erfahren.

Seine Verdienste um Volk und Vaterland sind zwar vielfach gewürdigt worden. Kritiker versuchen jedoch immer wieder, seine Lebensleistung zu schmälern, vornehmlich beim Zustandekommen der Wiedervereinigung. Nun fühlt sich ausge-rechnet ein ansonsten streitfreudiger Historiker wie Henning Köhler – jahrelang hat er Kollegen verteufelt, sie betrieben mit ihren Werken zur Historie der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Regierenden „Geschichtspolitik“ – bemüht, Helmut Kohl ins rechte Licht zu rücken und „die grandiose politische Leistung dieses Mannes zu würdigen“. Angesichts der Zerrbilder, die seit über dreißig Jahren von ihm gezeichnet wurden, habe er es nicht verdient, „wegen einer Spenden-affäre der Verdammung anheimzufallen“. Braucht der Kanzler der deutschen Einheit und Ehrenbürger Europas diese Ehrenret-tung? Nein. Kohls Lebensleistung steht für sich und ihre historische Bedeutung.

Mittels „objektiver Geschichtsschrei-bung“ will Köhler das aktuelle Kanzler-bild hinterfragen. Heraus kommt eine

über weite Strecken harmonisierende Darstellung der Lebensgeschichte. Der Biograf wählt die Methode Rankes, das Narrativ, durchsetzt mit milieubezogenen Erklärungsmustern. Neues über Helmut Kohl fördert er kaum zutage. Der Erzäh-lung liegen hauptsächlich publizierte Quellen und die Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zugrunde. Kei-neswegs verwerflich ist sein Versuch, den Menschen Helmut Kohl zu verstehen und daraus dessen Politik zu deuten. Das be-trifft besonders die traumatische Erfah-rung im Zweiten Weltkrieg, den Verlust des Bruders Walter, Zerstörung, Vertrei-bung und seine große Heimatverbunden-heit. „Nie wieder Krieg“ heißt die Devise Helmut Kohls. Überdies zeichnet ihn Gradlinigkeit in der Haltung zur nationa-len Einheit und beim Ziel der politischen Union Europas aus.

KAUM NEUES!

Köhler schreibt vieles Kohls politischer Sozialisation zu. Katholisches Elternhaus in der Pfalz, frühe Vermittlung demokrati-scher Werte, Auseinandersetzung mit Fra-gen der christlichen Soziallehre und des Marxismus wecken sein Interesse an Poli-tik. Als Oberschüler habe er mehr die so-ziale Gerechtigkeit im Sinne gehabt denn die Vertretung von Wirtschaftsinteressen. Die Anziehungskraft der politischen Pra-xis und die Neugierde auf Menschen seien für Kohl entscheidende Motive gewesen, Politiker zu werden und in der CDU Kar-riere zu machen. Seine durchweg demo-kratische Haltung, aber auch eine gewisse Scheu vor politischen Konflikten, wenn kein Erfolg absehbar war, sieht Köhler als

die besonderen Eigenschaften Helmut Kohls. Damit erklärt er sowohl dessen Festhalten am NATO-Doppelbeschluss als auch die Neigung, als Kanzler Entscheidungen hinauszuzögern und erreichbare Kompromisse in der Koalition zu suchen.

Kohl verkörpert den Prototypen eines Berufspolitikers, wie ihn Max Weber („Politik als Beruf“, 1919) beschrieb: leidenschaftlich, verantwortungsbewusst und mit Augenmaß handelnd. So entsteht Vertrauen der Bürger in die persönliche Integrität ihrer politischen Repräsentanten, ein Vertrauen, das Kohl eine 16-jährige Regierungszeit bescherte.

Mehr als die Hälfte des Bandes befasst sich mit dieser Ära Kohl, die in zwei Abschnitte vor und nach der Wiedervereinigung unterteilt ist. Der Fokus liegt auf innenpolitischen Vorgängen, die allesamt schon hinlänglich beschrieben wurden: Nachrüstungsdebatte Anfang der 1980er-Jahre, Überwindung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Misere, Milliardenkredit an die DDR, Kießling- und Flick-Affäre, die Querelen um den Bitburg-Besuch mit US-Präsident Ronald Reagan, Erich Honeckers Visite in Bonn, Kohls parteiinterne Duelle mit Generalsekretär Heiner Geißler und dessen Umsturzversuch zusammen mit Lothar Späth vor dem Bremer CDU-Parteitag 1989.

Für das Kapitel über den Prozess der deutschen Wiedervereinigung greift Köhler auf seit 1998 bekannte Dokumente aus dem Bundeskanzleramt zurück. Gelegentlich spekuliert er lieber, anstatt den Gründen nachzuforschen, etwa warum damals Materialien zum EG-Gipfel Anfang Dezember 1989 in Straßburg nicht veröffentlicht wurden. Auf diesem Gipfel waren ein eisiger Wind und große Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland

dem Kanzler entgegengeschlagen. Auch spielt er die Gipfelbegegnung von Bush und Gorbatschow Anfang Juni 1990 in Washington herunter, auf der beide ein grundsätzliches Einvernehmen in der Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland erzielten. Das Treffen Kohls mit Gorbatschow im Kaukasus erstrahlt so in noch hellerem Glanz. Köhler übersieht geflissentlich, dass Kohl selbst bereits fünf Monate zuvor Bush in Camp David sagte, Gorbatschow wolle selbstverständlich das „Geschäft“ zuerst mit dem amerikanischen Präsidenten machen.

SOSSE DER EINTRACHT

Im Mittelpunkt der zweiten Hälfte der Ära Kohl in den 1990er-Jahren stehen die Mühen um den Aufbau Ost und die Auseinandersetzungen mit der Opposition, die über den Bundesrat immer mehr die Reformprojekte der Regierung Kohl blockierte. Der europäischen Integrationspolitik, dem Zustandekommen des Maastricht-Vertrags einschließlich der Europäischen Union, den wichtigen Entscheidungen über den Stabilitätspakt und zur Einführung des Euros werden nur wenige Seiten gewidmet. Zentrale Fragen wie beispielsweise die deutsch-französischen Beziehungen, speziell das Verhältnis zu François Mitterrand, finden meist in Floskeln Erwähnung. Alles war nur „Freundschaft“, „Einzigartiges“ und „Übereinstimmung“. Kein Wort zu handfesten Auseinandersetzungen, Interessengegensätzen oder Auffassungsunterschieden zwischen beiden. Über alles wird die Soße der Eintracht gegossen. Differenzierte Analysen oder Blicke aus dem Ausland

fehlen völlig. Köhler hebt den Außenpolitiker Kohl als „ehrlichen Makler“ hervor, nicht zuletzt gegenüber Russland, der letztlich nur „helfen“ wollte und dafür als „Machtmensch“ von politischen Gegnern und den Medien beschimpft wurde. Doch sind Staatsmänner niemals frei von Kalkül und Machtgespür? Die Biografie, mit viel Empathie geschrieben, gerät zu sehr zu einer Rechtfertigungsschrift für Kohls Tuns und ist somit eine „Neubewertung“, wie es der Verlag ankündigt.

SPÜRT GEFAHR UND MAHNT

Helmut Kohl ist Politiker aus Leidenschaft, den auch im hohen Alter die Sorge um die politische Union Europas nicht loslässt. Er spürt die Gefahr und mahnt. Historisch betrachtet, sei der europäische Einigungsprozess ein „einzigartiger Erfolg“, die Bewahrung von Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit. In Zeiten wachsender Nationalismen, Missachtung selbst gesetzter Verhaltenskriterien sowie heftiger Wirtschafts- und Finanzkrisen erinnert Kohl in „Aus Sorge um Europa“ an bewährte Grundsätze, die er in seiner Regierungszeit befolgte. Die weitere Vertiefung der Einigung muss Vorrang vor der Erweiterung haben, also Qualität vor Quantität. Daher kamen erst der Euro und dann die Erweiterung um die ostmitteleuropäischen Staaten in Betracht. In der Europäischen Union (EU) dürfen kleinere Staaten von großen nicht übergangen werden. Die Union soll Hilfe zur Selbsthilfe leisten und nicht Subventionen um ihrer selbst willen verschlingen. Reformen der EU müssen fortgesetzt werden, vor allem um die Dominanz

nationaler Interessen einzudämmen. Als maßgebliche Gründe für das heutige Dilemma sieht Kohl zwei Fehlentscheidungen und weist die Schuld dafür der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder zu: zum einen die Aufnahme des überschuldeten Griechenland 2001 in den Euroraum, zum anderen der Bruch des Stabilitätspakts 2003 durch die damalige Bundesregierung. Einmal mehr stellt Kohl klar: Als er Kanzler war und über die Einführung des Euro entschieden wurde, gab es in Deutschland keine Mehrheit für die Abschaffung der D-Mark. Gleichwohl haben die Deutschen rasch die Vorteile des Euros erkannt. Dem Entschluss lag auch kein Tauschgeschäft für die Wiedervereinigung zugrunde – und erst recht existierte keine Haftungszusage der Gemeinschaft für die Verschuldung von Mitgliedstaaten der Eurozone. Eine Transfer-Union habe er stets abgelehnt. Nicht Konstruktionsfehler bei Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die ihm zu einem großen Teil zugeschrieben werden, hätten zur aktuellen Misere geführt, sondern mangelnde Rechtstreue europäischer Entscheidungsträger zu Verträgen und Vereinbarungen. Ihnen fehle Ernsthaftigkeit und letztlich Kompromissbereitschaft, um Frieden, Stabilität und Prosperität in Europa zu erhalten. Sein Appell: Verspielt die „historische Chance“ nicht! Schließlich habe der Westen gegenüber Russland Fehler gemacht, denen allein mit beharrlicher Gesprächsbereitschaft beizukommen sei.

Selbst wer nicht alle Kritikpunkte Helmut Kohls teilt: Dass ein geeintes Europa in Frieden und Freiheit sein Herzensanliegen ist, wird niemand bestreiten.

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2015
aus aktuellem Anlass zum Thema

Islam und Islamismus

Hintergründe, Rolle, Unterscheidungen

Hierzu schreiben unter anderen Cemile Giousouf,
Mariella Ourghi, Peter Neumann und Armin Laschet.

IMPRESSUM

Nr. 530, Januar/Februar 2015, 60. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Stefanie Kathrin Schäfer

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Po-
litischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

LESERREAKTION

Auf das mit Horst Teltschik in der September-/Oktober-Ausgabe 2014 geführte Interview (online abrufbar unter <http://www.kas.de/wf/de/33.39178/>) hat Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister a. D. und Hoher Repräsentant und Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Bosnien-Herzegowina a. D., mit einem Brief an Horst Teltschik reagiert, den wir mit freundlicher Genehmigung in leicht gekürzter Fassung veröffentlichen:

Büdingen, 01.12.14

Lieber Horst Teltschik,

mit großem Interesse ich habe Ihr Interview „Türen nie zuschlagen!“ in der „Politischen Meinung“ (Nr. 528, September/Oktober 2014) gelesen. Ich stimme mit Ihren Auffassungen bezüglich der langfristigen Strategie absolut überein und finde es gut, dass es einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen wird, welche langfristigen Ziele wir gerade im Verhältnis mit Russland ansteuern müssen und dass wir den Dialog mit Russland auf keinen Fall aufgeben dürfen. Ihre Argumente in diesem Bereich sind meines Erachtens absolut durchschlagend.

Unterschiedlicher Meinung bin ich allerdings in den kurzfristigen Maßnahmen, die aufgrund der russischen Aktionen von Putin erforderlich sind. Da wir eine militärische Auseinandersetzung nicht anstreben dürfen, ist es eine richtige Entscheidung, die Sanktionen zu beschließen, welche zumindest klarmachen, dass es noch gemeinsame Beschlüsse der NATO-Mitglieder und der westlichen Gemeinschaft gibt, was meines Erachtens absolut erforderlich ist. Ihrer Aussage über die Sanktionen, „*die noch nie irgendwo erfolgreich waren*“, halte ich in dieser Pauschalität wirklich für falsch. Entscheidend ist, dass die Sanktionen nicht nur die armen Bürger, d. h. das Volk, treffen, sondern dass sie gezielt die Führung Russlands in Mitleidenschaft ziehen, sodass die Auswirkungen bei den Entscheidungsträgern, ob sie nun jetzt reden oder schweigen, wirksam werden. Die Fachleute auf dem wirtschafts- und finanzpolitischen Gebiet sind sich ziemlich einig, dass sie bereits jetzt anfangen zu wirken.

Natürlich ist damit auch eine riskante Dynamik verbunden, dass zum Beispiel der freie Fall des Rohölkurses zu einer für Russland sehr gefährlichen Entwicklung führen kann. Aber solange Russland diese Maßnahmen bagatellisiert, müssen wir solche Risiken in Kauf nehmen. Es wird die Zeit kommen, wo Russland zur Besinnung kommen wird und feststellt, dass es Jahre dauern wird, um den entstandenen Schaden wieder zu reparieren.

Aber ein Zweites scheint mir noch außerordentlich wichtig: die gesamte politische Lage in Osteuropa, insbesondere auch in Südosteuropa, ist zu einer ganz anderen Aktualität geworden, weil die Ukraine-Krise gezeigt hat, dass Russland in günstigen Augenblicken durchaus bereit ist, Völkerrecht zu brechen und militärisch einzugreifen. Hier müssten wir alle Anstrengungen unternehmen, um zu einer Stabilisierung der Lage in den übrigen Teilen Osteuropas und Südosteuropas zu kommen. Wobei viele Fragen eben gerade wegen der Haltung Russlands ungelöst und instabil sind.

Zum Beispiel die Haltung Serbiens den Kosovo betreffend ist nach wie vor die Haltung der Blockierung von Fortschritt für den Kosovo. Der leichtfertige und oberflächliche

Vergleich, dass ja im Kosovo auch eine Abtrennung von Serbien vorgenommen worden ist, muss durch die historischen Tatsachen und entsprechende politische Positionen Europas deutlich gemacht werden. Längst müssten jetzt die Staaten der Europäischen Union, die die Anerkennung des Kosovo bis heute unterlassen haben und damit praktisch auf der Seite der Blockierer stehen, verändert werden. Dieses wäre eine erste Priorität seitens der Europäischen Union, die auch entsprechend angegangen werden müsste, um endlich Handlungsspielraum für die Europäische Union zu gewinnen. Ich kann davon bis heute nichts sehen. Damit erhöht man die Gefahr, dass auch in der Frage der Beziehungen zwischen der serbischen Nation und dem Kosovo sich ähnliches abspielt, wie wir es jetzt in der Ukraine erleben. Ein weiteres komplexes Kampfgebiet ist immer noch in Bosnien und Herzegowina durch das trojanische Pferd der Republika Srpska, die alles tut, um den Fortschritt des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina zu verhindern.

Ganz grundsätzlich kann sich auch durch die gerade stattgefundenen Wahlen in Bosnien-Herzegowina daran nichts ändern, solange der Westen nicht klar bekennt, dass die Zeit der Blockaden auf diesem Gebiet vorbei ist. Dazu gehört eine klare Ansprache an die Republika Srpska, und das heißt, dass Maßnahmen gegenüber dem Anführer der Blockadepolitik, Dodik, ergriffen werden müssen, nachdem solche Maßnahmen sogar völkerrechtlich nach dem heutigen Friedenskonstrukt möglich wären. Man müsste sich endlich in Europa und in den USA zu klaren Entscheidungen durchringen. In den letzten Jahren hat man alles laufen gelassen und sich damit begnügt, die bosnischen Politiker zu beschimpfen, dass sie keine Reformen anpacken und nicht in der Lage sind, das Land auf einen schnelleren europäischen Weg zu bringen.

Hier müsste man durch kurzfristige und sehr stringente Maßnahmen Russland klar machen, dass man, solange man nicht wieder in den richtigen Dialog kommt, auch seitens des Westens in der Lage ist, kurzfristig entsprechend wirksame Schritte zu unternehmen. Dazu gehörten eine entsprechende Ausrichtung in der PIC-Konferenz als Überbleibsel des Dayton-Vertrages und die Anwendung diesbezüglicher Resolutionen des Sicherheitsrates, falls erforderlich. Davor müssten dann entsprechende Gespräche mit Russland geführt werden. Nur wenn der Westen die Momente erhöhter Spannung dazu benutzt, auch die völkerrechtlich verbindlichen Maßnahmen dann im eigenen Interesse kräftig voranzubringen, kann Russland mittelfristig zu einer Veränderung der Orientierung gebracht werden, wenn parallel dazu die langfristigen Ziele durch einen intensiven Dialog angepackt werden. Hier ist eine Doppelstrategie erforderlich.

Es wäre sicher interessant und notwendig, wenn man über diese Fragen näher ins Gespräch käme und wenn auch die CDU diese Abhängigkeit zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen durch entsprechende Initiativen ins Auge fassen würde. [...]

[...] Und so kann man als Mitglied der älteren Generation eben nur mahnend jeweils zu den einzelnen Themen Stellung nehmen. Ich habe mich sehr gefreut, Ihr Interview zu lesen, und darf Ihnen alles Gute wünschen, Ihre Sicht weiterhin hörbar zu machen.

Mit besten Grüßen verbleibe ich

Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling

Das Jahresmotiv 2015

—

Der Grundton im vielfältigen Stiftungsengagement

„Farbe bekennen: Demokratie braucht Demokraten“ – dieses Thema wird 2015 die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in besonderer Weise prägen, es wird gewissermaßen der inhaltliche Grundton sein. Es geht darum, deutliche Zeichen zu setzen – gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, aber auch gegen Politikverdrossenheit und Wirklichkeitsverweigerung. Abseits zu stehen oder sich zu empören, reicht nicht. Es geht darum, die Chancen der Demokratie auf Beteiligung, vor allem auch zu einer längerfristigen Mitwirkung in demokratischen Institutionen, entschiedener wahrzunehmen. Die Attentate in Frankreich haben auf schreckliche Weise deutlich gemacht, wie verletzlich die freiheitlichen Demokratien sind, gerade auch weil die Mörder auf die Spaltung der demokratischen Gesellschaften zielen. Eindrucksvoll stellten die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger aber auch unter Beweis, dass die Bereitschaft, für die Demokratie und ihre Werte einzutreten, millionenfach vorhanden ist und mehr denn je die Chance besteht, die Menschen auch für ein aktives, kontinuierliches Engagement zu gewinnen.

Auf einer anderen Ebene gehören die Debatten um die internationale Anziehungskraft von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft in diesen

Demokratie braucht DEMOKRATEN

Eine Kernbotschaft zum Unterschreiben. Das „Keyvisual“ zum Jahresmotiv 2015 vermittelt durch das Widerspiel zwischen den statischen und dynamischen Elementen von Druck- und Handschrift, dass unumstößliche Überzeugungen erst durch das persönliche Bekenntnis und Engagement eines jeden lebendig und zukunftsfähig werden.

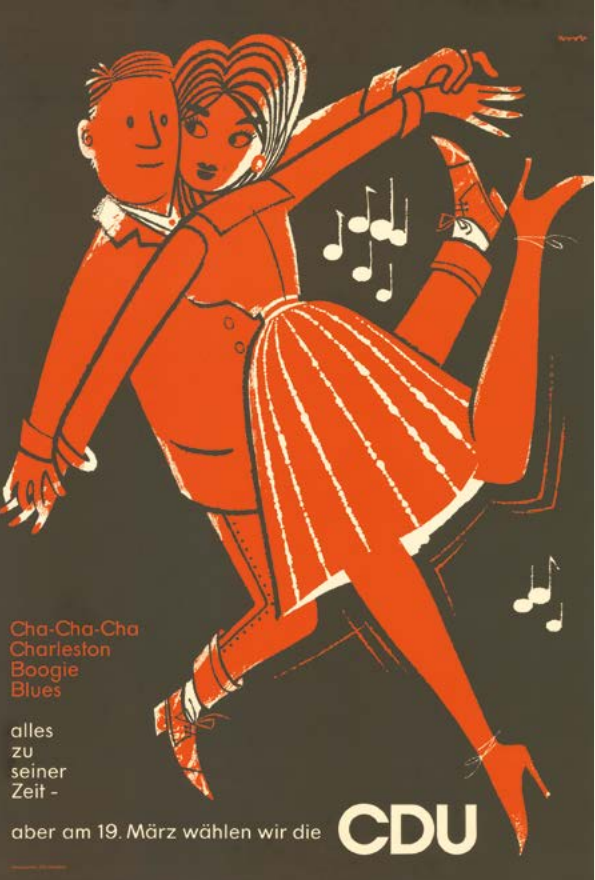
Zusammenhang. Auch hier gilt es, entschlossen Farbe zu bekennen – für die Europäische Union und den Westen als einige Wertegemeinschaft, aber auch als entwicklungsfähige Zukunftsräume mit gewaltigen Perspektiven. Demokratie muss attraktiver sein als andere Modelle, um sich international zu behaupten – nicht nur gegen die Verführungen des Terrorismus.

Gerade weil die westlichen Demokratien international durch vielfältige Krisen auf eine harte Probe gestellt werden, ist es notwendig, die demokratischen Institutionen – vor allem den Parlamentarismus – zu festigen. Für die Stiftung bedeutet das nicht zuletzt, die Rolle der Volksparteien herauszustreichen, ohne die das parlamentarische Regierungssystem nicht funktionieren kann. So wird die Stiftung 2015 – insbesondere durch sozialwissenschaftliche Studien sowie substanzielle Beiträge zu inhaltlichen Diskussionen – deutliche Akzente für deren Zukunftsfähigkeit setzen und dabei gerade auch die Herausforderungen beim Engagement in Parteien untersuchen und ansprechen.

In vielen Fragen geht es dabei um Strukturen und Reformen. Aber die Attraktivität eines Modells hat immer auch mit den Menschen zu tun, die Funktionen in ihm übernehmen und die demokratischen Wertegrundlagen durch ihr Handeln mit Leben erfüllen. So zielt die Stiftungsarbeit mit ihren vielfältigen Aktivitäten darauf, insbesondere jungen Menschen Lust auf Demokratie zu machen und sie zu einem verantwortlichen Engagement zu ermutigen und zu befähigen.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen etc. rund um das Jahresmotiv der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten Sie unter: www.kas.de/jahresmotiv2015

*Frauke Gottwald
Referentin Stabsstelle Stiftungsübergreifende Strategien*



Auf in die Zukunft...

KONDENSierter ZEITGEIST

Parteiplakate bringen den Zeitgeist zugespitzt auf den Punkt. Zu sehen sind Plakate der CDU aus acht Jahrzehnten, beginnend mit den 1940er-Jahren. Nicht zu übersehen ist, wie diese Volkspartei in den siebenzig Jahren seit ihrer Gründung immer wieder versucht hat, gesellschaftliche Veränderungsprozesse aufzugreifen.

Die Abbildungen stammen aus dem Plakatarchiv / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit
CDU

aber nicht
auf roten Socken!

CDU



COOL
BLEIBEN
UND
KANZLERIN
WÄHLEN

Europa 2004: Deutschland kann mehr.

Besser für die Menschen.



CDU

